

NEUE ZEIT

SEPTEMBER 1980

38

Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum

Unterschrift des Leiters

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



WELTPARLAMENT DER VÖLKER FÜR DEN FRIEDEN

Sofia, 23.-27. September 1980

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
- Hauptbibliothek -
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24 305



7500-7101
PSF-77

BIBLIOTHEK-BEZ

14159-38 123 678 190



Das Kap Deshnyow
auf der
Tschuktschen-
halbinsel

Skulpturgruppe
„im Boot“



SOWJETUNION IM BILD

Die Tschuktschenhalbinsel im äußersten Nordosten der Sowjetunion — endlose Tundra und ewiger Frost. Noch vor wenigen Jahrzehnten waren hier moderne Bergbaubetriebe, Gruben, Kraftwerke und mit allem Komfort ausgestattete Siedlungen, Geländefahrzeuge und Hubschrauber undenkbar gewesen.

All das geschah seit der Errichtung der Sowjetmacht, die nicht nur das Aussehen des riesigen Territoriums, sondern auch das Leben seiner Bewohner — Tschuktschen, Ewenen und Eskimos — verändert hat. Die jahrhundertelange Rückständigkeit gehört der Vergangenheit an. Schulen, Krankenhäuser und kulturelle Einrichtungen sind entstanden. Das Analphabetentum wurde beseitigt. Die Völkerschaften ohne eigene Schrift erhielten ihr Alphabet, schufen ihre nationale Literatur. Der

Name des ersten Schriftstellers der Tschuktschen, Juri Rytcheu, ist heute auch außerhalb der UdSSR bekannt.

Die ganze Welt hat von der uralten Kunst der Tschuktschen erfahren — der Schnitzmeister und Farbgraveure auf Bein, der Rauchwarenbearbeiter und der Kunststicker mit Rentierhaar. Die durch ihre Plastizität und Abstraktion ausdrucksfähigen kleinen Tierfiguren, die lebendigen Skulpturgruppen aus Walroßzähnen, die Ohringe und Anhänger sind richtige Kunstwerke.



Irina Kejnon, Grafikerin
und Graveurin der
Beinschnitz-
werkstatt von Uelen

Ein beliebtes
Andenken

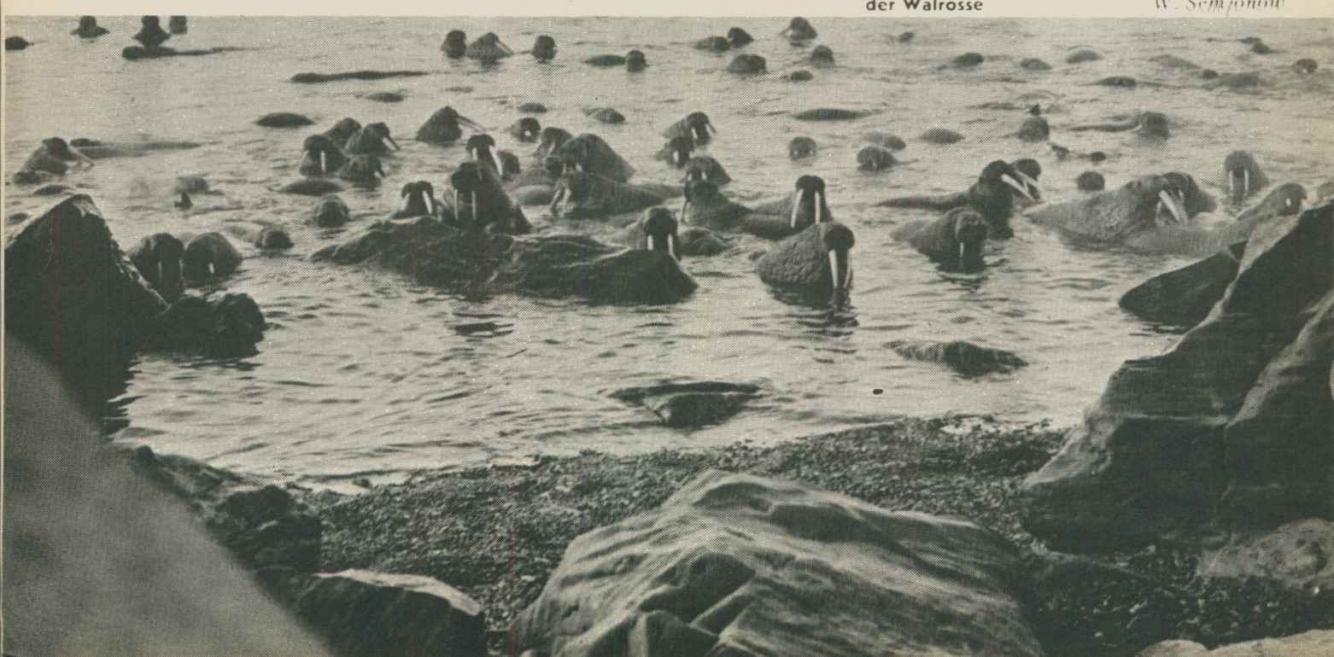
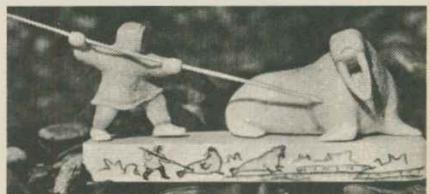


In der Werkstatt
absolvieren auch
Schüler ihr Praktikum

Lager
der Walrosse

So sieht
ein Künstler
die Jagd auf die
Ringelrobbe

Fotos:
W. Semjonow



DAS UNHEILVOLLE DER SPANNUNGEN

Die jetzige angespannte Weltsituation gleicht leider nicht einer Wolke, die plötzlich aufzieht und ebenso plötzlich verschwinden kann. Die jetzige Spannung birgt die Gefahr der Eskalation in sich. Werden keine außerordentlichen Maßnahmen getroffen, kann etwas Unwiderrufliches geschehen. Noch kann man gegen die Komplikationen angehen und sie ausräumen. Verliert man aber Zeit und überläßt alles dem Selbstlauf, dürfte das sehr viel schwieriger werden.

Der nach der übersteigerten Reaktion des Weißen Hauses auf die Vorgänge in Afghanistan gebremste politische Ost-West-Dialog ist wieder aufgenommen worden. Die sowjetisch-französischen und sowjetisch-bundesdeutschen Gipfelgespräche haben erneut gezeigt, daß die Zeiten des Cordon Sanitaire, der diplomatischen Blockade und der politischen Isolierung der Sowjetunion vorbei sind.

Der Wiederaufnahme des Dialogs müssen neue Schritte zum „Auftauen“ der Ost-West-Beziehungen und zur Überwindung der Bremsklötze bei der Entscheidung wichtiger Weltprobleme folgen. Die UNO-Tagung und das Madrider Treffen bieten dafür günstige Möglichkeiten. Allerdings sagen manche westlichen Beobachter voraus, die Abkühlung des Weltklimas werde auch am East River in New York und im Kongreßpalast in Madrid spürbar werden. Das sind wahrlich keine unbegründeten Prophezeiungen. Die US-Presse enthält etliche Meldungen, daß die Regierung dort eine „diplomatische Totaloffensive“ gegen Moskau vorhat und „die Russen sogar zur Verantwortung ziehen will“.

Die Tagung in New York und die Konferenz in Madrid sind jedoch nicht der Ort, um jemanden zur Rechenschaft zu ziehen. Vielmehr könnten beide Foren bei politisch gutem Willen der Teilnehmer zur Minderung der Spannungen, zu neuer Stabilität in der Welt führen. Beitragen wird dazu zweifellos auch das Weltparlament der Völker für den Frieden, das in Sofia tagt.

Hier sollte man an einen im Westen „vergessenen“ Vorschlag der sozialistischen Warschauer Vertragsstaaten erinnern. Sie hatten im Mai den Gedanken vorgetragen, ein Treffen der

Staatschefs aller Weltteile abzuhalten. Es sollte sich mit dem Ausräumen internationaler Spannungsherde und mit der Verhinderung eines Krieges beschäftigen. Die Erfahrungen beweisen, daß wichtige Entscheidungen gewöhnlich auf höchster und kompetenter Ebene gefällt werden. Das Angebot der sozialistischen Staaten ist vom Ernst der jetzigen Situation diktiert. Diese Situation findet immer wieder besorgte Erwähnung vieler Staats- und Regierungschefs. Weshalb sollten sie da nicht an einem Tisch zusammenkommen und versuchen, zum Wichtigsten eine Übereinkunft zu finden, nämlich die weitere Verschlechterung der Lage, einen Krieg zu verhindern?

Das Andauern der Spannungen wirkt sich auch auf die laufenden internationalen Dinge böse aus, insbesondere auf die Abrüstungsgespräche. Die Spannung vertieft das Mißtrauen. Das Mißtrauen verstärkt das Wettrüsten.

Selbst in den besten Détente-Zeiten ist der Rüstungswettlauf weitergegangen. Was also soll man jetzt erwarten, da die Entspannung einer harten Prüfung ausgesetzt ist?

Eben wurde ein US-Expertenbericht über die Militärausgaben in der Welt veröffentlicht. Im vergangenen Jahr verschlangen sie 460 Md. Dollar. In diesem bereits 500, fast 10% mehr. In den 80er Jahren werden die Militärbewilligungen auf 600 Md. Dollar kleitern, sofern — das die Meinung der Experten — der jetzige Trend anhält.

Ein Trend, bei dem die Zuwachsrate der Militärausgaben im Westen sogar die Inflationsraten überholt. Bei dem die Entwicklung neuer Waffenarten das 8fache der Mittel verschlingt, die zur Suche nach einer Lösung des brennenden Problems Energiekrise bereitgestellt werden. Bei dem das Tempo der Abrüstungsverhandlungen keinen Vergleich mit dem Tempo des Wettrüstens aushält. Darüber hinaus versucht sich Washington, das SALT II und die Verhandlungen mit der UdSSR zu verschiedenen Abrüstungsthemen eingefroren hat, auch davor zu drücken, schleunigst für eine Beschränkung des Kernraketenpotentials in Europa zu sorgen. Das Kraftfeld der Spannungen fordert auch solche „Minen“ wie die „neue Nuklearstrategie“ des Pentagon zutage.

Um diesen Gang der Ereignisse abzuwenden, müssen in erster Linie die Spannungen behoben werden. Sehr zu Recht äußerte der SPD-Vorsitzende Willy Brandt: Rüstungsbeschränkungen sind „allerdings nur in einer Atmosphäre“ möglich, „in der Entspannung nicht vor die Hunde geht, sondern wiedergewonnen wird“.

Das ist es, womit sich alle Mitglieder der Weltgemeinschaft — Staaten, Regierungen, Völker — heute in erster Linie zu befassen haben.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 38 SEPTEMBER 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEINSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Das Unheilvolle der Spannungen	1
L. Semejko — Direktive Nr. 59: Evolution oder Sprung!	5
L. Charkow — Polen. Treu zum Sozialismus	6
W. Schelepin — Libanon. Der Krieg als Alltag	8
L. Skuratow — Namibia. Knotenpunkt	9
P. Mesenzew — USA—Iran. Drohungen und Erpressung	10
D. Antonow — Die Armee am Ruder	11
F. Gorjunow — UNO. Zeit konkreter Entscheidungen	12
Biographisches: Józef Piłkiewski	13
J. Tawrowski — China. Widersprüchliches aus Peking	14
Notizen ♦ Glossen	16
S. Goljakow — Afghanistan. Im fremden Sold	18
A. Sacharow — Solidarität mit Libyen	20
W. Larin — Großbritannien. Herbstprognosen	21
J. Botschkarjow — Angola. Unbesiegbar	22
I. Stschedrow — Kampuchea: Neues Leben	24
J. Gudkow — USA. Ronald Reagans großes Spiel	27
Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Auf Initiative des Weltfriedensrats tritt in Sofia ein Weltparlament der Völker für den Frieden, ein repräsentatives Forum der Friedenskräfte, zusammen. An ihm nehmen Vertreter politischer und gesellschaftlicher Organisationen aus rund 130 Ländern teil, die die Bemühungen der Völker zum weiteren Kampf für Frieden und Fortschritt mobilisieren wollen.

Titelbild: V. Koslow

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschad

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■ Am 10. und 11. September weilte in Moskau eine polnische Wirtschaftsdelegation unter dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der VR Polen Mieczysław Jagielski. Am 10. September traf Jagielski mit Michail Suslow zusammen. Ferner gab es Begegnungen der Delegation mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats Archipow, dem stellvertretenden Vorsitzenden des UdSSR-Ministerrats und Vorsitzenden der Staatlischen Plankommission Baibakow sowie dem ersten stellvertretenden Minister für Außenhandel Kusmin. Am 11. September wurde Jagielski im Kreml von Leonid Breschnew empfangen. Bei dem Gespräch ging es um die weitere Festigung und Entwicklung der allseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und der VR Polen. Hervorgehoben wurde, es sei unter den jetzigen Bedingungen besonders wichtig, die Wirksamkeit der sowjetisch-polnischen Wirtschaftszusammenarbeit sowohl auf bilateraler Ebene wie im RGW-Rahmen weitgehend zu erhöhen.

■ Am 12. September beging das Volk Äthiopiens den Tag der Revolution. Leonid Breschnew und Alexej Kosygin richteten an den Vorsitzenden des Provisorischen Militärverwaltungsrats und der Kommission zur Organisierung der Partei der Werkltätigen Äthiopiens Mengistu Haile Mariam ein Glückwunschkarten, in dem es heißt: „Gefreu den Leninschen Prinzipien des proletarischen Internationalismus war und ist die Sowjetunion ein zuverlässiger Freund des Sozialistischen Äthiopien und bereit, Hilfe und Beistand zu leisten.“

■ Vom 7. bis 12. September hielt sich das Mitglied des ZK der KP Vietnams und Außenminister Vietnams, Nguyen Co Thach, zu einem offiziellen Besuch in der UdSSR auf. Es kam zu Gesprächen zwischen Andrej Gromyko und Nguyen Co Thach, wobei die Aussichten der weiteren Entwicklung und Vertiefung der sowjetisch-vietnamesischen Beziehungen sowie einige internationale Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert wurden.

■ Vom 10. bis 13. September befand sich der Außenminister des Sozialistischen Äthiopien, das Mitglied des ZK der COPWE, Felleke Gedle Giorgis, zu einem Freundschaftsbesuch in Moskau. Er wurde am 11. September von Andrej Gromyko empfangen. Dabei kam es zu einem Meinungsaustausch über die weitere Entwicklung der sowjetisch-äthiopischen Zusammenarbeit sowie über einige aktuelle internationale Probleme.



Im Kongreßpalast der spanischen Hauptstadt gibt es vorbereitende Zusammenkünfte zur Organisierung des Madrider Treffens der KSZE-Teilnehmerstaaten

Foto: AP-TASS

■ Das ZK der KPdSU richtete am 10. September einen Glückwunsch an das ZK der KP der Türkei anlässlich ihres 60. Gründungstages. Darin heißt es: „Die KP der Türkei verteidigt unablässig die Geschlossenheit der internationalen kommunistischen Bewegung auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus. Sie kämpft aktiv für Frieden, Abrüstung und internationale Entspannung und setzt sich konsequent für die Entwicklung der Freundschaft zwischen den Völkern der UdSSR und der Türkei ein.“

■ Am 16. September traf Andrej Gromyko zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Havanna ein.

■ Vom 9. bis 12. September tagte in Taschkent eine Islamische Konferenz anlässlich des Anbruchs des 15. Jahrhunderts der moslemischen Zeitrechnung. An der Konferenz nahmen moslemische Vertreter aus mehr als 30 Ländern Asiens, Afrikas und Europas sowie in der Sowjetunion lebende Moslems und Delegationen anderer Kirchen, internationaler und regionaler geistlicher Organisationen teil. Die Konferenz nahm verschiedene Dokumente an, darunter eine Botschaft an alle Moslems der Welt, mit dem Aufruf zur Zusammenarbeit im Kampf für Frieden, Fortschritt und Gediehen.

■ Am 10. September schloß in Peking die Tagung des Nationalen Volkskongresses. Sie akzeptierte den Rücktritt Hua Guofengs (der Vorsitzender des ZK

der KPCh bleibt) als Vorsitzender des Staatsrats der VR China sowie sieben seiner Stellvertreter. Neuer Staatsratsvorsitzender wurde das Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh Zhao Ziyang, der den Posten des Stellvertreters inne hatte. Es kam zu Umbesetzungen im Ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses. Gebilligt wurden der Haushalt für 1980 sowie der Haushaltsentwurf für 1981 und die Wirtschaftspläne für 1980 und 1981. Alexej Kossygin richtete an den Vorsitzenden des Staatsrats der VR China Zhao Ziyang einen Glückwunsch anlässlich seiner Berufung (siehe S. 14).

■ Die KP der USA, die Gus Hall und Angela Davis zum Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidaten aufgestellt hat, errang bereits in 20 Staaten und im hauptstädtischen Distrikt Columbia das Recht auf Wahlbeteiligung. Die KP sammelte außerdem die notwendige Zahl der Unterschriften zur Unterstützung ihrer Kandidaten in einigen weiteren Staaten.

■ Am 15. September schloß in New York die UNO-Sondertagung zu Wirtschaftsfragen (siehe S. 12).

■ Am 16. September begann in New York die 35. Tagung der UNO-Vollversammlung.

■ Der Außenminister Kampuchea Hun Sen richtete an den UNO-Generalsekretär und den Vorsitzenden der 35. Tagung der UNO-Vollversammlung, auf der die Vertretung des Volkes von

Kampuchea in der UNO behandelt wird, eine Botschaft, in der er bittet, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um der ungesetzlichen und unzulässigen Vertretung der Pol Pot-Leng Sary-Clique in der UNO ein Ende zu setzen und dem einzigen Repräsentanten Kampuchea, dem Revolutionären Volksrat der VR Kampuchea, seinen Platz zurückzugeben.

■ Das Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam richtete an das Außenministerium der VR China eine Note, in der die Aufnahme der 3. Runde der vietnamesisch-chinesischen Verhandlungen am 6. Oktober in Hanoi vorgeschlagen wird.

■ Afghanistans Außenministerium überreichte dem Geschäftsträger der USA eine Protestnote aus Anlaß der von US-Bürgern auf aghanischem Territorium verübten Verbrechen.

■ Zum Abschluß der Verhandlungen zwischen dem Führer der libyschen Revolution Ghaddafi und dem syrischen Präsidenten Assad in Tripolis wurden am 10. September die „Deklaration von Tripolis über die Gründung eines Einheitsstaates“ und der Beschuß über die Verkündung der Einheit zwischen der Syrischen Arabischen Republik und der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya veröffentlicht.

■ Vom 11. bis 13. September tagte in Paris eine Internationale Konferenz für die Unterstützung des Kampfes des namibischen Volkes, der Delegation der UNO, der OAU sowie Vertreter anderer internationaler Organisationen, darunter des Sowjetischen Solidaritätsausschusses der Länder Asiens und Afrikas, beiwohnten. Die Konferenz beschloß eine Erklärung und ein Aktionsprogramm (siehe S. 9).

■ Am 15. September begann im Genfer Palais des Nations die 2. Sitzung der UNO-Konferenz über das Verbot oder die Beschränkung der Anwendung besonders grausamer oder heimtückischer konventioneller Waffen. Die bis zum 10. Oktober andauernde Konferenz sieht Vertreter von rund 70 Staaten, darunter Delegationen aus der UdSSR, der Ukr. SSR und der BSSR.

■ Im iranisch-irakischen Grenzgebiet bei Qasr-e-shirin kam es in der Vorwoche zu Kämpfen von Heer und Luftwaffe. Nach Meldungen des Verteidigungsministeriums Iraks errichtete Irak im Ergebnis der Kämpfe die Kontrolle über ein Territorium (rund 190 km²), das „ihm nach internationalen Abkommen

gehört, jedoch illegitim unter der Jurisdiktion Irans steht". Nach iranischen Rundfunkmeldungen gab es bewaffnete Auseinandersetzungen an einem 600 km langen Abschnitt zwischen den Städten Qasr-e-shirin und Abadan im iranischen Hinterland.

In der Hauptstadt von Sierra Leone, Freetown, nahm am 9. September ein Sonderausschuß der Organisation für Afrikanische Einheit zur Westsahara mit Vertretern Nigerias, Malis, Guineas, Tansanias und Sudans seine Arbeit auf. An den Ausschusssitzungen beteiligen sich ferner repräsentative Delegationen Algeriens, Marokkos, Mauretanien und Führer der POLISARIO, die den Unabhängigkeitskampf des Volkes der Westsahara leitet.



Noch immer geht die Diskriminierung weiblicher Arbeiter in Frankreich bezüglich der Lohnzahlungen und der Arbeitsbedingungen weiter. Sie werden gewöhnlich als erste entlassen und als letzte eingestellt. Unsere Bild: Eine Delegation von Arbeitern aus dem Département Val-de-Marne, die im Pariser Ministerium für Umwelt und Lebensbedingungen ihren Protest gegen die harte Sparpolitik vorträgt und verbesserte Lebensbedingungen für die werktätigen Frauen fordert

Foto: TASS

In New York fiel am 11. September der Attaché der ständigen UNO-Vertretung Kubas, Félix García Rodríguez, einem Attentat zum Opfer.

Die belgische Regierung verschob erneut auf unbestimmte Zeit die Beschußfassung hinsichtlich der Stationierung von US-Kernwaffen auf belgischem Territorium.

Der Führer der iranischen Revolution, Ayatollah Khomeini, erklärte, die amerikanischen Geiseln könnten nur dann freigelassen werden, wenn die USA die vom Schah zusammengeraubten Schätze an Iran zurückgeben, ihren Verzicht auf militärische und politische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans erklärten und die iranischen Konten in

US-Banken freigäben. Eine Entscheidung über das Schicksal der Geiseln könnte nur das Parlament fällen. Der Parlamentsvorsitzende Hashemi Rafsanjani erklärte, die Vereinigten Staaten müßten ihre Iranpolitik verurteilen und sich für ihre Handlungen gegenüber dem Land entschuldigen.

Am 12. September kam es in der Türkei zu einem Militärputsch (siehe S. 11).

Am 15. September nahm in der Wiener Hofburg eine Konferenz der Erdöl-, Finanz- und der Außenminister der 13 OPEC-Staaten die Arbeit auf.

Der spanische Regierungschef Adolfo Suárez bildete am 8. September sein Kabinett um. Acht Minister wurden entlassen, neuer Außenminister wurde José Pedro Pérez.

Am 16. September wurde in Berlin die 67. Konferenz der Interparlamentarischen Union eröffnet. Hauptthemen sind Abrüstung und Entspannung.

Am 11. September wurde in Chile unter den Bedingungen faschistischen Terrors ein sogenanntes Referendum zur Bestätigung des von der Pinochet-Junta vorgelegten Entwurfs der neuen "Verfassung" abgehalten. Trotz der eindeutig gefälschten Abstimmungsergebnisse mußte die Junta zugeben, daß fast ein Drittel der Wähler die "Verfassung" Pinochets ablehnt.

Großbritannien verkündete die Abberufung aller Diplomaten aus dem Iran. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte jedoch, dieser Beschuß sei nicht gleichbedeutend mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen.



In El Salvador wütet der ultrarechte Terror, dem völlig Unschuldige zum Opfer fallen.

Foto: UPI-TASS

Ich war in den herrlichen, modernen Städten Moskau und Leningrad zur XXII. Olympiade. Ich möchte das sowjetische Olympische Komitee und das ganze Volk zum großen Erfolg der Spiele beklagen und mich für die Gastfreundschaft bedanken. Die meisten britischen und irischen Sportler und Sportfreunde sind zutiefst empört über die Lügen, die von einigen westlichen Journalisten über die Olympiade '80 verbreitet werden. Wir werden allen erzählen, wieviel Interessantes wir gesehen haben. Vieles davon überzeugte uns von der Ehrlosigkeit der Reporter, die Ihr Land nur deshalb verleumden, weil sie ihre Auftraggeber zufriedenstellen wollen oder Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

Michael FOX
Belfast, Großbritannien

Die aggressive Politik Washingtons im Indischen Ozean und im Persischen Golf empört mich. Opfer dieser Politik, die davon gedeckt wird, man müsse „von der Position der Stärke“ verhandeln, wurde bereits mein Land, das US-Militärpersonal und US-Waffen aufnehmen mußte. Wieder haben die Neokolonialisten zu verstehen gegeben, daß Kenia wie auch andere ihrer Opfer ein wirtschaftliches und politisches Anhängsel der imperialistischen Mächte bleiben soll. Der Beschuß über die Schaffung von US-Stützpunkten in Kenia birgt die Gefahr, daß unser Land in Zukunft als Vorposten für imperialistische Aggressionen in dieser Region benutzt wird.

Auwor OCHOLA
Kitui, Kenia

Die vom US-Imperialismus an seine Partner gelieferten Waffen wenden sich nicht selten gegen ihn selbst. Die Ereignisse in Iran, Nikaragua und in vielen anderen Ländern zeigen, daß den Werktagen der kapitalistischen Länder zunehmend die Notwendigkeit der Ablösung der bestehenden Ordnung zu Bewußtsein kommt. So wird das bekannte Sprichwort bestätigt: Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

B. BALJUBA
Alma Ata, UdSSR

DIREKTIVE Nr. 59: EVOLUTION ODER SPRUNG?

Lew SEMEJKO

„Eine politische Erschütterung“ — so nannte die „New York Times“ das internationale Echo auf die von Präsident Carter verkündete Direktive Nr. 59 zur neuen Nuklearstrategie der USA.

Eine treffende Feststellung. Die strategische Wende wird „ganz gewiß großen Einfluß auf die Außenpolitik der USA haben“, heißt es in einem Brief des Senatsausschusses für Äußeres an Verteidigungsminister Brown und Außenminister Muskie. Zugleich zeichnet sich eine globale militärisch-politische Wende mit schwerwiegenden Folgen ab. Die Lebensinteressen sowohl der UdSSR und ihrer Verbündeten im Warschauer Vertrag als auch der NATO-Partner der USA haben schweren Schaden genommen.

Im Westen artikulieren sich nicht nur größte Besorgnis, sondern auch verhaltene Töne: Ist diese Strategie wirklich neu? Wenn nicht — und dafür soll es, wie gewisse Leute behaupten, Anhaltspunkte geben —, warum dann der ganze Streit, warum die zahlreichen Proteste und Erklärungen? Im Brüsseler NATO-Hauptquartier bestreite man energisch, daß die Carter-Direktive eine neue Orientierung eingeleitet habe — so „Frankfurter Allgemeine“. Vielmehr handle es sich um die Weiterentwicklung von Ideen, die Exverteidigungsminister Schlesinger bereits 1974 dargelegt hat.

Ein solches Urteil ist zumindest unpräzis, da es die Bedeutung der neuen Komponente in der gemeinsamen Strategie Carters, Brzezinskis und Browns nicht berücksichtigt.

Zweifelsohne ist die Direktive Nr. 59 nicht auf leerem Boden entstanden — sie reicht zurück bis zur bekannten „Schlesinger-Doktrin“ (Konzeption eines „begrenzten strategischen Krieges“), der zufolge die Priorität der Nuklearschläge von den Städten auf militärische Objekte übertragen werden sollte. Nicht ohne Grund wird sie auch als „Doktrin der neuen Zielplanung“ bezeichnet.

Von größter Bedeutung sind jene „weiterentwickelten Ideen“ der Nuklearstrategie, gegen die auch die NATO-Experten keine Einwände haben. Was ist da eigentlich neu?

1. Einer großen Zahl von Objekten (einschließlich der militärisch-politischen Kommandostellen) sollen „begrenzte“ Nuklearschläge beigebracht werden.

2. Für diese Schläge können jetzt nicht nur strategische, sondern auch „eurostrategische“ Mittel eingesetzt werden.

3. Nicht nur ein zeitlich begrenzter, sondern auch ein langwieriger Nuklearkrieg sind vorgesehen.

4. Als beste Variante gilt ein „präventiver“ Erstschlag.

All das läßt sich kaum unter den Begriff einer gewöhnlichen Entwicklung strategischer Zielsetzungen subsumieren. Vielmehr ist das ein qualitativer Sprung, eine Zunahme gefährlicher Tendenzen in den militärischen und politischen Aggressionsbestrebungen des Pentagon.

Bereits Präsident Nixon hatte 1970 die Frage aufgeworfen, ob man sich nicht in einem Konflikt im Interesse der Rettung der amerikanischen Städte auf atomare Schläge nur gegen militärische und industrielle Objekte beschränken sollte. 1973—1974 gab Verteidigungsminister Schlesinger die Entscheidung des Pentagon bekannt, die Schläge selektiv, nur gegen einige dieser Objekte, auszuführen. Eine solche Aktion werde, wie es heißt, die Bereitschaft der USA auch zur Eskalation (wenn sich die USA bereits grundsätzlich zum Einsatz von Kernwaffen entschlossen haben) demonstrieren, und das müsse eine Wende im gesamten Kriegsverlauf herbeiführen.

Jetzt hat man auch die militärisch-politischen Kommandostellen in die Zielliste aufgenommen. Das ist schon nicht mehr eine rein arithmetische Zunahme der Zahl der Ziele (einigen amerikanischen Angaben zufolge um etwa das Anderthalbfache), sondern der offensichtliche Versuch, als Sieger aus einem Nuklearkrieg hervorzugehen, was eben von besagten Führern Amerikas angesichts seiner katastrophalen Folgen verbal negiert wird. Dieser Schluß drängt sich auf, da die Ausschaltung des ganzen Komplexes strategisch wichtiger Objekte, wie das Pentagon kalkuliert, den Gegner lämmen und ihn zur Kapitulation zwingen würde. Es geht also nicht darum, durch einzelne selektive Schläge den Gegner zu „beeindrucken“.

Derartige Konzeptionen lösen Empörung selbst in den USA aus. „Eine Konzeption, die voraussetzt, daß der Charakter eines Nuklearkrieges in seinem ganzen Verlauf begrenzt

bleiben und in gewissem Sinne ‚gewonnen‘ werden kann, ist nicht nur zweifelhaft. Diese Konzeption anzunehmen, hieße das Risiko eines nuklearen Selbstmordes vergrößern“ — diese Meinung der „New York Times“ wird von zahlreichen westlichen Kritikern der neuen Strategie unterstützt.

Die „Schlesinger-Doktrin“ betonte den „begrenzten“ Einsatz strategischer Waffen, vor allem von Interkontinentalraketen. In der Nuklearstrategie werden auch die Pläne für die Stationierung der neuen US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa berücksichtigt, in deren Reichweite ein Großteil des europäischen Territoriums der UdSSR liegt. Die Bedrohung für die Sowjetunion und ihre Verbündeten wird stärker. Die Aufstellung der „Euroraketen“ erweist sich als Komponente der neuen Strategie.

Und wiederum ist das nicht nur eine rein zahlenmäßige Zunahme der Möglichkeiten für atomare Schläge. Wichtig ist der politische Aspekt: Westeuropa wird als Startrampe für die Entfesselung eines Nuklearkrieges schon nicht nur in taktischen, sondern auch in globalen Dimensionen betrachtet. Überdies wird den „eurostrategischen“ Waffen die Hauptrolle bei einem „begrenzten Nuklearkrieg“ zugewiesen — der Konzeption Washingtons zufolge würde ihm der Einsatz dieser Waffen ermöglichen, quasi hinter einer atomaren Maginot-Linie ruhig abzuwarten. Eine solche „Begrenzung“ der Nuklearschläge ist qualitativ etwas Neues.

Die „Schlesinger-Doktrin“ ging davon aus (zumindest nach den Worten ihres Urhebers), daß „begrenzte“ Nuklearschläge weitgehend demonstrativen Charakter haben und die Bereitschaft der USA symbolisieren würden, selbst ein großes Risiko einzugehen. Nüchtern betrachtet kann das nicht längere Zeit dauern. In Wirklichkeit wäre schon ein einziger selektiver Nuklearschlag eine Überschreitung des Rubikon und ein mehr als deutliches Signal der „Entschlossenheit Amerikas“. Doch jetzt wird der „New York Times“ zufolge „ein amerikanisches Potential zur Teilnahme an einem langwierigen Nuklearkrieg“ entwickelt. Offenbar will man in Washington die Nuklearwaffe zu einer

„konventionellen“ Waffe verwandeln. Das ist eine ernste Wende in der Strategie, obgleich die Möglichkeit, daß ein „begrenzter“ atomarer Schlagabtausch Monate, ja Jahre dauern könnte, im Grunde gleich Null ist.

Die Unvermeidlichkeit einer Eskalation wird auch von Harold Brown nicht abgestritten, der zugibt, daß die Verwirklichung der neuen Strategie zu einem globalen Nuklearkrieg führen kann. In seiner Botschaft an die Verteidigungsminister der NATO-Länder zur unterzeichneten Direktive erklärte er erneut zu einem Nuklearkrieg: „...Wir haben keinerlei Illusionen hinsichtlich der Schwierigkeiten der Begrenzung seiner Eskalation und seiner Folgen.“ Ein, wie es scheint, realistisches Urteil. Doch warum dann diese selbstmörderische Konzeption? Warum versuchen, die „Begrenzung“ und die „Dauer“ der todbringenden Schläge zu vereinen? Hat ja bereits Clausewitz gesagt, daß jeder Versuch, die Anwendung von Gewalt im Krieg zu begrenzen, eine Dummheit ist. Nachdem nun die Strategie der „massiven Vergeltung“ gescheitert ist, sucht man in den USA eifrig nach einer Möglichkeit für einen „rationalen“ Einsatz von Kernwaffen. Bereits 1958 hatte US-General Wymen den großen deutschen Militärtheoretiker kritisiert, als er fragte: „Was kann im nuklearen Zeitalter absurd sein als diese Theorie von Clausewitz?“ Doch tatsächlich ist es die US-Nuklearstrategie, die absurd bleibt.

„Wollen die USA nicht jetzt eine Erstschlagkapazität erreichen, was ihnen ermöglichen würde, die sowjetischen Interkontinentalraketen in einem Überraschungsangriff zu zerstören?“ fragt die „New York Times“.

Die Bereitschaft der USA, als erste zu nuklearen Schlägen auszuholen, ist jetzt wirklich größer als zu Zeiten von Verteidigungsminister Schlesinger. Einerseits hat in den letzten Jahren der Anteil der Nuklearwaffen mit großer Treffsicherheit an den strategischen Kräften stark zugenommen. Andererseits setzt sich unter diesem Einfluß sowie durch die allgemeine Verschärfung des Aggressionskurses des Weißen Hauses im Bewußtsein der Washingtoner Führung immer mehr der Gedanke fest, man könne nicht nur, sondern solle sogar wirksame Erstschläge ausführen. Denn wenn es jetzt theoretisch nach Berechnungen amerikanischer Experten möglich ist, eine Raketenstartrampe nicht durch zwei oder drei Sprengköpfe wie früher, sondern durch einen einzigen Sprengkopf zu zerstören — wo ist



Dem amerikanischen Adler sind „Falken“ gewachsen.
Aus „Business Week“ (USA)

die Gewähr dafür, daß das Pentagon das nicht tun wird?

Das Pentagon meint offenbar, die Entwicklung der neuen militärisch-technischen Basis der strategischen Kräfte könnte den USA auch viel größere Möglichkeiten für eine blitzartige Vernichtung des militärischen Hauptpotentials des Gegners geben.

Ein Schlag gegen die Streitkräfte kann, wie der französische „Figaro“ schreibt, nur dann wirksam sein, wenn er als erster und überraschend geführt wird, wenn sich die Truppen an ihren ständigen Stationierungsorten, die Raketen in den

Silos und die Flugzeuge auf den Flughäfen befinden. Ebendas wird in den USA als „erster (präventiver) Schlag“ bezeichnet. Im Zusammenhang mit der Direktive Nr. 59 kann ein solcher Schlag jetzt offenbar umfassender gesehen werden — als militärische Entwaffnung, begleitet von der Vernichtung der politischen und strategischen Führungssysteme sowie dem Ruin der Wirtschaft.

Dieser Aspekt der neuen Nuklearstrategie ist der gefährlichste. Die Bereitschaft zu „begrenzten“ Schlägen — das ist der Kurs auf strategische Überlegenheit, auf die Entfernung eines Nuklearkrieges. Harold Brown hat nie abgestritten, die USA könnten als erste taktische Kernwaffen einsetzen, doch die Direktive Nr. 59 sieht den gleichzeitigen Einsatz auch strategischer Waffen vor, darunter — was sehr wichtig ist — auch in lokalen Konflikten. Zumindest konnte der US-Verteidigungsminister das auf einer Pressekonferenz nicht leugnen.

Man sollte nicht denken, die neue Nuklearstrategie der USA wäre „human“, da sie ja die sowjetischen Städte von amerikanischen Nuklearschlägen ausnehme. Nein. Die Direktive sieht der „New York Times“ zu folge eine „zuverlässige strategische Reserve“ vor, die nicht in den ersten Phasen eines Konflikts zum Einsatz käme, sondern erst im „nötigen Augenblick“. Das Damoklesschwert eines Nuklearschlags hängt also nach wie vor über Millionen Menschen in den Städten.

POLEN

TREU ZUM SOZIALISMUS

Die Normalisierung des Lebens macht in Polen weitere Fortschritte. Die PVAP und die Regierung tun bei aktiver Mitwirkung des Zentralrates der Gewerkschaften alles, um die bestehenden Probleme zu überwinden. In den meisten bestreikten Betrieben wird wieder normal gearbeitet. Pressemeldungen zufolge sind sich viele Produktionskollektive bewußt, daß Ruhe, ehrliche und aufopferungsvolle Arbeit die beste Gewähr dafür sind, aus der schwierigen Situation herauszukommen, die Hoffnungen der Werkfältigen schnellstmöglich und vollständig zu verwirklichen.

Im ganzen Land finden Versammlungen der Parteikräfte statt, an denen Mitglieder des Politbüros des ZK der PVAP, Vertreter höchster Staats- und Parteiorgane teilnehmen. Auf Versammlungen in Warschau, Łódź, Toruń, Zielona Góra, Olsztyn und in anderen Städten sprach man in sachlicher Atmosphäre über Wege zur Beseitigung der Ursachen der Spannung und über konkrete Möglichkeiten zur Überwindung

der sozialen und ökonomischen Fehler. Maßnahmen für eine größere Effektivität der Wirtschaft sind vorgesehen.

Vor Parteikräften in Gdańsk und Katowice sprach der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Stanisław Kania. Er verwies auf eine gewisse Verbesserung der Lage im Lande. Die Partei, sagte Stanisław Kania in Gdańsk, ist sich dessen bewußt, daß man nach dem Geschehenen nicht mehr die alte Politik und Propaganda weitermachen, die gleichen Methoden der Parteiarbeit anwenden kann. Man muß das suchen, was eine wahre Verbindung der Partei mit der Arbeiterklasse gibt.

Den Schwierigkeiten, die zu dem Konflikt geführt haben, lagen, wie der Erste Sekretär des ZK der PVAP betonte, die Nichtbeachtung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, der Lernenden Normen des Parteilebens, moralischer Leitsätze und eine falsche Einstellung gegenüber den gesellschaftlichen Bedürfnissen zugrunde. Den illusorischen, demagogischen Lösungen muß entgegengetreten werden, denen

So sieht die neue Konzeption aus, die die US-Administration zum festen Bestandteil ihrer politischen Wende von der Entspannung zur Konfrontation mit der Sowjetunion gemacht hat. Wir betrachten das nicht als eine „Kosmetik“ der früheren Nuklearstrategie, sondern als deren qualitative Veränderung, weniger als Etappe in der Evolution, sondern vielmehr als Sprung in der Entwicklung der Militärdoktrin insgesamt. Auf jeden Fall ist es eine völlige Wende in den Ansichten der Regierung der Demokraten. Und das ist um so bedeutender, da sich Carter vor seinem Einzug ins Weiße Haus entschieden von der „Schlesinger-Doktrin“ distanziert hatte.

Wodurch war diese Wende in der Nuklearstrategie Washingtons bedingt? Die Direktive Nr. 59 ist der Versuch der USA, aus der „nuklearen Sackgasse“ herauszukommen, die bereits in den 60er Jahren durch den Aufbau eines starken Verteidigungspotentials der sozialistischen Gemeinschaft entstanden war. Die Verstärkung des nuklearen Raketenpotentials der UdSSR hat all die Jahre die Aggressionsgelüste der USA gebremst. Um so mehr tut dieses Potential das jetzt, da zwischen der UdSSR und den USA ein strategisches Gleichgewicht besteht. Washington will jetzt die strategische Überlegenheit vor allem durch die qualitative Entwicklung seiner Nuklearkräfte erreichen. Doch zugleich wird dort auch die quantitative Seite nicht vergessen. Und daher auch die neue Nuklearstrategie, de-

ren Fundament im Grunde die vor anderthalb Jahren vom Pentagon verkündete Strategie des „überlegenen Widerstandes“ ist. Ihr zufolge soll nach einem nuklearen Schlagabtausch das verbliebene Nuklearpotential der USA zumindest ebenso stark sein wie das der UdSSR oder stärker. Von einem „Gleichgewicht“ des verbliebenen Potentials wird natürlich anstandshalber gesprochen. Das wahre Ziel dabei ist nur die Überlegenheit. Bei dieser Konzeption geht es nicht, wie behauptet, um die Verhinderung eines thermonuklearen Krieges, sondern um seine Entfesselung und aktive Führung.

Die neue Nuklearstrategie der USA soll ihren Urhebern zufolge die UdSSR von einem Angriff auf die USA stärker abschrecken. Doch das ist ebenso unsinnig wie die ganze Märe von der „militärischen Bedrohung seitens der UdSSR“. Wenn jemand gezügelt werden muß, dann nur die USA.

Die Direktive Nr. 59, die offiziellen Versicherungen zufolge einen Nuklearkrieg verhindern soll, läßt ihn in Wirklichkeit wahrscheinlicher werden. Indem sie als ihr Ziel eine „Verringerung“ der Verluste bei einem nuklearen Weltuntergang verkündet, kann sie diese nur verstärken. Geprägt als Mittel zur „Stabilisierung“ der strategischen Lage, destabilisiert sie diese. Selbst wenn man die Direktive Nr. 59 unter dem amerikanischen Gesichtspunkt des Begriffs der strategischen Stabilität sieht, wie er offiziell von der US-Agentur für Rüstungskontrolle und

Abrüstung formuliert wurde, bestimmt die Stabilität ein solches Kräfteverhältnis, bei dem jede der Seiten danach strebt, den Einsatz strategischer Kräfte in Krisensituationen zu vermeiden und es nicht für notwendig erachtet, neue Rüstungsprogramme in Angriff zu nehmen, um nicht in einer unvorteilhaften strategischen Lage zu sein. Die neue Strategie verletzt beide Voraussetzungen der strategischen Stabilität. Und das, obgleich die Gewährleistung dieser Stabilität eine wichtige Verpflichtung ist, die die USA und die UdSSR am 18. Juni 1979 in Wien übernommen haben. Offenbar sind Paradoxien und Widersprüche in der Politik nicht zu vermeiden, wenn man verbal erklärt, man wolle keinen Atomkrieg führen, in Wirklichkeit aber danach strebt, das Nuklearpotential in ein „elastisches“ Instrument der Außenpolitik, in ein Druckmittel gegen die UdSSR „von der Position der Stärke“ aus zu verwandeln.

Die Kalkulationen mit einer Politik der Erpressung und des Diktats gegenüber der Sowjetunion entbehren in den 80er Jahren noch mehr jeder Grundlage als in den 70ern. Den USA wird es nie gelingen, die militärische Überlegenheit gegenüber der UdSSR zu erlangen. Wenn sie aber nicht in der Lage sind, ein festes Fundament der strategischen Macht zu schaffen als das der Sowjetunion, so sind die Konzeptionen eines modernisierten „begrenzten Nuklearkrieges“ praktisch hältlos.

zufolge man mehr konsumieren kann als erzeugt wird. Deshalb ist die volle Auslastung des bestehenden Produktionspotentials ein Gebot der Zeit. Hauptvoraussetzung für einen Erfolg bleibt, wie Stanisław Kania konstatierte, die Arbeit, ohne die selbst die besten programmatischen Lösungen wirkungslos bleiben.

Ein immer größeres Echo findet der Appell der Partei an die Arbeiterklasse und alle Werktätigen, ihre ruhmreichen Kampftraditionen, ihre politische Reife mit Taten zu beweisen. Pressemeldungen zufolge haben sich viele Produktionskollektive, die die Arbeit nach dem Streik wieder aufnahmen, verpflichtet, durch harte Arbeit ihren Rückstand wieder gutzumachen. Ein gutes Tempo haben die Hafenarbeiter von Gdańsk, die Schiffbauteile von Szczecin und die Bergleute Schlesiens genommen.

Ich besuchte einen der größten Betriebe des Landes — das Warschauer Pkw-Werk. Hier arbeiten 16 000 Menschen.

„Anfangs haben wir 25 000 Autos jährlich produziert“, sagte mir Tomasz Wojtowiecki, stellvertretender Sekretär

des Werkparteikomitees. Jetzt sind es über 130 000 und zusammen mit den Zweigwerken in anderen Städten mehr als 380 000.“

Die polnischen Autowerker haben die Produktion des zu Recht beliebten Polski Fiat aufgenommen. Vor einigen Jahren rollten die ersten komfortablen Polonez-Wagen vom Fließband. Autos aus Warschau werden in viele Länder exportiert — nach Ungarn, Bulgarien, Frankreich, Großbritannien, in den Irak u. a. Das zeugt vom hohen Entwicklungsstand des polnischen Automobilbaus, von seinem internationalen Ansehen.

„Weniger als vier Monate sind es noch bis zum Ende des laufenden Fünfjahrplans“, fährt T. Wojtowiecki fort. „Vor allem geht es jetzt darum, die Produktionsaufgabe in Ehren zu erfüllen. Es erfüllt mit Genugtuung, daß wir sowohl den laufenden Jahresplan als auch die Aufgaben des Fünfjahrplans erfüllt haben.“

Das Autowerk beschäftigt heute qualifizierte Kräfte, die auch politisch reif sind. Die Werksparteiorganisation mit ihren ca. 5000 Mitgliedern und Kandi-

daten ist die führende Kraft, die dem Kollektiv ein Beispiel für bewußte Arbeit und gesellschaftliche Aktivität gibt.

Auch jetzt, in einer für unser Land schweren Zeit, zeigen die Kommunisten des Werks ein Beispiel von Disziplin, demonstrieren, wie man mutig die Probleme anpackt.

Auf den kürzlichen Parteiversammlungen wurden Unzulänglichkeiten im Werk prinzipiell kritisiert, wurden Entstellungen und Fehler in der Arbeit der zentralen Organe der Partei und der Regierung verurteilt. Zugleich distanzieren sich die Kommunisten, alle Betriebsangehörigen entschieden von den Umtrieben der antisozialistischen Kräfte und bekunden ihre Treue zu den sozialistischen Errungenschaften, die das Volk unter Führung der PVAP in den 36 Jahren des Aufbaus des neuen Lebens erreicht hat. Wie das gesamte polnische Proletariat bieten sie alle Kräfte auf, um die schwierigen Probleme des Landes zu lösen, um den Sozialismus und die Interessen Volkspolens konsequent zu verteidigen.“

L. CHARKOW
Eigenbericht

DER KRIEG ALS ALLTAG

Von unserem Sonderberichterstatter Wladimir SCHELEPIN

Aus dem westlichen, überwiegend arabischen Teil Beiruts, gelangt man in die nordlibanesische Stadt Tripolis paradoxerweise sicherer durch das benachbarte Syrien als durch jene Gegenden des Libanon, die von den Phalangisten der rechtsextremen christlichen Kataeb-Partei kontrolliert werden. So wirkt sich die Spaltung der libanesischen Gesellschaft aus, die zum Bürgerkrieg der Jahre 1976—1977 führte, und jetzt weiter die innenpolitische Atmosphäre vergiftet. Sie hat die Rolle der Zentralmacht und des Staates zunichte gemacht, indem sie sogar die Hauptstadt Beirut in zwei befeindete Hälften teilte.

Diese Aufsplitterung kommt den israelischen Expansionisten zupaß, die den Libanon aus der panarabischen Front herausführen und sich zudem den Süden des Landes einverleiben wollen. Nur bei oberflächlicher Betrachtung führt die Religionszugehörigkeit stets zu einer bestimmten Parteinaufnahme für eines der Lager. In dem jetzt bereits so lange anhaltenden Kampf zwischen den arabischen nationalpatriotischen Kräften sowie Imperialismus und Zionismus werden natürlich vor allem politische Ziele verfolgt.

Israel unterstützt die christliche Reaktion in Libanon, die gegen die palästinensische Bewegung auftritt und Libanon spalten, „entarabisieren“ will.

Die Truppen der Kataeb-Partei unter Pierre Gemayel und seinem Sohn Bashir haben sich im Nordosten Beiruts, im Raum von Juniya, unweit der Hauptstadt, und in einigen Gebieten des Zentrallibanon eingegraben. Im Süden des Landes agiert ihr Verbündeter, eine direkte Marionette Israels — Major Saad Haddad. Seine Milizen werden von Israel fast vollständig ausgehalten, und die von ihm proklamierte separate „Republik Freies Libanon“ ist nichts anderes als ein Anhänger Israels. Auf Haddads Militärkarten, die mir Vertreter der nationalpatriotischen Kräfte in Tyr und Nabatiye zeigten, verläuft sogar die israelisch-libanesische Grenze „anders“, zwischen dem „Freien Libanon“ und dem übrigen Teil Libanons. Israel befestigt jetzt sorgsam das unter Haddads Kontrolle stehende Territorium. Meldungen zufolge stellt Tel Aviv dort 203-mm-

Ferngeschütze auf und konzentriert neue Truppen. Alles spricht also für die Vorbereitung einer weiteren massiven Intervention.

Die Feinde des arabischen Volkes von Libanon sind stark. Leider läßt sich sagen, daß angesichts dieser offenkundigen Gefahr einer neuen Großoffensive auf die Integrität und Souveränität Libanons seine Verteidiger mangelnde Einheit und Geschlossenheit zeigen. In Libanon finden sich sozusagen repräsentativ alle komplizierten Machtkämpfe und Interessenkonflikte, die die arabische Welt von heute charakterisieren: Die Parteien, Organisationen und palästinensischen Gruppierungen orientieren sich nicht selten auf die Politik des einen oder anderen sie unterstützenden Landes. Unter den verschiedenen Gruppen des patriotischen Lagers kommt es bisweilen zu recht heftigen Differenzen und Streitigkeiten. Angesichts der Lage Libanons ist das besonders gefährlich. Hat ja der Bürgerkrieg auch dazu geführt, daß jedes Haus, ja jede Familie eine MPi und Handgranaten hat. Die Hauptquartiere der Parteien — von denen es Dutzende gibt — verfügen auch über stärkere Waffen.

In Beirut verbrachte ich die ersten Tage des islamischen Festes, das den Fastenmonat Ramadan abschließt. Selbst den Balkon des Hotelzimmers zu betreten, war nicht ungefährlich. Und das nicht etwa wegen irgend-

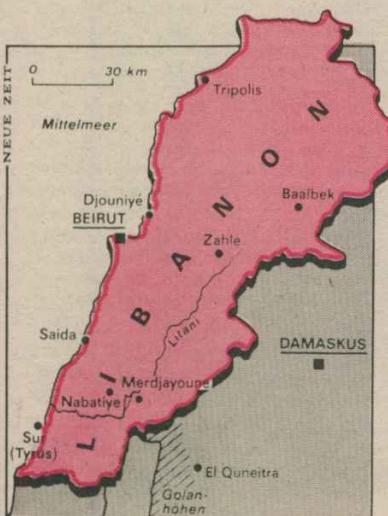
welcher bewaffneter Zusammenstöße (in dieser Hinsicht war es gerade relativ ruhig). Nein, vielmehr weil viele vor Freude MPi-Salven abgaben, als eine Art Festsalut. Der Abendhimmel wurde von Leuchtspurgeschossen erhellt. Einige von ihnen trafen als Querschläger Passanten oder spielende Kinder. In den Krankenhäusern von Beirut hatte man wieder einmal alle Hände voll zu tun.

Israel und die einheimische Reaktion suchen sich auf jede Weise die Schwäche der Zentralmacht, die Atmosphäre der Unsicherheit zunutze zu machen. Die Provokationen reißen nicht ab, in der heutigen Lage aber kann allein ein Funken einen verheerenden Brand auslösen. Mal kommt es in Baalbek zu einem Zusammenstoß zwischen Anhängern der verschiedenen Richtungen des Islam — Sunnitern und Schiiten —, was zu Opfern auf beiden Seiten führt. Dann wird in Beirut am helllichten Tage ein progressiver Journalist brutal niedergeschossen. Der Mörder kann unerkannt entkommen. Dann mäht in Saida eine MG-Garbe Passanten nieder. Und schließlich werden in Tripolis die Gefechte zwischen verschiedenen Gruppierungen so intensiv, daß syrische Soldaten der Panarabischen Sicherheitskräfte eingreifen müssen.

All das scheinen zunächst vereinzelt, „zufällige“ Episoden zu sein. Doch wie der amtierende Ministerpräsident Libanons, Selim Hoss, betonte (sein Kabinett trat im Juli zurück, eine neue Regierung aber kam bislang nicht zustande), ist das nur der Anschein, der trügt. In Wirklichkeit werden die terroristischen Aktivitäten von einem Zentrum, von Israel aus, gelenkt, das Libanon als souveränen Staat erschüttern, ja völlig zerstören will.

„Die Lage in Libanon ist bis zum äußersten gespannt. Die Probleme unseres leidgeprüften Landes können nur im Rahmen einer umfassenden und gerechten Nahostregelung wirklich gelöst werden“, sagte mir Soukheil Taouile, Mitglied des Politbüros der Libanesischen KP und Chefredakteur der Zeitung „Al-Nida“. „Doch es wäre nicht richtig, die derzeitige Situation als völlig aussichtslos anzusehen. Haben ja die nationalpatriotischen Kräfte, die die KP, die Sozialistische Fortschrittspartei und andere Organisationen vereinen, die Frontalattacken der einheimischen Reaktion und deren Versuche abwehren können, die militärische und politische Präsenz der Palästinensischen Widerstandsbewegung in Libanon zu beenden.“

„Und heute kann ohne den progressiven Block keine ernsthafte innenpolitische Frage gelöst werden“,



KNOTENPUNKT

Mitte September fand in Paris die Internationale Konferenz für die Unterstützung des Kampfes des namibischen Volkes statt. An diesem repräsentativen Forum beteiligten sich Delegationen der UNO, der OAU, Vertreter anderer internationaler Organisationen sowie namhafte Politiker und Öffentlichkeitsarbeiter aus 33 Ländern. Die Abgesandten der namibischen Patrioten wurden vom Präsidenten der SWAPO, Sam Nujoma, geleitet.

Die Einberufung dieses Forums war von der alarmierenden Situation im Süden Afrikas ausgelöst worden, die sich aus den Machenschaften der RSA-Rassisten und ihrer imperialistischen Hintermänner um die Frage der Unabhängigkeit von Namibia ergab.

Nach dem Sieg des Volkes von Simbabwe wurde Namibia zum Knotenpunkt im Kampf der Völker Afrikas für die vollständige Entkolonialisierung. Die rassistische Okkupation ist nicht nur ein Merkmal des Kolonialismus, sondern auch eine grobe Verletzung der UNO- und OAU-Beschlüsse, Namibia das Recht auf Unabhängigkeit und territoriale Integrität zu gewähren. Die Rassisten der RSA wollen die Herrschaft über dieses Gebiet behalten und verstärken deshalb die Repressionen gegen die SWAPO, den einzigen legitimen Vertreter des namibischen Volkes.

Der letzte Plan zur Lösung des Namibia-Problems wurde in der Resolution 435 des UNO-Sicherheitsrats, angenommen im September 1978, dargelegt. Gestützt auf Vorschläge der USA, Großbritanniens, der BRD, Frankreichs und Kanadas sah er Wahlen in Namibia unter UNO-Beobachtung vor. Die UdSSR steht diesem Plan kritisch gegen-

über, insbesondere bezüglich der Entsendung von UNO-Truppen und -zivilpersonal nach Namibia. Unter Berücksichtigung des Bemühens der SWAPO und der afrikanischen „Frontstaaten“ um eine konstruktive Lösung, verhinderte die Sowjetunion jedoch nicht die Billigung des Plänes. Kaum war er aber angenommen, legten die Rassisten seiner Durchsetzung alle möglichen Steine in den Weg.

Pretoria gab zwar seine Zustimmung, will aber Zeit gewinnen. Es werden institutionelle Rahmen geschaffen, um eine einseitige Verkündung der „Unabhängigkeit“ Namibias vorzubereiten. Bei diesen Machenschaften hat die RSA in der von ihr initiierten Demokratischen Turnhallen-Allianz unter dem weinen Farmer Dirk Mudge einen Heilfresher gefunden. Es wurden sogar Wahlen in eine „Konstituante“ abgehalten und ein „Ministerrat“ gebildet. Kurz, es lief alles deutlich auf das Ziel hinaus, die SWAPO nicht an die Macht kommen zu lassen und Namibia ein neokolonialistisches Regime aufzudrängen. Allerdings erhielt die Marionettenregierung Mudgets keine Unterstützung in der afrikanischen Bevölkerung und auch keine internationale Anerkennung. „Monde diplomatique“ bemerkte dazu, kaum ein Beobachter zweifelte daran, daß die SWAPO im Falle von freien und gerechten Wahlen die absolute Mehrheit erringen würde, wie das in Simbabwe mit der Partei Mugabes geschehen sei.

Die Westmächte unternahmen nichts, um Pretoria zu veranlassen, die Beschlüsse des Sicherheitsrats zu achten, ja sie unterstützten dessen Sabotage sogar.

Der sowjetische Delegationschef

auf der internationalen Konferenz in Paris, der stellvertretende Vorsitzende des Sowjetischen Solidaritätskomitees der Länder Asiens und Afrikas, Prof. Anatoli Gromyko, erklärte, daß „die USA gegenwärtig auf dem afrikanischen Kontinent eine gefährliche Politik betreiben, da sie ihre militärstrategischen Interessen in den Vordergrund stellen. Zu diesem Zweck sind sie bereit, die Lösung der Frage über die Unabhängigkeit für das Volk Namibias fast bis ins Endlose hinauszögern“.

Die Konferenz debattierte eingehend die im Süden Afrikas entstandene Lage und nahm dazu eine Erklärung und ein Aktionsprogramm an. In der Erklärung heißt es, das Rassistenregime in Pretoria unternehme verzweifelte Anstrengungen, um die Okkupation Namibias aufrechtzuerhalten, verstärke die Ausbeutung der Volksmassen in der RSA und bedrohe das freie Afrika. Es nutze das namibische Territorium zu aggressiven Aktionen gegen Sambia und die Volksrepublik Angola. Die Konferenz begrüßte den Status der SWAPO als wahre Vertreterin des namibischen Volkes.

Konferenzteilnehmer erklärten, die westlichen Länder förderten, indem sie mit dem Apartheidstaat weiter zusammenarbeiteten und die Realisierung der internationalen Sanktionen gegen die RSA unterließen, die Festigung des Rassistenregimes und verstärkten die Gefahr für den Frieden. Die Konferenz appellierte an die Völker und Regierungen, die internationalen Sanktionen gegen die RSA, einschließlich des Embargos für Erdöllieferungen, und den Abzug aller Okkupationskräfte durchzusetzen. Das Aktionsprogramm ist auf die weitere Aktivierung der Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des Volkes von Namibia für Freiheit und Unabhängigkeit gerichtet.

L. SKURATOW

fährt Genosse Taouile fort. „Das verstehen auch die Regierung und der Präsident. Wir sind stark genug, um jeder Provokation der Reaktion eine Abfuhr zu erteilen. Die Phalangisten der Kataeb-Partei mögen sich damit brüsten, daß sie kürzlich ihre Rivalen aus dem eigenen reaktionären christlichen Lager, die National-liberale Partei Chamille Chamouns, mit Feuer und Schwert überzogen und im Grunde die Herrschaft über einige Gebiete übernommen haben. Doch sie sind nicht imstande, die Macht im Lande zum Nachteil der Positionen der nationalpatriotischen Kräfte und der Palästinenser zu ergreifen. Zudem verlangt die Konsolidierung der Reaktionäre objektiv einen engeren Zusammenschluß aller, die gegen den Separatismus, für

die territoriale Integrität und Unabhängigkeit des Landes kämpfen..“

Die militärische Macht wird gefestigt, die organisatorische Struktur der vereinigten Streitkräfte der Palästinensischen Widerstandsbewegung und der nationalpatriotischen Kräfte vervollkommen. In den letzten drei Monaten versuchten israelische Kommandotrupps wiederholt, an der Küste zu landen und Piratenanschläge in Südlibanon zu verüben. Früher glückte ihnen das fast immer. Doch jetzt funktionieren Aufklärung und Frühwarnung bei den Verteidigern Libanons. Das Feuer ihrer Küstenartillerie zwingt den Gegner meist zum Rückzug. Doch sie haben schon nicht mehr die einstige Handlungsfreiheit. Keiner ihrer Angriffe bleibt jetzt ungestraft. Die Palästi-

nenser, die libanesischen Patrioten und die Panarabischen Sicherheitskräfte, die weitgehend aus syrischen Einheiten bestehen, stellen sich einer weiteren israelischen Expansion in den Weg.

Die patriotischen Kräfte Libanons wissen sehr wohl, daß die UdSSR das Streben des Landes nach Wahrung seiner Unabhängigkeit und territorialen Integrität unterstützt, die Aggressionsakte Israels im Süden des Landes und die separatistischen Umtriebe der reaktionären Kräfte entschieden verurteilt. Sehr begrüßt wird hier auch, daß die Sowjetunion entschieden für eine umfassende gerechte Nahostregelung eintritt, die auch Libanon den Frieden bringen würde.

Nabatiye—Tyrus—Beirut

DROHUNGEN UND ERPRESSUNG

Pawel MESENZEW

Die westliche Presse zeigt erneut großes Interesse für die politische Situation im Iran, besonders die USA-Presse. Formaler Anlaß dazu ist die Bildung der Regierung Mohammad Ali Rajai.

Die Kabinettbildung hat sehr lange gedauert, was keinesfalls unproblematisch war. Der iranischen Presse zufolge sollte der Ministerpräsident das Kabinett in 10 Tagen bilden und die Kandidatenliste dem Medschlis vorlegen. Faktisch brauchte er dazu aber 21 Tage. Rajai erklärte die Verzögerung in seiner TV-Ansprache vom 31. August damit, daß Präsident Banisadr die Kandidatenliste nicht billigte und von Anfang an hinsichtlich der Kandidaturen des Verteidigungs- und des Innenministers seine Forderungen stellte. Er sagte:

„Als ich dem Präsidenten die Liste vorlegte, hatte er es nicht eilig, seine Kandidaten zu nennen, weil sie sich angeblich nicht an der neuen Regierung beteiligen wollten.“

So legte denn Rajai dem Medschlis am 31. August die Liste der Kabinettsmitglieder ohne den Verteidigungsminister vor. Die Erörterung wurde verzögert, weil Banisadr dem Medschlis und Ayatollah Chomeini schriftlich seine Einwände gegen einzelne Kandidaten mitteilte. Der französischen „*Matin*“ zufolge äußerte er seine Unzufriedenheit damit, daß das Kabinett hauptsächlich aus Vertretern der Islamischen Republikanischen Partei bestehen sollte, die eine „hundertprozentige islamische Regierung“ haben will. Nach anderen westlichen Informationsquellen hatte Banisadr an der persönlichen Eignung der Kandidaten etwas auszusetzen. Und im neuen Kabinett, das vom Medschlis am 9. September bestätigt wurde, fehlten der Außenminister und einige Minister für Wirtschaftsangelegenheiten.

Auch hinsichtlich der Auswirkung der amerikanischen Wirtschaftsblokade auf den Iran vertritt der Präsident seine besonderen Ansichten, die sich von denen der meisten iranischen Politiker unterscheiden. Der frühere Erdölmini-

ster, Parlamentsabgeordneter Ali Akbar Moinfar brachte die Meinung dieser Politiker zum Ausdruck, als er am 1. September äußerte, die Blockade sei „gescheitert“, die USA „können gegen den Iran nichts aussrichten und werden es auch nicht können“. Banisadr sagte dagegen in einem Interview für die indische Presseagentur PTI, die Wirtschaftsblokade sei das akuteste Problem Irans: „Die amerikanischen Geiseln haben den Iran zur USA-Geisel gemacht.“ Man beachte, daß diesen entgegengesetzten Haltungen zu den Versuchen der Imperialisten, die junge Republik unter Druck zu setzen, auch ganz verschiedene Ansichten über den Weg zugrunde liegen, den das Land beschreiten soll.

Washington will natürlich, daß die Entscheidung seinen Interessen entspricht, doch zur Zeit hat es ganz andere Sorgen. Die „Christian Science Monitor“ meint, kurz vor den Präsidentschaftswahlen sei es für Carter wichtig, die Frage der amerikanischen Geiseln politisch hochzuspinnen, um die Wähler zu überzeugen, daß dem Weißen Haus nach wie vor deren Geschick am Herzen liegen. So wird nun die Geisel-Frage für den Wahlkampf ausgeschlachtet.

Ahnlich beurteilen einige westliche Kommentatoren auch den Brief US-Staatssekretärs Muskie an den iranischen Ministerpräsidenten Rajai, in dem die Notwendigkeit einer baldigsten Befreiung der Geiseln betont wird. Zugleich wurde dem Medschlis von US-Kongressmitgliedern ein Vorschlag zur Regelung der iranisch-amerikanischen Beziehungen unterbreitet.

Ayatollah Chomeinis Rundfunkrede vom 12. September war gleichsam eine Antwort auf Washingtons Demarche. Er erklärte, die der Spionage beschuldigten Mitarbeiter der US-Botschaft könnten nur befreit werden, wenn die USA dem Iran die durch den Schah geraubten Schätze rückerstatten, die in US-Banken eingefrorenen iranischen Guthaben flüssig machen und sich verpflichten, von einer militärischen und politischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Irans Abstand zu nehmen.

Washington behauptet immer wieder, im Iran wären „religiöse Fanatiker“ an der Macht und es gäbe dort keine einzige verantwortungsbewußte Person, mit der man verhandeln könnte. Als Rajai bereits Ministerpräsident geworden war, gab die amerikanische TV-Gesellschaft NBC durch, offizielle Sprecher des State Department „behaupteten bis jetzt, daß die Vereinigten Staaten keinen hätten, mit dem sie eine Krisenregelung erörtern könnten“. Eine andere TV-Gesellschaft, die CBS, sendete, Iran habe keine richtige Regierung, sondern lediglich eine unlenkbare kriegerische Menge.

In der Presse der USA und einiger anderer Länder des Westens werden Gerüchte über gewisse „heranreifende Kräfte“ verbreitet, die imstande sein werden, gegen die iranische Revolution einen Schlag zu führen und in diesem Lande die einstigen Zustände wiederherzustellen. Die amerikanische Presseagentur UPI meldet, in den USA befindliche Iraner, die mit dem baldigen Sturz Ayatollah Chomeinis rechnen, hätten Mitte August die Gründung einer „Iranischen Demokratischen Partei“ bekanntgegeben.

Eine antiamerikanische Demonstration in Teheran

Foto AP—TASS



Diese beabsichtigte, ein Schattenkabinett zu bilden, um im Iran an die Macht zu kommen. Auch habe diese Partei vor, unverzüglich ihre Vertretungen in Washington, Houston, Los Angeles und in New York sowie in Europa zu eröffnen. Die französische Wochenschrift „VSD“ berichtet, daß „in Paris unter Bewachung von mehr als 100 Leibwächtern und Polizisten ein Vier-Tage-Treffen der Führer der iranischen Auslandsopposition abgehalten wurde“, an dem der Schwiegersohn des Schahs und der ehemalige iranische Botschafter in den USA, Ardechir Zahedi, der ehemalige Minister und Rektor der Teheraner Universität Nahavandi, der einstige Militärgouverneur von Teheran General Oveissi und Schapour Bakhtiar, Ministerpräsident der letzten Schah-Regierung, beteiligt waren. Die „Einstigen“ hätten sich das Ziel gesetzt, im Iran in aller nächster Zeit mit Hilfe der iranischen Emigration und ihrer einheimischen Helfershelfer einen Militärputsch durchzuführen, wobei die „USA gegen die Wiederherstellung der Monarchie im Iran nichts einzuwenden haben“.

Man kann vorläufig nicht sagen, ob es um eine reale Bedrohung Irans oder um Erpressungsversuche geht. Tatsache bleibt aber, daß man in Übersee hofft, im Iran würden „good boys“ in den Vordergrund treten. Die „Washington Post“ schrieb am 3. September unverblümmt, man sei in Washington zu dem Schluß gelangt, daß die „USA mit einem zuverlässigen Partner nur in dem Falle rechnen können, wenn im Iran das revolutionäre Chaos (!) vor einer Macht weichen wird, die für die wichtigsten Teilnehmer (vom Autor hervorgehoben) der iranischen Tragödie akzeptabel wäre“.

Washingtons Iranpolitik ist also heute dieselbe, wie in den ersten Tagen der iranischen Revolution. W. Sullivan, der einstige US-Botschafter im Iran und Augenzeuge der letzten Tage des Schah-Regimes, schrieb vor kurzem in einer Herbstnummer der Zeitschrift „Foreign Policy“, Brzezinski habe damals unumwunden Gewaltanwendung gegen das aufständische iranische Volk gefordert: „Als die Krise den Höhepunkt erreichte, erhielt ich ein

Schreiben aus Washington mit Berufung auf einen Hinweis Brzezinskis, der wissen wollte, ob ich einen militärischen Umsturz gegen die Revolution fördern könnte.“

Die gescheiterte Rettungsaffäre vom April und der im Juli mißlungene Versuch, einen Umsturz herbeizuführen, bestätigen, daß die USA auf ihre tückischen Pläne nicht verzichten wollen. Die „New York Times“ schreibt: „Washingtons Überzeugung, daß es in Teheran zu neuen Verschwörungen kommen werde, beruht hauptsächlich auf der Prophezeiung der Regierungsexperten, daß das Chaos im Iran allmählich zunimmt.“

Wie dem auch sei, müssen die Iraner wachsam sein, besonders angesichts der Gerüchte von einer für Oktober geplanten US-Invasion in Iran. Durch diese Gerüchte will man das iranische Volk mit seinen Freunden entzweien. So schreibt die „New York Times“ propagandahalber, die Experten vom Aufklärungsdienst des US-Verteidigungsministeriums seien der Ansicht, daß die Sowjetunion Truppen in den Iran schicken würde, falls die USA dieses Land überfielen. Dem sollte man auch bei der CIA zugestimmt haben.

So wird dem Iran angedeutet, er müsse sich nicht vor den USA, sondern vor seinem nördlichen Nachbarn in acht nehmen.

Gewisse Leute im Iran wie z. B. Ex-Außenminister Ghotbzadeh greifen solche Lügen bereitwillig auf, um ihren Landsleuten mit der sogenannten sowjetischen Bedrohung einen Schreck einzujagen, derweilen das Pentagon seine Truppen ungeštört in der Nähe der Bohrtürme des Nahen und Mittleren Ostens stationiert.

Am Persischen Golf hat sich die Situation durch die bewaffneten Zusammenstöße an der Grenze zwischen dem Iran und Irak noch mehr zugespitzt. Ausländischen Presseagenturen zufolge kommt es an einem 600-km-Abschnitt der Grenze zu Auseinandersetzungen. Die iranische Presseagentur Pars schreibt, Rajai und Banisadr inspizierten die westliche Grenze des Landes.

DIE ARMEE AM RUDER...

... der Türkei kann man kaum als überraschend ansehen. Sie haften die Chefs der großen politischen Parteien schon seit langem, zumindest seit zwei Jahren gewarnt, die Armee werde die Verwaltung des Landes übernehmen, sofern die Zivilregierung keine realen Ergebnisse bei der Bekämpfung der politischen Misere und vor allem des Terrorismus erreichen könne.

Dazu braucht man nur die Zahl von fast 20 000 Opfern des wütenden Terrors zu erwähnen.

Die Ursachen für die Gebrüchen liegen in den tiefen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und den vielen angehäuften und ungelösten sozialen Problemen. Obwohl in den 60er und 70er Jahren in der Wirtschaft bestimmte Resultate erzielt wurden, war der Einfluß der weltweiten kapitalistischen Krise stärker. Besonders in letzter Zeit, als sich die Abhängigkeit der türkischen Wirtschaft von den Multis verstärkte, die die Last der wirtschaftlichen Erschütterungen auf die „Juniorpartner“ des industrialisierten Westens abwälzen, ja sich sogar an den jetzigen Schwierigkeiten gesundstellen wollten. Inflation und Arbeitslosigkeit [4–5 Millionen Erwerbslose] haben die Türkei besonders hart getroffen. Um so mehr, als viele türkische Werktätige jetzt gezwungen sind, aus den westlichen Ländern zurückzukehren, in die sie vor relativ kurzer Zeit auf Arbeitssuche auszogen waren. Auch die kürzlich aufgestellten westlichen Hilfsprogramme verbessern die Situation nicht. Eine Prüfung zeigt, daß sie nur das Ziel verfolgen, die Türkei bei der NATO-Stange zu halten.

So ist es kaum erstaunlich, daß die sozialen Spannungen heftig zunahmen. Eine ihrer Erscheinungsformen ist der Terrorismus — der extrem linke wie auch besonders der extremer rechte, der u. a. von der „Partei der Nationalistischen Bewegung“ des Oberst Türkeş durchgezogen wird.

Meldungen aus Ankara zufolge ist Türkeş jetzt in Haft. Die Pariser „Monde“ schließt jedoch nicht aus, daß die Armeeführung nicht nur gegen den Terrorismus vorgehe, sondern auch gegen die „neutralistischen und populistischen Ansichten“, die u. a. bei einigen jungen Offizieren herrschen. Die „Humanité“ berichtet von der Verhaftung einiger linker Politiker. Die Militärs ihrerseits erklären, sie würden Zivilpersonen die Macht übergeben, sobald die Ursachen für die Instabilität beseitigt seien.

D. ANTONOW

ZEIT KONKRETER ENTSCHEIDUNGEN

Felix GORJUNOW

Die 11. UNO-Sondertagung zu Wirtschaftsfragen, die am 25. August in New York eröffnet wurde, schloß nicht wie geplant am 5. September, sondern mußte, um die Diskussionen zu Ende zu bringen, 10 Tage verlängert werden. Doch selbst bis zum 15. September konnte keine Entscheidung zu einem der wichtigsten Tagesordnungspunkte getroffen werden: zur Verfahrensweise bei den sogenannten Globalverhandlungen. Die Erörterung dieser Frage wird auf der regulären 35. Tagung der UNO-Vollversammlung, beginnend am 16. September, fortgesetzt.

Daß sich die Tagung verzögerte, beweist den harten Kampf zwischen den Entwicklungstaaten und dem Block der westlichen Industrieländer. Erneut offenbarten sich ihre Interessengensätze sowohl in der Definierung der Ziele der Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre wie auch der Mittel zu ihrer Realisierung durch Globalverhandlungen. Der gesamte Tagungsablauf machte deutlich: Noch niemals war die Entwicklungswelt so entschlossen, das System der wirtschaftlichen Ungleichheit zu brechen, das sie zur wirtschaftlichen Rückständigkeit verurteilt, und noch nie war der Imperialismus so hartnäckig bemüht, es beizubehalten.

Gründe zur Intensivierung des diplomatischen Kampfes der zur sogenannten Gruppe 77 zusammen geschlossenen rund 120 Entwicklungstaaten gegen die kapitalistischen Industrieländer gibt es mehr als genug. Die jungen Staaten haben es endgültig satt, sich mit Versprechungen der westlichen „Entwicklungspartner“ abspeisen zu lassen, „der schweren Lage der armen Länder mehr Beachtung zu schenken“. Ebenso auch die Hinhaltetaktik und die leeren Dialoge mit dem kapitalistischen „Norden“. Die Minister der Gruppe 77 erklärten klar und deutlich: „Es wurde kein wesentlicher Fortschritt weder bei der Durchsetzung noch bei den Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung erreicht“, deren Ziele in der Erklärung und dem Aktionsprogramm dargelegt sind, die von der 6. Sondertagung der UNO-

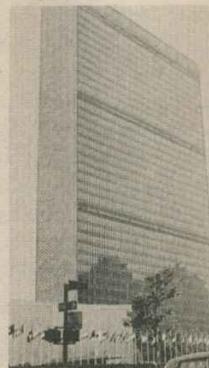
Vollversammlung 1974 angenommen wurden.

Darüber hinaus sei, so die Gruppe 77, in der Politik der kapitalistischen Industrieländer „die Tendenz erkennbar, frühere Abmachungen zu ignorieren“. Die kapitalistischen Staaten „haben selbst bei Fragen, die sofortiges und unaufzuschobbares Handeln verlangen, nicht die nötige politische Bereitschaft gezeigt“.

Daß sich der Westen um die Nöte der in die kapitalistische Weltwirtschaft einbezogenen Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kaum schert, wurde jetzt noch unerträglicher, da die Krise dieser Wirtschaft beispiellose Ausmaße angenommen und sich sehr viel stärker als die Krise von 1974/75 erwiesen hat. Hauptopfer wurde die Wirtschaft der Entwicklungsländer, stellte die Gruppe 77 fest: Die Krise führte zu einer wesentlichen Verschlechterung der Handelsbedingungen, zu einer hohen Arbeitslosen- und Inflationsrate, zur Kürzung der Exporteinkünfte der jungen Staaten. Sie ist von zunehmenden Auslands schulden, von der andauernden schweren Nahrungsmittelsituation, von der Armut der Massen begleitet.

Auf der Basis dieser Diagnose kam die Gruppe 77 zu dem Schluß: Die schwere wirtschaftliche Situation der Entwicklungstaaten kann nur durch „grundätzliche Umstrukturierung der bestehenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere durch neue Regeln und Prinzipien“ geändert werden, „die den internationalen Handels-, Finanz- und Devisenangelegenheiten zugrunde gelegt werden...“.

Was steckt hinter diesen Forderungen? „Rhetorik und philosophische Erklärung“, wie das der US-Vertreter in der UNO McHenry formulierte? Nein, diesmal werden sich die Mitglieder der Gruppe 77 nicht wie vor sechs Jahren mit Erklärungen begnügen. Die im dritten Jahrzehnt der UNO verkündeten Ziele der internationalen Zusammenarbeit in den 80er Jahren wollen die jun-



gen Staaten mit dem Abschluß eines „Korbs“ konkreter Abkommen durchsetzen. Ihre Erfüllung müßten alle Teilnehmerstaaten der „Globalverhandlungen“ übernehmen, die unter UNO-Schirmherrschaft im Januar 1981 aufgenommen werden sollen.

Der „Korb“ enthält fünf Hauptpunkte. Erstens möchte die Gruppe 77 ein Abkommen über die Erhöhung der Einnahmen der jungen Staaten aus dem Rohstoffexport, u. a. aus der Steigerung ihres Anteils an der Rohstoffverarbeitung, aber auch an der Beförderung und dem Absatz von Halbfabrikaten schließen. Zweitens bestehen die Entwicklungsländer darauf, ihnen Finanz- und technische Ressourcen zum Aufbau eines eigenen Energiewesens und zur Erschließung neuer Energiequellen zur Verfügung zu stellen, die das im Preis gestiegene Erdöl und Gas ersetzen könnten. Drittens verlangt die Gruppe 77 vom Westen, seine Märkte den Waren der jungen Staaten stärker zu öffnen. Viertens sollten die Teilnehmer der „Globalverhandlungen“ die Entwicklung der Landwirtschaft und die Industrialisierung der jungen Staaten fördern. Fünftens erwartet die Gruppe 77 einen wesentlich erhöhten Zustrom realer Finanzressourcen für Entwicklungsbefürfnisse. Dazu schlägt sie eine Reform des kapitalistischen Devisensystems vor und mehr Rechte der Entwicklungstaaten im Internationalen Währungsfonds, in der Weltbank für Rekonstruktion und Entwicklung sowie in anderen internationalen Devisen- und Krediteinrichtungen.

Von Bedeutung für das Herangehen der meisten Entwicklungstaaten an die Herstellung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung wurde die Verknüpfung dieses Problems mit der vordringlichen globalen Aufgabe unserer Zeit: Entspannung und Abrüstung. Die Gruppe 77 konstatierte den üblichen Einfluß des Wettrüstens und der internationalen Spannungen auf die Entwicklung und die internationale Zusammenarbeit und rief zu „einem konkreten Fortschritt bei der allgemeinen und vollständigen Abrüstung“, zur „sofortigen Realisierung von Abrüstungsmaßnahmen“ auf.

Auf praktisch alle wichtigen Fragen der Sondertagung waren die

Antworten des Westens negativ. So wandten sich die EG-Länder z. B. dagegen, daß die bei den „Globalverhandlungen“ getroffenen Abmachungen dem Westen irgendeine Verpflichtung auferlegten. Der japanische UNO-Vertreter Nishibori will die Entwicklungsländer keinesfalls an die Hebel des IWF und der Weltbank lassen, und erklärte: „Die Radikalen wollen, daß die, die Geld aufnehmen, zu Direktoren der Bank werden. Das ist unmöglich“.

Kennzeichnenderweise war die Verlängerung der Sitzung durch die Weigerung der USA, Großbritanniens und der BRD ausgelöst worden, sich dem zwischen allen anderen Teilnehmern vereinbarten Text über die Verfahrensfragen der „Globalverhandlungen“ anzuschließen. Die drei imperialistischen Mächte widersetzten sich dagegen, daß die Ergebnisse dieser Verhandlungen (sie werden teilweise in Spezialorganisationen der UNO laufen) danach zur Ausarbeitung eines Komplexabkommens der UNO-Konferenz übergeben werden. Washington und seine Verbündeten drängen darauf, daß die „Globalverhandlungen“ in solchen Organisationen wie dem IWF abgeschlossen werden, wo der Westen Erfahrungen darin besitzt, die jungen Staaten zu übertölpeln, nicht aber in der UNO, wo die jungen Staaten die Mehrheit besitzen.

Wie schon während des berüchtigten „Nord-Süd-Dialogs“ (1975 bis 1977), versuchte der Westen auf der 11. UNO-Sondertagung erneut, den jungen Staaten seinen „Entwicklungswege“ aufzuzwingen. Die kapitalistische Weltwirtschaft braucht eine schnelle Lösung nur zweier Probleme, versicherten die westlichen Diplomaten: des Energie- und des Finanzproblems. Ihre Lösung hänge angeblich nicht vom Westen, sondern von den erdölfördernden Entwicklungsländern ab. Die OPEC-Mitglieder seien, wie die westlichen Vertreter behaupten, verpflichtet, die kapitalistische Wirtschaft mit billigem Erdöl zu versorgen, und die Einkünfte aus dem Erdölexport müßten die Hauptquelle zur Finanzierung jener Entwicklungsländer abgeben, die nicht über Erdöl verfügen. Kurz, wie das die „Business Week“ unzweideutig ausdrückte, die dritte Welt müsse lernen, für sich selbst zu sorgen.

US-Außenminister Muskie appellierte auf der Sondertagung demagogisch an die sozialistischen Länder, „die Direkthilfe für die Länder der dritten Welt zu erweitern“. Mit derartigen Tricks glaubten die westlichen Vertreter, die Mitglieder der Gruppe 77 gegen ihre natürlichen Verbündeten im antiimperialistischen Kampf, gegen die Sowjetunion und die anderen RGW-Staaten, aufzugehen zu können.

Der Trick verfing jedoch nicht. Die eindeutige und klare Haltung der sozialistischen Gemeinschaft auf der 11. Sondertagung hat erneut gezeigt: In ihrem Kampf um die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage sind die Entwicklungsländer nicht allein. Die sozialistischen Staaten unterstützten die gerechten Forderungen der Entwicklungsstaaten. In ihrer gemeinsamen Erklärung unterstrichen die sozialistischen Länder, sie werden auch in Zukunft auf die Beseitigung von Diktat und Ausbeutung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen drängen. Im Unterschied zu den Westmächten, die den Druck der transnationalen Gesellschaften auf die Wirtschaft der Entwicklungsstaaten aufrechterhalten wollen, erweisen die RGW-Länder diesen Staaten Hilfe bei der Industrialisierung. In raschem Tempo nimmt auch der Handel zwischen den RGW-Ländern und den Entwicklungsstaaten zu.

In seiner Rede, die die starke Beachtung der Tagungsteilnehmer fand, machte der sowjetische Chefdelegierte und erste stellvertretende Außenminister der UdSSR, Malzew, auf die untrennbare Verbindung zwischen den internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der politischen Atmosphäre in der Welt aufmerksam. Voraussetzung für einen Erfolg bei der Suche nach koordinierten Entscheidungen globaler wirtschaftlicher und sozialer Probleme sei ein realer Fortschritt bei der Sicherung des Weltfriedens und die Aufrechterhaltung der Entspannung als führende Tendenz in der weltweiten Entwicklung, betonte der sowjetische Delegationschef und verurteilte scharf die Versuche einiger Westmächte, anderen Ländern mittels Wirtschaftsaggression, Blockade und Boykott ihren Willen aufzuzwingen und wirtschaftliche Kontakte zwecks Erpressung auszunutzen. Eine derartige Handlungsweise, unterstrich der UdSSR-Präsident, behindere nicht nur ernstlich die Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Durchsetzung der UNO-Beschlüsse, sie destabilisiere auch die bereits existenten gegenseitig vorteilhaften internationalen Kontakte.

Der Kampf für eine grundsätzliche Wandlung in den Weltwirtschaftsbeziehungen hat praktisch gerade erst begonnen. Die Phase guter Wünsche und schöner Worte ist erschöpft. Jetzt kommt die Zeit konkreter Entscheidungen, was auch die 11. Sondertagung der UNO-Vollversammlung zu Wirtschaftsfragen deutlich gemacht hat.

BIOGRAPHISCHES

VORSITZENDER DES MINISTERRATS DER VOLKSREPUBLIK POLEN

JÓSEF PIŃKOWSKI



Aufkauf und Erfassung, danach Hauptinspektor im Ministerium für Nahrungsmittelindustrie, Aufkauf und Erfassung. Inzwischen setzte er sein Studium an der Hauptschule für Planung und Statistik fort.

1958 wurde er im Volksrat der Wojewodschaft Warschau Sekretär des Wissenschaftlichen Ökonomischen Rates, später stellvertretender Vorsitzender und seit 1965 Vorsitzender des Präsidiums des Rats. Im Oktober 1971 wurde Pińkowski zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Plankommission beim Ministerrat der VR Polen ernannt. Diese Funktion hatte er bis Februar 1974 inne.

Auf dem VI. Parteitag der PVAP im Dezember

1971 wurde Pińkowski zum Mitglied des ZK, im Februar 1974 zum Sekretär des ZK der PVAP gewählt. Im Februar 1980 wählte der VIII. Parteitag der PVAP Pińkowski zum Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP. Das Plenum des ZK der PVAP am 24. August 1980 wählte ihn zum Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und empfahl ihn für die Funktion des Vorsitzenden des Präsidiums des Rats. Im Oktober 1980 wurde Pińkowski zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden der Plankommission beim Ministerrat der VR Polen ernannt. Diese Funktion hatte er bis Februar 1974 inne.

Pińkowski ist Abgeordneter des Sejm. Am 24. August übertrug der Staatsrat der VR Polen Pińkowski die Funktion des Ministerratsvorsitzenden, in der ihn der Sejm am 5. September bestätigte.

Józef Pińkowski wurde am 17. April 1929 in der Stadt Siedlce, Wojewodschaft Warschau, in einer Arbeiterfamilie geboren. Nach der Befreiung des Landes absolvierte er eine Handelschule und studierte an der Hochschule für Ökonomie in Poznań.

1952–1956 diente er in der Armee. 1956–1958 war er Departementsdirektor im Ministerium für

WIDERSPRÜCHLICHES AUS PEKING

Juri TAWROWSKI

Die komplizierte innenpolitische Entwicklung in China erinnert an einen unterirdischen Fluß, der sein Wasser mal an die Oberfläche spült, dann es wieder unter der Erde dahinströmen läßt. Einzelheiten der politischen und ökonomischen Entwicklungstendenzen dieses Landes mit seiner Milliardenbevölkerung sind ausländischen Beobachtern nicht eben häufig zugänglich. Einige Daten, die sich gewöhnlich auf schon beseitigte Widersprüche und Konflikte beziehen, erfährt die Welt während solcher Veranstaltungen von gesamtnationalem Ausmaß wie Kongresse und Plenars des ZK der KPCh und aus den Tagungen des Nationalen Volkskongresses. So ist die Beachtung nicht verwunderlich, die die jüngste, dritte Tagung des Nationalen Volkskongresses der fünften Legislaturperiode auf sich zog, die in Peking vom 30. August bis zum 10. September erfolgte.

Den zentralen Raum nahmen dabei, wie die chinesische Presse berichtet, Wirtschafts- und Finanzprobleme ein. Am Eröffnungstag hielt der stellvertretende Vorsitzende des Staatsrats und Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees Yao Yilin ein „Referat über die Volkswirtschaftspläne für 1980 und 1981“. In dem offiziellen Bericht der Agentur Xinhua heißt es, während der halbstündigen Pause nach dem Referat Yilins hätten sich die Abgeordneten im Vestibül unterhalten und überall sei ihr fröhliches Gelächter zu hören gewesen. Dabei bot weder dieses noch das folgende „Referat über die Einhaltung des Staatshaushalts für 1979, den Entwurf des Staatshaushalts für 1980 und die Orientierungsentwürfe für 1981“ des Finanzministers Wang Bingqian kaum Anlaß zu Fröhlichkeit. Die Plankennziffern für 1981 sind recht bescheiden: 4% Zuwachs in der Agrarproduktion, in der Industrie 6%, in der Leichtindustrie 8%. Also weniger als in den Vorjahren. Dabei muß man berücksichtigen, daß die chinesische Wirtschaft noch immer nicht endgültig mit den Folgen der „Kulturrevolution“ und anderer Mao-Experimente fertig geworden ist, die einen starken Rückgang des Produktionsniveaus in Industrie und Landwirtschaft bewirkten. Die Gewinnung von Erdöl und Kohle, die Herstellung von Stahl, Traktoren, Kraftfahrzeugen bleibt entweder stagnierend oder wird sogar gesenkt. Man muß

sich der französischen „Monde“ zu stimmen, daß „die chinesische Wirtschaft mit bis zum äußersten angezogenen Bremsen ins neue Jahrzehnt geht“.

Unter den Faktoren, die dazu zwingen, ist die offenkundige Hilflosigkeit der Führung in Fragen der Finanz- und Wirtschaftsplanung. Das Haushaltsdefizit 1979 habe, so teilte der Finanzminister den Abgeordneten mit, mehr als 17 Md. Yuan betragen oder ca. 15% der ursprünglich geplanten Ausgaben. Ein Teil dieses Defizits — 2 Md. Yuan — erklärt sich aus den zusätzlichen Militärausgaben, die der Überfall auf Vietnam gekostet hat. Ein Teil der Überplanausgaben, erläuterte der Minister, sei mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze verbunden — China hat 20 Millionen Arbeitslose. Neue Ausgaben erforderten auch Ausgleichzahlungen an die Opfer der „Kulturrevolution“ sowie zusätzliche Investitionen in Landwirtschaft und Leichtindustrie. Das Defizit ist auch mit einer gewissen Lohn erhöhung für einzelne Gruppen von Arbeitern verbunden, usw. Alle von Wang Bingqian aufgezählten unvorhergesehenen Ausgaben jedoch ergeben zusammen lediglich ca. 2 Drittel des 17 Md. Defizits. Die Gründe für die übrigen Aufwendungen lassen sich nur erraten. Klar ist jedenfalls, daß das in der Geschichte der VR China beispiellose Haushaltsdefizit auch die ohnehin starken Inflationstendenzen verstärkt, die eine gewisse Aufstockung der Geld einkünfte der Bevölkerung schlucken.

Ein hohes Plus der Ausgaben gegenüber den Einkünften ist auch in Zukunft zu erwarten. Allein das für 1980 eingeplante Haushaltsdefizit beträgt 8 Md. Yuan, für 1981 sind es 5 Md.

Die Finanzschwierigkeiten des Landes, das riesige Mittel für militärische Zwecke aufwendet, werden durch Fehlkalkulationen in der Wirtschaftspolitik noch vertieft. In der 30jährigen Existenz der VR China, erklärte Vorsitzender Hua Guofeng, sei nur ein Fünfjahrplan, nämlich der erste, ordentlich aufgestellt und erfüllt worden. „Seit 1966 und bis zum heutigen Tag hat es überhaupt keine Pläne gegeben, sondern nur Entwürfe“, fuhr er fort. Er mußte sogar das Scheitern des Zehnjahrplans für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft eingestehen, der 1978 bereits unter der heutigen chinesischen Führung aufgestellt worden war. Hua Guofeng zufolge

habe dieser Plan „seine Bedeutung verloren, wie immer man ihn auch ändert“, und deshalb sei der Staatsrat „an die Ausarbeitung von Grundsatzartikeln für einen 20jährigen Entwicklungsplan der Volkswirtschaft gegangen und stellt auf dieser Basis den 6. Fünfjahrplan (1981—1985) auf“.

Das Scheitern der Wirtschaftspläne wird nach schöner Gewohnheit der „subversiven Tätigkeit Lin Biaos und der Viererbande“ zugeschrieben sowie dem „Einfluß linksextremistischer Anschaungen in der Zeit der zehnjährigen Wieren“ (so Hua Guofeng zur Periode der „Kulturrevolution“). Den schwarzen Peter will man auch Mitgliedern der jetzigen Führung zuspielen. Der Vorsitzende des Staatlichen Plankomitees Yu Qiuli bekam einen minder guten Posten, und Finanzminister Wu Bo wurde abgesetzt.

Die chinesischen Führer möchten jetzt eine „Verwaltungsreform der Wirtschaft“ und irgendein neues Wirtschaftsmodell, das die Marktregulierung mit der staatlichen Planung, kleine und mittlere Privatbetriebe mit dem staatlichen Sektor verbinden könnte. In einigen Provinzen und in einzelnen Industriezweigen werden solche Formen der Wirtschaftstätigkeit studiert und eingeführt wie erweiterte Rechte für die einzelnen Betriebe, Gründung von Produktionsvereinigungen, Bildung von materiellen Anreizfonds, Verringerung der von oben angeordneten Plankennziffern und einer von unten vorbereiteten Rechenschaftslegung. Gleichzeitig öffnet man die Tore immer weiter für das Privat- darunter das Auslandskapital. Auf der Tagung des Volkskongresses wurde z. B. ein Gesetz über die Besteuerung gemischter Betriebe mit Beteiligung von Auslandskapital bestätigt, das günstige Voraussetzungen für das Wirken von Auslandskonzernen schafft. Die Besteuerung gemischter Gesellschaften, so wurde verkündet, werde 20% niedriger als in den kapitalistischen Industrieländern und „etwas niedriger als in den Entwicklungsländern“ sein. Offenbar ist es noch zu früh, diesen Wirtschaftskurs zu beurteilen, als dessen Urheber gewöhnlich Deng Xiaoping und Zhao Ziyang genannt werden. Doch bereits jetzt zeigen sich viele unzufrieden über diese Novitäten. Einerseits erblicken nicht wenige Leute des Partei- und Wirtschaftsapparats nach wie vor im materiellen Anreiz einen „Revisionismus“ und in der Selbständigkeit der Betriebe einen Anschlag auf ihre persönliche Autorität und ihren Einfluß. So mancher äußert Besorgnis über eine mögliche Unterwandlung der bestehenden Wirtschaftsstruktur und erklärt, daß die „Regulierungsperiode“ eindeutig zu lange dauere und spürbare Verbesserungen im Leben des Volkes nicht einträten. Andererseits melden sich zweifelnde Stimmen, die Anzeichen einer Wiederbelebung

des Kapitalismus erkennen wollen. Nicht zufällig brachte „Renmin ribao“ während der Tagung des Volkskongresses einen Artikel, der jene beschwichtigen soll, die der Zeitung zufolge, „über die Restaurierung des Kapitalismus beunruhigt sind“.

Mehr und offener als je in den letzten Jahren wurde hier über die komplizierte Lage vieler chinesischer Wirtschaftszweige gesprochen. Selbst aus den bisher veröffentlichten Dokumenten wird klar, daß eines der wichtigsten Probleme der chinesischen Wirtschaft der Energiemangel bleibt. Dutzende Betriebe liegen still oder arbeiten mit halber Leistung. Darunter erst kürzlich in Betrieb genommene Hüttenwerke. Dabei soll die Stromerzeugung im kommenden Jahr um insgesamt nur 4% gesteigert werden. Der Zuwachs in der Förderung von Kohle, der traditionellen Hauptenergiequelle, wird durch das geringe Tempo bei der Rekonstruktion und dem Bau von Bergwerken aufgehalten. Die durchschnittliche Jahreskennziffer für die Kohleförderung betrug etwas mehr als 600 Mio t, was keineswegs für die gleichzeitige Befriedigung des rasch anwachsenden inneren Bedarfs und die Erfüllung der Außenhandelsverpflichtungen ausreicht.

Stark verblaßt ist in den letzten Jahren auch die Glorie um die Erdölindustrie Chinas. Die Ölförderung kommt schon zwei Jahre nicht vom Fleck (106 Mio t) und wird auch 1981 nicht steigen. Die erschlossenen Vorräte in Regionen wie Dagang, Shengli und Yumen nehmen rasch ab. Erkundungsarbeiten im Südchinesischen und im Gelben Meer aber auch auf dem Festland bleiben wegen des Mangels an Devisen stecken, die zum Ankauf von genügend moderner ausländischer Technik gebraucht werden, sowie wegen der Schwierigkeiten bei der Meisterung bereits erworbener Ausrüstungen. Publik wurde ein schrecklicher Unfall auf einer in Japan erworbenen Bohrplattform, die umstürzte, wobei 72 Menschen umkamen.

Auch die alten Probleme des Dorfes sind längst nicht gelöst. Jahrelang hatte Mao Zedong die Landwirtschaft als unerschöpfliche Quelle für die Aufrüstung und die Finanzierung des aufgeblähten Verwaltungsapparats betrachtet. Der Kurs des „Lernens von Dazhai“, der praktisch vorsah, jegliche Staatsinvestitionen für die Landwirtschaft zu streichen, brachte das Land an den Rand des Hungers. Und obwohl diese „Störfreimachung“ des Dorfes verurteilt wurde und der Staat gewisse Hilfe zu leisten begann, reichen die Kapitalanlagen eindeutig nicht aus. Es ist kennzeichnend, daß sie 1980 unter den direkten Militärausgaben liegen. Die Erzeugung von Kunstdünger steigt langsamer als in den Vorjahren, die Lieferungen von Agrartechnik werden eingeschränkt.

Unter den auf der Tagung debattierten brennenden Probleme der chinesischen Gesellschaft nahm die Bevölkerungspolitik einen bedeutenden Raum ein. Die Abgeordneten beschlossen ein Ehegesetz: das Mindestalter für die Eheschließung wird bei Männern auf 22 Jahre (20 Jahre im Gesetz von 1950) und für Frauen auf 20 Jahre (statt 18) festgelegt. Zur „Eindämmung des Bevölkerungszuwachses“ wurde beschlossen „allseitig und überall... die Propaganda für die Einkindfamilie zu entfalten“. Bei einem Erfolg soll die Landesbevölkerung bis zum Ende des Jahrhunderts 1,2 Milliarden nicht übersteigen.

Die Tagung billigte einen Zusatz zu Artikel 45 der Verfassung der VR China. Damit wird das Recht der Bürger auf „Meinungsäußerung, vollständige Darlegung der Standpunkte, breite Diskussion und Aushängen von Wandzeitungen“ abgeschafft. Außerdem wurde eine Verordnung über die Überprüfung der Verfassung von 1978 beschlossen, wozu eine Sonderkommission eingesetzt wird.

Die „Umsetzung führender Staatsfunktionäre“ war der letzte Punkt der Tagesordnung. Obwohl gerade er die höchste Aufmerksamkeit der Welt Presse fand. Die Umbesetzungen im Staatsrat der VR China und im ständigen Komitee des Nationalen Volkskongresses kann man tatsächlich als beispiellos bezeichnen. Bestätigt wurde der Rücktritt des Staatsratsvorsitzenden Hua Guofeng und 7 seiner 18 Stellvertreter (Deng Xiaoping, Li Xiannian, Chen Yun, Xu Xiangqian, Yang Jingren, Yang Shanghun und Chen Yonggui). Vom Posten der stellvertretenden Vorsitzenden des ständigen Komitees des Volkskongresses entbunden wurden Nie Rongzhen, Liu Bocheng, Zhang Dingcheng, Cai Chang und Zhou Jiangren. Neuer Staatsratsvorsitzender wurde wie gesagt Zhao Ziyang, zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden ernannt: Yang Jingren, der Vorsitzende des staatlichen Nationalitätenkomitees, Zhang Aiping, stellvertretender Generalstabschef der Armee und Leiter der Kommission für Verteidigungswissenschaft und -technik, Huang Hua, Außenminister. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des ständigen Komitees des Volkskongresses wurden Peng Chong, Xi Zhongxun, Su Yu, Yang Shangkun und zum Panchen Lama Qoigui Guaincain gewählt.

Die offizielle Version für diesen Schichtwechsel lautet, er ziele auf die Bekämpfung der Bürokratie, auf die Dezentralisierung der Macht ab. Sicher steckt in dieser Erklärung ein rationaler Kern. In den letzten Jahren hat die ohnehin millionenstarke Bürokratie durch rehabilitierte Opfer der „Kulturrevolution“ noch merklich zugenommen.

Der Sinn der Umstellungen in der chinesischen Führung läßt sich jedoch

nicht durch das von Peking angebotene Prisma sehen. Diese Erklärungen sollen das chronische Leiden der Führung verbergen: den ständigen Machtkampf, die Abrechnung zwischen den gegensätzlichen Gruppierungen und Fraktionen. Starke Beachtung schenken Beobachter dem Rücktritt Hua Guofengs (er behielt den Posten des Vorsitzenden des ZK der KPCh bei) und der Berufung Zhao Ziyangs zum chinesischen Regierungschef. Es besteht kein Zweifel, daß diese äußerst wichtige Umbesetzung von Deng Xiaoping vorbereitet wurde.

Zweifelsfrei ist ebenso daß der Kampf in der Pekinger Führung, die unaufhörlichen Säuberungen und die laufstarke politische Kampagne auch nach den auf dem Volkskongreß vorgenommenen Umstellungen kein Ende nehmen werden. Das liegt keineswegs daran, daß keine der beiden Hauptfraktionen einen endgültigen Sieg davontrug. Hinter den Rivalitäten der Gruppierungen und einzelner Figuren verbergen sich tiefgreifende sozialökonomische Prozesse, Auseinandersetzungen zwischen politischen Strömungen. Unter den 38 Millionen KPCh-Mitgliedern bestehen unterschiedliche, häufig einander ausschließende Standpunkte zu wichtigen wirtschaftlichen, politischen und Kaderfragen. Ca. 20 Millionen sind z. B. nach Beginn der „Kulturrevolution“ der Partei beigetreten. Ihnen dürfte die andauernde und immer deutlichere Kritik und die Machtenthebung der Männer der „Kulturrevolution“ kaum gefallen. Ihre Gründe zur Unzufriedenheit mit der verstärkten Position der Anhänger Deng Xiaopings haben auch einflußreiche Zwischengruppierungen, die anfangs den Kampf gegen die Männer der „Kulturrevolution“ unterstützt haben. Eine eindeutige Haltung zu Fragen über die Veränderungen der jüngsten Zeit, darunter zu den Umbesetzungen im Staatsrat der VR China, hat auch die chinesische Armee nicht bezogen. Deshalb erscheinen Schlußfolgerungen einiger westlicher Chinakennner voreilig, die ein endgültiges Abtreten Hua Guofengs und seiner Anhänger voraussagen.

Gleichzeitig muß man die Machtstärkung der Gruppe Deng Xiaoping erkennen, der nach dem prägnanten Ausdruck eines US-Sinologen „den Platz des Fahrers geräumt hat und auf den Platz des Beifahrers umgestiegen ist, der noch immer die Fahrtrichtung des Wagens bestimmt“.

Die dritte Tagung des Nationalen Volkskongresses war ein Meilenstein in der Entwicklung Chinas nach Mao Zedong. Sie zeigte, daß die Pekinger Führung trotz aller Kritik und trotz der Absage an einige maoistische Konzeptionen in Theorie und Praxis der Innenpolitik nach wie vor gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, gegen Frieden und Entspannung ist.

TIEFAPPARTEMENTS

Die US-Maulwürfe erhalten liebe Nachbarschaft: nach der Direktive 59 beginnen viele US-Bürger, sich für den Fall eines Kernkrieges einzubuddeln. Der Unterschied zwischen Maulwürfen und Menschen: Die einen sind blind, die anderen halten sich für weitsichtig.

Vor 20 Jahren bot sich ein analoges Bild: 230 000 Bunker schossen schneller in die Erde als Wohnhäuser in die Höhe.



Das „Newsweek“-Foto zeigt ein modisches Strahlenabweisendes Kostüm und im Hintergrund Nahrungsvorräte, hergestellt von einer gutgehenden kalifornischen Firma

Die Maulwürfe haben keine Ruhe mehr. Im Sand wird nach Einzel- oder nach Typenprojekten zu je 250 000 Dollar gewühlt. In die Unterwelt kommt dann alles, was nur geht: Nahrungsmittelkonzentrate, Wasserreiniger, Diverses. Das in Oregon erscheinende Bulletin „Personal Survival Letter“ wird von 17 000 Käufern erworben, ein ähnliches Druckerzeugnis hat 125 000 Leser. Der viertägige Unterricht im „Überleben“ in Carters Heimatstaat Georgia kostet 400 Dollar.

Wieviel Strahlenbunker es schon gibt, weiß man nicht. Fest steht, daß das vorige Familienbunkerbauprogramm zusammenbrach, als „Morahlüter“ erklärten, lieber würden sie ihren Nachbarn erschießen, als ihn in ihren Bunker lassen. Deshalb redet man jetzt nicht gerne von seinen

Tiefappartements, in denen außer Lebensmitteln auch Waffen gelagert werden. Die einen wollen sie gegen ungebetene Gäste einsetzen, andere, wie „Newsweek“ schreibt, gegen Neger und Juden...

Im Weißen Haus allerdings gehts gemächlich zu. Die Regierungsmitglieder wissen: nur 50 Meilen vor Washington wartet ein ausgezeichnetes Nuklearasyl auf sie. Mit Nahrungsvorräten und sogar mit Computern, die, wenns so kommt, die Zahl der Kriegsopfer ausrechnen und, wie „National Enquirer“ ernsthaft versichert, Maßnahmen zum Wiederaufbau des Landes ausarbeiten können.

Die Strategen der Direktive 59 brauchen also keine Bange zu haben. Höchstens vor einem Besuch ihrer künftigen Nachbarn, der Maulwürfe.

V. GRIBATSCHOW

STARK? SCHWACH?

„Hinsichtlich der Verteidigung Westeuropas ist die NATO heute in bestem Zustand“, erklärte wichtig US-Außenminister Edmund Muskie.

Dagegen steht die, wohl ebenfalls wichtige Meinung des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa, US-General Rodgers, seine Truppen befänden sich keineswegs „in bestem Zustand“. Man müsse sich anstrengen, um „die Kluft zwischen NATO und Warschauer Vertrag zu überwinden.“

Wie denn nun — ist die NATO stark oder schwach? Stark ist sie, wenn die US-Politiker vor den Wahlen zeigen wollen, daß das Geld der Steuerzahler nicht zum Fenster hinausgeworfen wird, schwach, wenn US-Generale weitere „Hochrüstung“ betreiben wollen.

W. IWANOW



Zeichnung: I. Ga

PETZ UND ADLER

Italiens Verteidigungsminister Lagorio äußerte in einem Interview der „Repubblica“, die Hauptgefahr für Italien gehe jetzt vom Nordosten aus.

Schaut der Italiener in diese Richtung, zeigt man ihm einen braunen Petz mit Hammer und Sichel auf der Stirn und mit gräßlichen Krallen, der auf die Apenninen blickt und sich die Schnauze leckt, denn er weiß, das arme Italien läßt sich mit bloßen Pranken zerquetschen.

Denken Sie nur, klagt der Minister, wir müssen uns 30 Tage bis zum Eintreffen von NATO-Hilfe halten, und das können wir nicht. 90% der italienischen Kriegsschiffe sind schrottreif. Bei der Luftwaffe kommen im Fall der Fälle 0,9 Flieger auf einen Pilotensitz.

Damit nun niemand Lust auf Italien zum Frühstück bekomme, müsse es sich selbst bis an die Zähne bewaffnen, meint Lagorio. Deshalb werden die für 1980 vorgesehenen 5700 Md. Lire Rüstungsausgaben auf 7000 Md. erhöht. Armee, Luftwaffe und Flotte werden eilig modernisiert. Zu den bereits stationierten Kernraketen sollen weitere Hunderte „Tomahawk“ kommen. Kurz, obwohl Sozialist, macht Lagorio klar, bei ihm werde es keine roten Nelken in Gewehrläufen geben.

SCHMUTZ

Schlammströme lang August den die chinesische angelegt hatten. räumten die vor mit Dynamit.

Diese Erdrutschweil damit vor und Munition wurde, Chausse Schauplatz einer werden, einer sischen Geheimdistanzischer Abw beispielsweise in sches Spionageawjetunion, Indien

Anfang Septem den. Sofort be Aufklärungsflugzkistan besetzte in nischen Stützpunk „Spezialisten“ d ein. Erwartet we Großbritannien.

Nachdem die weist sich nun d

Doch wie immer nur auch verschreden, ein anderercher Räuber auf de

BEIFÄLLIGES

Wegen seiner „konsequenteren Bekämpfung der Diskriminierung“ wurde in Washington Australiens Premier Fraser als Vorkämpfer für die Gleichberechtigung der Nationen bejubelt. Bei Entgegnahme der Goldmedaille „Für Verdienste im humanitären Bereich“ freute sich Fraser sehr, denn daheim hatte er ähnliche Komplimente noch nie zu hören bekommen.

Ausgezeichneter wie Auszeichnende müssen natürlich

die zur gleichen Zeit in Washington abgehaltene Protestdemonstration gegen die Politik der Fraser-Regierung gegenüber den australischen Ureinwohnern bemerkt haben.

Die seinerzeit von weißen Siedlern in die Wüste und das Ödland von West- und Mittelaustralien vertriebenen Aborigines werden wieder unmenschlichen kapitalistischen Gesetzen geopfert. Gesellschaften zur Erkundung von Bodenschätzen nehmen ihnen das letzte Stückchen Land, das sie am Leben erhalten könnte. An den Aborigines heiligen Stätten werden Erdölbohrungen niedergebracht.

Während Mr. Fraser in Washington Glückwünsche entgegennahm, fuhr eine Delegation australischer Ureinwohner nach Genf, um beim UNO-Unterausschuß zur Verhütung der Diskriminierung und zum Schutz der Minderheiten eine Verurteilung der Politik Canberras durchzusetzen.

Ob Mr. Fraser das Urteil vernimmt? Oder wird es vom Beifall der US-Konzerne überftont?

L. MLETSCHIN

„Antlitz“ der südkoreanischen Diktatur

Aus
„Frankfurter Allgemeine“
(BRD)



L. MAKAREWITSCH

CZAJAS WEHGESCHREI

Immer weniger hört man von den sogenannten „Vertriebenenverbänden“, die in der BRD die Anhänger einer Erneuerung „Großdeutschlands“ in den Grenzen von 1937 vereinigen. Ihre Parolen sind hoffnungslos veraltet, die Presse erinnert immer seltener an sie, solide Politiker möchten besser nichts mit ihnen zu tun haben. Da muß man sich schon anstrengen, wie der Vorsitzende der „Vertriebenenverbände“ und CDU-Abgeordnete Hubert Czaja, der die Bundesregierung plötzlich aufforderte, „endlich ihr Versprechen zu halten“ und „die nationale Identität der Deutschen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße zu sichern“, anders gesagt der BRD einen Teil des polnischen Territoriums einzuerleben.

Als ersten Schritt zur „Germanisierung“ Polens verlangt Czaja von

Warschau „die Einführung von Deutsch als Pflichtfach in polnischen Schulen“. Er fordert ferner „diplomatischen Schutz“ für polnische Bürger deutscher Nationalität, als ginge es um Bundesbürger, nicht aber um die des souveränen Polen. Auch seine Terminologie hat's in sich. Er bezeichnet bestimmte Teile der VR Polen nur als „Gebiete unter polnischer Verwaltung“.

Der bundesdeutsche Revanchist scheint vergessen zu haben, daß die politischen Realitäten in Europa nach dem zweiten Weltkrieg in internationalen Dokumenten verankert sind, die auch von der Bundesregierung unterzeichnet wurden. Der Vorsitzende der „Vertriebenenverbände“ handelt nach dem Prinzip: Schrei, was du kannst, sonst gehst du unter.

N. SHOLKWER

VERGESSLICH

Das Revolverblatt „Sun“ wie die solide „Times“ und andere Londoner Blätter sind in eine Antigewerkschaftsrage geraten. Sie verbreiten die den Spielbürger schreckende These von den „Extremisten“, die die Gewerkschaften angeblich zur Unterwerfung der britischen Demokratie mißbrauchen und ein „fremdes und unannehmbarer Regime“ errichten wollen. Die „Daily Mail“ scheute nicht einmal vor der Äußerung zurück, die Gewerkschaften setzten Kampfmethoden wie die Nazis ein.

Der britische Trades Union Congress war gezwungen, in einer Resolution die bürgerlichen Massenmedien wegen der Verketzung der Gewerkschaften scharf zu verurteilen. Der Präsident der National Graphical Association, Les Dixon, erklärte: Sollten sich die Zeitungsbetreiber weigern, das Recht der Gewerkschaften auf Beantwortung der Diffamierungen zu garantieren, würden die Drucker keine gewerkschaftsfeindlichen Artikel mehr drucken.

Die großen britischen Zeitungen geiferten: Die Gewerkschaften greifen die Pressefreiheit an!

Die Herren der Fleet Street sollten doch nicht von Pressefreiheit reden, da sie sie selbst beschneiden. Die gleiche „Daily Mail“, die die Gewerkschaften mit den Nazis verglich, sollte besser an die Unterstützung denken, die sie in den 30er Jahren Hitler, Mussolini und dem primitiven Faschisten Mosley erwiesen hatte. Ein „Daily Mail“-Artikel zum Lob des Faschismus hieß damals: „Hurra den Schwarzhemden!“

W. PAWLOW
Eigenbericht

IM FREMDEN SOLD

Von unserem Sonderkorrespondenten Sergej GOLJAKOW

„Gegen Abend, als wir noch auf dem Feld arbeiteten, kamen sieben mit Gewehren und MPis bewaffnete Männer. Niemand hatte sie früher in unserer Gegend gesehen. Sie hatten ein paar Hunde mitgebracht und töteten sie langsam vor unseren Augen, auf jeder Parzelle einen Hund. Zuerst schossen sie auf die Tiere, dann zerstückelten sie die Leiber mit Spaten. Wir durften nicht weg und mußten zusehen. Dann sagte einer von ihnen: „Das geschieht jedem von euch, wenn er auf dem Feld arbeitet. Schert euch nach Hause und laßt euch hier nicht mehr sehen.“ Wir wollten die Hunde zuschütten, aber sie ließen uns nicht: „Ihr sollt die Aase vor den Augen haben, damit ihr wisst, was euch erwartet, wenn ihr nicht pariert.““

Chronik der Aggression

Im Frühjahr d. J. erhielten die Bauern des Dorfes Pimasharafhan in der Provinz Kabul Boden von der Volksmacht. Aber die Banditen ließen sie ihn nicht bestellen. Was ich oben erzählte, war einer der ersten Augenzeugeberichte in meinem afghanischen Notizblock. Mit der Zeit kamen immer neue hinzu.

Eine aus Pakistan gekommene Bande überfiel das Dorf Khorez in der Provinz Zabul. Vier Bauern wurden bestialisch ermordet, den Bewohnern die Lebensmittel und das Vieh weggenommen. In der Provinz Samangan wurden die Bewohner des Fleckens Hodja-Ali geplündert, im Dorf Manzaki drei Kinder, eine Frau und ein Mann verwundet.

Ungeheuerlich, was den Mitgliedern der afghanischen Hockeymannschaft angetan wurde. Banditen, die den Bus mit den Sportlern beim Trockenen See überraschten, ermordeten sofort einige von ihnen, den übrigen banden sie von Benzin durchtränkte Lappen um den Kopf und steckten sie in Brand.

In der Provinz Helmand waren die friedlichen Bewohner des Kreises Washir Opfer der Banditen. In den Provinzen Kunduz und Kandahar wurden die Läden der Kaufleute, die sich den Banditen nicht fügen wollten, zerstört und verbrannt.

Eine Bande überfiel das Kraftwerk Naglu in der Provinz Kabul, entführte eine Gruppe von Fachleuten und Arbeitern und drohte den übrigen mit blutiger Rache, wenn sie die Arbeit wiederaufnehmen sollten. Im Ort Djarm ermordeten die Banditen bestialisch viele friedliche Bewohner, deren einzige Schuld es war, loyal zur Volksregierung gestanden zu haben.

Schwarze Brandstätten an der Stelle von Geschäften in Herat beim Kandahar-Tor. Minen im Dammkörper am Stausee der Provinz Nimruz. Brandgeschwärzte Mauern des Lyzeums „Jamal ed-Din Afghani“ in Nangarhar. Leere Ställe auf der staatlichen Farm Hadda bei Dschalalabad, von der die Banditen alle Rinder weggetrieben haben. Zertrampelte Felder, gesprengte Chausseen, zerstörte Krankenhäuser, Brücken, Überlandleitungen, bis zur Unkenntlichkeit verunstaltete Leichen von Frauen, Kindern, Greisen. Das ist die Handschrift der afghanischen Konterrevolution, das sind die Realitäten des nichterklärten Krieges der imperialistischen Reaktion und der Pekinger Hegemonisten gegen die DRA.

„Nachdem die großen Bandenformationen aufgerieben worden waren, gingen die aus dem Ausland eingeschleusten Banden zu einer neuen Taktik über“, erzählte mir in Kabul ein Mitarbeiter der Staatsicherheit der DRA. „Ihr Hauptmittel ist Terror. Ihr Ziel ist, die Menschen ständig in Angst zu halten. Die Diverisionen, Explosionen und Brände sollen das wirtschaftliche und soziale Leben lahmlegen. Das Massakrieren von Arbeitern und Bauern, die Terrorakte gegen Partei-, Staatsfunktionäre und Lehrer verfolgen das eine Ziel, die soziale Basis der Revolution in Stadt und Land zu schwächen.“

Vieles bestätigt diesen Schluß. Schon die täglichen Nachrichten über die Verbrechen der Banditen

bezeugen: Sie kämpfen nicht gegen die Armee und die Sicherheitskräfte, sondern vor allem gegen die wehrlose Bevölkerung. Der Krieg wird gegen das Recht des Volkes auf friedliches Schaffen, auf Wissen, auf ein würdiges Leben geführt. Besonders wüten die Banditen gegen alles, was die Revolution dem Volk gebracht hat. Sie brennen die Verwaltungen für die Agrarreform nieder, erschießen Schülerinnen, denen die Revolution das Lernen ermöglicht hat, aus nächster Nähe und töten die Bauern, die Grund und Boden vom Staat erhalten haben.

Der iranische Bürger Mokhsen Resai, den die konterrevolutionäre



Diese konterrevolutionären Broschüren und Flugblätter mit islamischen Symbolen wurden bei eingeschleusten Banden beschlagnahmt.

Organisation Jamiate Islami in Afghanistan eingeschleust hatte, sagte auf einer Pressekonferenz in Kabul über seinen Auftrag:

„Wir sollten einen Militärausschuß bilden, der in der Stadt“ (Kabul) „Diverisionen und Terrorakte zu verüben, Streiks und Massenunruhen zu organisieren, die Einwohner unter Todesandrohung am Arbeiten und Lernen zu hindern, kleine Läden zu schließen, Explosionen in Bussen und Schulen zu veranstalten und regierungsfeindliche Flugblätter zu verbreiten hatte.“

Dank der Wachsamkeit der afghanischen Sicherheitsorgane gelang es der Gruppe Resai nicht, ihren Auftrag zu erfüllen. Sie wurde unschädlich gemacht, und ihre Mitglieder haben nun die Möglichkeit, darüber nachzudenken, wogegen sie die Hand erheben wollten. Der Schluß des enttarnten Agenten:

„Ich begriff, daß die Anführer der regierungsfeindlichen Gruppierungen beabsichtigen, den Reichen zurückzugeben, was ihnen die Volksmacht genommen hat, das Volk aber zu einem unsäglichen Elend und zu Leiden zu verdammen. Ich begriff, daß der einzige Verteidiger des afghanischen Volkes die legitime DRA-Regierung ist. Die Aufrufe der Chefs der Jamiate Islami zum Kampf ge-

gen diese Regierung verfolgen nur das eine Ziel, einen afghanischen Staat zu schaffen, der restlos vom USA-Imperialismus abhängig wäre.“

Die Entwicklung Afghanistans zum Krebsgang zu zwingen, die alten Zustände wiederherzustellen und das Land ins Mittelalter zurückzuversetzen: Das sind die Ziele der Konterrevolution, die Strategie des nichterklärten Krieges gegen das demokratische Afghanistan.

Wer sind die „Feinde des Islam“?

Mit wessen Händen wird aber dieser Krieg geführt? Woher kommen diese Barbaren und Vandalen? Wer entfacht in ihnen den blinden Haß gegen das Volk und die Befreiungsrevolution?

Der Ausbruch des Volkszornes in Kabul im April, der Zusammenbruch des Schah-Regimes in Iran, der Aufschwung des antiimperialistischen Kampfes in anderen Ländern der Region waren ein wuchtiger Schlag gegen diejenigen, die ganze Staaten zu ihren militärstrategischen Aufmarschgebieten zu machen und souveränen Ländern und Völkern ihren Willen aufzuzwingen gedenken. Diese Kräfte haben auch die bewaffnete Aggression gegen die Afghanen entfesselt. Ein gehorsames Instrument der Reaktion sind konterrevolutionäre Organisationen und bewaffnete Formationen, die sich in einigen Nachbarländern der DRA festgesetzt haben. Die Namen vieler dieser Organisationen enden auf „Islami“: Jamiate Islami, Hezbe Islami, Kharakate Islami usw. Das soll ihren religiösen, islamischen Charakter betonen. In Wahrheit sind es Diversionszentralen, sie werden von den westlichen und Pekinger Geheimdiensten ausgehalten, bekommen USA-Dollars, chinesische Yuans, pakistane Rupien und Subventionen von den reaktionären arabischen Regimes.

Mitglieder eines freiwilligen Studententrups zum Schutz der Revolution, der in der Provinz Laghman gegen die imperialistischen Söldner kämpft

Fotos: TASS

Die wirkliche Einstellung der Konterrevolution zum religiösen Empfinden der islamischen Bevölkerung Afghanistans dürfte inzwischen klar sein. Im vorigen Sommer versuchten Agenten dieser Organisationen die große Moschee und das anstoßende Grabmal in Mazari-i-Sharif zu sprengen. In Ghazni schnitten die Terroristen dem Mulla Gholam Siddiq, der die Gläubigen zur Unterstützung der neuen Macht aufgerufen hatte, den Kopf ab. In Herat riß ein gewisser Gholam Ghaus — ein Agent der „Moslembrüderchaft“, der sich für einen Mulla ausgab — Blätter aus dem Koran, wälzte sie im Kot und zerstreute sie dort, wo große Menschenansammlungen sind. Wenn Gläubige solche Blätter fanden und ihre Entrüstung zeigten, sagte Ghaus, das habe die Volksmacht verbrochen, die „den Islam vernichten“ wolle.

Rebellen! Nein, Söldner

Die politische Reaktion geht gewöhnlich in engem Kontakt mit Kriminellen vor. Die afghanischen Konterrevolutionäre bestätigen diese Regel. Ihr Rückgrat bilden alle möglichen Ehemaligen: Vertreter des Adels, Söhne der Gutsherren, Wucherer, Großhändler, kurz, diejenigen, denen die Volksmacht ihre Vorteile abgesprochen hat. Ihre Wut auf die Revolution ist zu erklären. Aber ihre Zahl ist nicht groß, und sie legen keinen Wert darauf, unbedingt zu kämpfen. Es ist eher die leitende Spitz, die über Tausende Menschenschicksale verfügt.

Die Banden rekrutieren sich hauptsächlich aus „Flüchtlingen“. Unter ihnen gibt es heruntergekommene deklassierte Elemente, die für ein Entgelt zu jeder schmutzigen Sache bereit sind. Typische Söldner, wie sie der internationale Imperialismus beinahe überall in der Welt gegen die Revolutionen und nationalen Befreiungsbewegungen einsetzt.

Aber die überwiegende Mehrheit der „Flüchtlinge“ sind unwissende, betrogene Menschen, die gar nicht in die Fremde wollten. In der Provinz

Paktiya traf ich mich mit einem ehemaligen „Flüchtling“, dem Vater einer zahlreichen Familie, den der dortige Großgrundbesitzer Ende v. J. zwang, Haus und Herd zu verlassen und nach Pakistan zu gehen. Die Drohungen und Versprechungen des Reichen wirkten nicht nur auf meinen Gesprächspartner. Der Feudalherr führte Hunderte Familien mit sich fort. Er selber richtete sich in Peschawar herrschaftlich ein und überließ die Menschen, die mit ihm gekommen waren, ihrem Schicksal. Gute Weidenflächen gab man ihnen nicht, das Vieh magerte ab, die Lebensmittel waren bald verbraucht. Die verzweifelten Emigranten standen bald am Rande des Abgrunds. Die Beihilfe von etwa 2 pakistischen Rupien pro Person konnte sie gerade noch am Leben erhalten.

Da stellten sich Werber aus Emigrantenorganisationen ein. Sie versprachen viel Geld, wenn die Unglücklichen sich den Banden anschlossen. Wer sich dazu bereit fand, sah sich sofort in einem der zahlreichen Lager, in denen die Söldner in Massen ausgebildet werden. Solche Lager bestehen bei Peschawar, bei den Städten Miram Shah, Bannu, Chitral, Parachinar, Kohat und Yasin (Nordwestprovinz), bei Quetta, Pishin und Nuschki (Belutschistan) und andernorts. Wer sich nicht dazu hergab, wurde bedroht und der letzten Habseligkeiten beraubt.

In den Ausbildungszentren geraten die Flüchtlinge in die Hände entsprechender Ausbilder. Diese werden von USA-Militärberatern, darunter Absolventen der Washingtoner „Interpol-Akademie“ und der Texaner Diversantenschule, aus Pakistanern geschult. Künftige Terroristen werden auch von chinesischen und bei Peschawar von ägyptischen Ausbildern „unterwiesen“.

Hier wird nur ein einziges Fach unterrichtet: der Haß auf die Volksmacht. Die Aufgabe der Ausbilder wird durch die Unwissenheit und das Elend der meisten Angeworbenen erleichtert. Vor allem aber durch den Glaubensfanatismus. Dieser wird bis zum Geht-nicht-mehr geschrägt und das moslemische Gebot „Tod dem Ungläubigen!“ zu einem Kampfruf hochgepfl egt, der es erlaubt, über den ersten besten Landsmann herzufallen, wenn er die Wandlungen in der Heimat billigt.

Und all das tun Leute, die sich als Verfechter der Reinheit des Islam aufspielen. Ihre Hintermänner wissen natürlich sehr gut, mit wem sie es zu tun haben. Anfang September stellte die Londoner „Times“ fest: „Das lose Bündnis der Gruppen afghanischer Rebellen mit dem Zentrum in Peschawar steht am Rande des völligen Zerfalls.“ In einer Mit-



teilung eines pakistanischen Korrespondenten der Zeitung hieß es, daß zwischen den verschiedenen Gruppierungen und ihren Chefs eine unversöhnliche Feindschaft und Stammeshader herrschen.

Zusehends verblaßt auch das von den westlichen Zeitungsleuten hochgezüchtete Image des afghanischen Rebellen: eines „eifriger Kämpfers mit schwarzem Bart und Adleraugen, der die strengen Gebote von Stamm und Rache befolgt“. Der unverkennbare Banditismus der Söldner führt dazu, lesen wir in der Zeitung, daß „zwischen Kampfhandlungen und Banditenüberfällen schwer zu unterscheiden ist“.

Karmal Babrak sagte: „Die afghanische Konterrevolution besteht und handelt nur, weil sie von den USA, von China, den reaktionären arabischen Regimes und vom internationalen Zionismus unterstützt wird. Ohne diese Unterstützung gäbe es nicht den nichterklärten Krieg und keine ‚afghanische Frage‘.“

Die Regierung Karmal bekräftigt ihr Streben nach Frieden durch Ta-

ten. So gab sie bekannt, daß die Afghanen, die nach Pakistan ausgewandert sind, heimkehren dürfen. Die Regierung bietet allen Heimkehrern die nötigen Mittel und Hilfe an. In letzter Zeit melden die Kabuler Zeitungen täglich, daß immer neue Gruppen von Afghanen heimkehren. Seit Beginn d. J. sind es schon über 200 000.

Die humane Position, der gute Wille der Volksmacht sind unverkennbar. Zugleich ist sie aber fest entschlossen, die Konterrevolution endgültig zu schlagen. Auf Initiative der Kabuler Organisation der Demokratischen Volkspartei entstanden in der Hauptstadt Ende August die ersten Freiwilligentruppen von Parteimitgliedern und Aktivisten. Ihre Zahl nimmt zu.

Die jüngsten Meldungen aus Afghanistan berichten über die Zerschlagung der Söldnerbanden in den Provinzen Baghlan, Kunduz, Balkh, Takhar u.a.

Im ZK der Demokratischen Volkspartei sagte man mir: „Im Westen

wird behauptet, in Afghanistan sei ein Partisanenkrieg im Gange, die Bevölkerung erhebe sich gegen das neue Regime. Aber das ist Lüge. Wodurch unterscheidet sich ein Partisan von einem Banditen? Zu allen Zeiten und in allen Ländern genießen die Partisanen die Unterstützung des Volkes. Das ist das Unterpfand aller Siege.“

Den gleichen Gedanken brachte, wenn auch wortlos, der 106jährige Musadjam Halkibiba aus dem Gebirgsdorf Sandkiran bei Gardez zum Ausdruck. Am dritten Tag nach der Aprilrevolution hißte der Alte eine rote Fahne über seinem Haus und verteidigte seitdem zusammen mit seinen sechs Söhnen das Dorf gegen die ungebetenen Gäste.

„Die Banditen haben Angst vor uns“, sagte er mir. „Denn wir sind das Volk, das seine Revolution verteidigt, sie aber denken nur an sich. Die Revolution wird fortleben. Für ihre Feinde ist in unserem Land kein Platz.“

Kabul—Moskau

SOLIDARITÄT MIT LIBYEN

Im Nahen Osten und den anstoßenden Räumen werden der Imperialismus und seine Handlanger immer aggressiver. Die Menschen guten Willens wollen diese Umrübe unterbinden. Deshalb fanden in letzter Zeit auf Initiative internationaler demokratischer Organisationen große Veranstaltungen zur Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes im Nahen Osten statt. Dazu gehörte auch die Internationale Solidaritätskonferenz für die Libysche Jamahiriya (Tripolis, Ende August/Anfang September).

Vertreten waren sozialistische Länder, arabische, andere Entwicklungsstaaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, viele kapitalistische Länder des Westens. Der weite Teilnehmerkreis zeigt, daß immer neue politische und soziale Kräfte die legitimen Rechte und Interessen der arabischen Völker unterstützen.

Die Konferenz verlief in einer für das libysche Volk schwierigen Zeit. Die Außen- und Innenreaktion läßt nicht von ihren Versuchen ab, die Lage im Lande zu destabilisieren, ihre Unabhängigkeit und ihren Fortschritt in Frage zu stellen. Gefährlich ist die Konzentration von Sadats Truppen an der Grenze. Dieser hat die antiarabischen Aktionen mit dem israelischen Aggressor getroffen und seine Militärmacht den Imperialisten zur Verfügung gestellt. Unter diesen Umständen erlangt die tatkräftige internationale Solidarität mit dem libyschen Volk besondere Bedeutung.

Auf der Konferenz in Tripolis sagte der Führer der libyschen Revolution Ghaddafi, daß die Aktivitäten der

Weltöffentlichkeit zum Schutz der Rechte und Interessen der arabischen Völker deren Positionen festigen. Er betonte die Notwendigkeit gemeinsamen Vorgehens aller Friedenskräfte, da die Komplotten der imperialistischen Kreise und ihrer Bundesgenossen nicht abreißen, und rief zu einer noch aktiveren Zurückweisung des militaristischen Kurses Washingtons auf. Auf der Konferenz wurden die amerikanisch-israelisch-ägyptischen Separatarmachungen scharf kritisiert sowie der antiimperialistische Kurs Libyens und seine fortschrittlichen Umgestaltungen unterstützt. Die Verdängung des Auslandskapitals, die Expropriierung der Ausbeuterklassen, die Agrarreform, große Investitionen in der Wirtschaft, großangelegter Wohnungsbau, die Entwicklung von Volksbildung und Gesundheitsschutz in Libyen entsprechen, wie auf der Konferenz hervorgehoben wurde, den Interessen der Volksmassen und bessern ihre materielle und soziale Lage auf. Die Konferenzdelegierten verlangten, mit den Umtrieben der imperialistischen Kräfte gegen Libyen und mit den Provokationen des ägyptischen Militärklüngels an der libyschen Grenze Schluß zu machen.

Mit großer Genugtuung sprachen die Diskussionsredner von der wachsenden internationalen Unterstützung für den Kampf der Palästinenser um ihre nationalen Rechte, von einer immer breiteren Anerkennung der PLO als einziger legitimer Vertreter des arabischen Volkes Palästinas. Die Konferenzdelegierten unterstrichen die Wichtigkeit der Nationalen Front der Standhaftigkeit

und des Widerstands, die die fortschrittlichen arabischen Staaten und die PLO vereinigt.

Ferner stellten sie fest, daß das abenteuerliche Vorgehen im Nahen Osten Bestandteil des allgemeinen aggressiven USA-Kurses ist. Viele Reden waren von dem Gedanken getragen, daß es notwendig ist, die Einheit aller Kräfte des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts zu stärken, um die Wühltätigkeit von Imperialismus und Reaktion lahmzulegen. Davon ging Libyen aus, als es seinen Vorschlag über den Zusammenschluß mit Syrien unterbreitete. Gegenwärtig wird er realisiert.

Die antiimperialistische Ausrichtung der Konferenz fand ihren Niederschlag in der Schlußerklärung, der Solidaritätsresolution für das Volk der Libyschen Jamahiriya u. a. Wie es in diesen Dokumenten heißt, wird die demokratische Öffentlichkeit auch künftig aktiv gegen die gefährlichen Pläne des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion im Nahen Osten Front machen und den gerechten Kampf der Araber maximal fördern.

Die Delegation des Sowjetischen Solidaritätsausschusses der Länder Asiens und Afrikas zur Konferenz wurde von Abdel Salam Galloud, einem führenden Staatsmann Libyens, empfangen. Er hob hervor, daß die UdSSR ein treuer, zuverlässiger Freund aller im Freiheits- und Unabhängigkeitskampf stehenden Völker ist, daß Libyen den weiteren Ausbau der Beziehungen zur UdSSR auf vielen Gebieten begrüßen würde und daß die libysche Führung der Erweiterung der Kontakte zwischen den Massenorganisationen beider Länder große Bedeutung beimäßt.

A. SACHAROW

HERBSTPROGNOSEN

Wladimir LARIN

Die Abgeordneten des Parlaments haben am 8. August ihre bequemen Sessel in Westminster bis Oktober verlassen. In der Presse heißt es, die Regierungsmitglieder seien urlaubsreif, da die bevorstehende politische Saison nicht leicht sein dürfte.

Um die britischen Tories steht es nicht zum besten. Seit dem Mai 1979, als die Vertreter des Großkapitals einen so deutlichen Sieg über die Labour-Party errangen, sind 16 Monate vergangen. Doch der anfängliche Optimismus ist verflogen, und der Glaube an die Fähigkeit der gewählten Regierung, das Land von der „englischen Krankheit“, den schweren wirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die das gesamte soziale und politische Leben berühren, zu heilen, ist noch geringer geworden. Selbst bei jenen, die für Margaret Thatcher und die ihren stimmten.

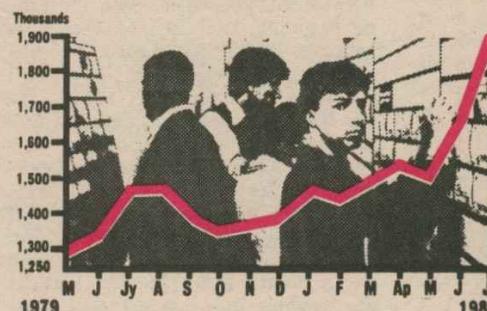
Dort, wo die Tories gewirtschaftet haben, bleiben Trümmerhaufen, deren Anblick sowohl die Wähler der Konservativen als auch breite Bevölkerungsschichten immer mehr erbüchnern. Die Rezession wird immer schwerer und hat bereits alle Lebensbereiche erfaßt. Die jährlichen Inflationsraten schlagen neue Rekorde. Eine gewisse Senkung der Inflationsrate im Juli (von 21% auf 17%) war britischen Experten zufolge eher saisonbedingt und zeugte keineswegs davon, daß die Regierung Herr der Lage ist.

Schwere Zeiten machen Stahl-, Textilindustrie, Schiffbau und viele andere Wirtschaftszweige durch. Die Presse bezeichnet die Lage in der Automobilindustrie als „britische Automobilkatastrophe“. Allein im zweiten Quartal d. J. hat das Produktionsvolumen aller Autowerke um 12% gegenüber den ersten drei Monaten d. J. abgenommen. Die vier größten Firmen — British Leyland, Talbot, Ford und Vauxhall — feuern

Beschäftigte und setzen Kurzarbeit an.

Es kam so weit, daß die Journalisten der ehrwürdigen „Times“, die nicht wenig Tinte zur Verteidigung des politischen Systems Großbritanniens, u. a. der Politik der Tory-Regierung, vergossen haben, in einen Streik gegen die Weigerung der Betriebsleitung traten, ihre Forderung nach Gehaltserhöhung zu erfüllen.

Heute werden in London unzählige Prognosen verbreitet. Als Propheten betätigen sich nahezu alle: Experten, Wissenschaftler, die großen Zeitungen, statistische Ämter, die



Auf dem Schaubild aus „Morning Star“ (Großbritannien) hat die Arbeitslosigkeit im Juli 1,9 Millionen erreicht. Jetzt liegt die Zahl der Erwerbslosen in England bei mehr als 2 Millionen.

Vereinigungen der Industriellen und der Finanziers. Doch die weitaus meisten Prognosen stimmen darin überein, daß die Wirtschaftslage heute ernst ist und die Schwierigkeiten noch größer werden.

Im Herbst, mit Wiederbeginn der politischen Saison, ziehen die größten politischen Kräfte eine Bilanz und korrigieren ihre Taktik. Anfang September fand im Seebad Brighton die Jahreskonferenz der Britischen Trade Unions statt, Ende September werden an der Westküste, in Blackpool, die Labouranhänger tagen

und am 6. Oktober, ebenfalls in Brighton, die Konservativen. Diese Foren dürften gewisse Klarheit in das Kräfteverhältnis bringen und vielleicht auch eine Perspektive aufzeigen.

Doch die Hauptrichtungen des Kampfes sind auch heute schon ganz klar. Mrs. Thatcher und ihre Hauptstrategen erklären: „Bevor es uns besser geht, muß es uns erst schlechter gehen“, und „Eine Wende zurück wird es nicht geben“. Die Labouranhänger antworten, daß es kaum schlechter werden kann, obgleich auch sie meinen, daß die Lage nicht besser wird. Der Labourführer James Callaghan wählte als Hauptrichtung des Kampfes gegen die Tories die Wirtschaftspolitik der Regierung. Dabei berücksichtigt er, daß die Bevölkerung auf ein starkes Ansteigen der Arbeitslosigkeit, die zudem — und das streiten nicht einmal die Konservativen ab — noch zunehmen wird, am empfindlichsten reagiert. Doch Labour selbst ist in keiner leichten Lage wegen der schwerwiegenden Differenzen in den eigenen Reihen und erweist sich auf dieser Etappe als unfähig, den Tories geschlossen entgegenzutreten.

Die Trade Unions nehmen zur Kenntnis, daß die Regierung die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit einschränken will, doch warnen sie vor einem schwerwiegenden Irrtum der Konservativen, wenn jene hoffen, es werde keine großen Streiks mehr geben.

Wie sich die Konfrontation all dieser Kräfte entwickeln wird, ist einstweilen schwer abzusehen. Aber eine zunehmende Unzufriedenheit mit der Tätigkeit der Regierung ist zu konstatieren.

Der „Daily Telegraph“ verweist auf eine Meinungsumfrage: Wenn jetzt allgemeine Wahlen stattfänden, käme die Labour Party an die Macht, die gegenwärtig 44 Prozent der Wähler hinter sich hat — gegenüber 38,5 Prozent bei den Tories.

London, im September

UNBESIEGBAR

Juri BOTSKHARJOW

Vier Tage schlug er sich durch den Dschungel, dann ging es per LKW über holprige Wege, bis er den konspirativen Treff am „Deltapunkt“ erreichte. Dort begegnete er einem Mann, der auf ihn gewartet hatte. Mit ihm zusammen flog er, das Flugzeug wechselnd, in die USA. Er führte drei Pässe bei sich, doch keinen Paß seines eigenen Landes. Das hinderte ihn nicht, ungehindert die Einreisekontrolle am New Yorker Flughafen zu passieren. Die US-Behörden zeigten rührende Fürsorge für ihren Gast. Ihm und seiner obskuren Begleitung wurden zwei Cadillacs des Weißen Hauses zur Verfügung gestellt.

Doch hier sollte man wohl die Namen jener nennen, die da am „Deltapunkt“ zusammengetroffen waren. Durch den Urwald geangelt hatte sich Jonas Savimbi, der berüchtigte UNITA-Führer. Er war dort mit Arnaud de Borchgrave, Korrespondent des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek“, zusammengekommen, der offenbar seine journalistische Tätigkeit mit einträglicheren, doch weniger angesehenen Aktivitäten verbindet. Übrigens wurde gerade in „Newsweek“ diese Story erzählt.

Während seines Aufenthalts in den USA hatte Savimbi eine Begegnung mit Ex-Außenminister Kissinger, der, wie jemand als Savimbis Umgebung sagte, „überaus großes Verständnis und brüderliche Verbundenheit mit unserem Führer“, d. h. dem UNITA-Boß, bekundete. Im Hauptquartier des rechtsgerichteten Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO hatte Savimbi der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Afrique—Asie“ zufolge ein Gespräch mit Vertretern der CIA, darunter mit dem Leiter der Afrikaabteilung, Patrick O’Farrell, sowie Begegnungen mit farbigen Kongreßabgeordneten.

Dieses amerikanische Interesse an dem Renegaten könnte verwundern, wenn dessen Verbindungen zur CIA nicht bekannt wären, die auf die Jahre zurückgehen, als das Volk Angolas mit der Waffe in der Hand für seine nationale Befreiung kämpfte. Der MPLA, die diesen Kampf leitete und deren Führer wahre Unabhängigkeit erstrebten, suchte Washington im Komplott mit Pretoria zwei Spaltergruppierungen entgegenzu-

setzen. Eine von ihnen, die FNLA, wurde von dem langjährigen CIA-Agenten Holden Roberto geleitet. Führer besagter UNITA war Jonas Savimbi, den der RSA-Geheimdienst seinen amerikanischen Kollegen empfohlen hatte und der zu ihnen übergewechselt war.

Doch die Versuche, einen Machtantritt der MPLA im befreiten Angola zu verhindern, blieben erfolglos. 1975 entstand aus der einstigen portugiesischen Kolonie ein unabhängiger Staat — die VR Angola. Ihr Volk ging unter Führung der MPLA daran, die Grundlagen eines neuen Lebens, frei von Ausbeutung, zu schaffen. Doch bald mußte es erneut zur Waffe greifen, um die Unabhängigkeit zu verteidigen.

1975—1976 verübte die rassistische RSA eine Aggression gegen die junge Republik. Die militärischen Operationen der RSA-Truppen auf angolanischem Territorium wurden mit Aktionen der Truppen der FNLA und der UNITA koordiniert. Das gewährleisteten die damals in Angola tätigen CIA-Agenten unter John Stockwell, worüber dieser später im aufsehenerregenden Buch „In Search of Enemies“ ausführlich berichtete. An der Aufrüstung dieser Banden und der Ausbildung für Überfälle auf die Zivilbevölkerung nahm auch Peking aktiv Anteil.

Doch ein Volk, das seine Freiheit und Unabhängigkeit verteidigt, ist unbesiegbar. Gestützt auf ihre Freunde und Verbündeten, brachten die Streitkräfte der VR Angola den Aggressoren und ihren Helfershelfern eine vernichtende Niederlage bei. Die RSA-Truppen mußten sich zurückziehen, und die Reste der zerstörten Banden der FNLA und der UNITA fanden Unterschlupf in Nachbarländern, wo sich ihre Hauptstützpunkte befanden: die FNLA in Zaire und die UNITA in Namibia.

Die Rolle der CIA bei der Vorbereitung der Intervention gegen die VR Angola löste Protest in Afrika und in der ganzen Welt aus. Auch in den USA selbst wurden Stimmen des Protestes laut gegen die Einmischung Washingtons in die Angelegenheiten Angolas, besonders gegen seine Verbindungen mit Renegatengruppierungen. Damals hatten die herr-

schenden Kreise der USA noch die ihnen in Vietnam erteilte Lektion in frischer Erinnerung, und Befürchtungen, das Weiße Haus und die CIA könnten das Land in ein militärisches Abenteuer in Afrika verstricken, veranlaßten den Kongreß, das sogenannte Clark-Amendment anzunehmen, was die Handlungsfreiheit des Präsidenten und der CIA in Angola beschränkte.

Für die UNITA und die FNLA bedeutete die Annahme dieses Amendments, daß sie zumindest in nächster Zukunft nicht mit Unterstützung der USA würden rechnen können. Doch sie hatten ja noch ihre Beschützer in der RSA und in Zaire. Übrigens schied Zaire schon bald aus dem schmutzigen Spiel. 1979 vereinbarten Zaire und Angola, ihr Territorium nicht für feindliche Aktionen gegen die andere Seite zu überlassen. So verpflichteten sich die Behörden Zaires, von ihrem Territorium aus Überfälle der FNLA-Banden auf die Zivilbevölkerung Angolas zu unterbinden.

Warum, fragt sich dann, wurde Savimbi im November 1979 in die USA eingeladen, wo er von CIA-Leuten, von Kissinger und vom Weißen Haus gehätschelt wurde? Offenbar brauchte Washington erneut Savimbis „gute“ Dienste, um subversive Aktivitäten gegen die VR Angola wieder aufzunehmen. Anders läßt sich das kaum sehen. Um so mehr, da bald nach Savimbis Abreise aus den USA eine Kampagne im Kongreß anlief, das Clark-Amendment aufzuheben, wofür sich besonders der jetzige Präsidentschaftskandidat Reagan starkmachte. Der Senat faßte den Beschuß, das Amendment rückgängig zu machen, und verwies ihn zur Bestätigung an das Repräsentantenhaus. Der Zeitschrift „Africa“ (London) zufolge leiten Brezinski und hohe CIA-Mitarbeiter die intensive Kampagne für einen solchen Senatsbeschuß.

Nach den USA tauchte Savimbi in Westeuropa auf. In der BRD, erklärte der UNITA-Führer, habe er ebenso wie in Washington eine „sehr ermutigende Antwort“ erhalten. Doch vor allem ließen sich die Rechtskreise Portugals eine Intensivierung der politischen Aktionen Savimbis angelegen sein. Wie die südafrikanische Zeitung „Star“ berichtete, riß sechs Wochen lang der „Strom von Reportern von mit der Regierung Sa Carneiros liierten Massenmedien zu einer Villa in einem Vorort von Rabat“ nicht ab, zu Savimbis Hauptquartier. Ebendorf begab sich auch eine „hochkarätige“ Delegation der Sozialdemokratischen Partei Portugals, deren Führung ihre reaktionären proamerikanischen Ansichten nicht verhehlt.

So begannen die reaktionären Kreise des Westens, für die UNITA und ihren Führer laut wie nie zuvor die Trommel zu röhren. Und das geschah natürlich nicht einfach so. Wie der besagte „Star“ meldete, hatte Sa Carneiro erklärt, die Frage der UNITA tauche immer häufiger nicht nur in der Presse, sondern auch bei politischen Kontakten mit den USA und mit europäischen Staaten auf. In welcher Richtung diese Gespräche geführt werden, zeigt ein Artikel im britischen „Daily Telegraph“ vom Februar d. J.

Der Artikel stand unter der Überschrift „Angola. Chance für den Westen“. Worin nun sieht der Autor

Mann: „Ich zweifle nicht daran“, schreibt der Autor, „daß gerade Savimbi, je mehr sich der Konflikt in Angola ausweitet, größere Bedeutung erlangen wird“.

Wohl kaum dürfte der Verfasser hier nur seine eigenen Meinungen und Urteile äußern. Er ist offenbar eingeweiht in das Geheimnis jener Gespräche, von denen wir bereits aus Sa Carneiros Erklärung wissen. Die Enthüllungen des „Daily Telegraph“ legen nahe, daß bei diesen Gesprächen Fäden eines neuen imperialistischen Komplotts gegen die VR Angola gewoben wurden.

Es wäre aber naiv, zu meinen, gerade die UNITA sei die „Chance des Westens“ in Angola. Die

UNITA stellt für sich allein ebenso wie die FNLA keine ernsthafte Gefahr für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der VR Angola dar. Ihre Anführer haben sich schon seit langem vor dem angolanischen Volke als Renegaten, Verräter, als Söldner des Imperialismus und des RSA-Rassistenregimes bloßgestellt. Deshalb haben sie keinerlei Massenbasis im Lande und können sie auch nicht haben. Sie werben Anhänger unter den Stammesführern an, denen die Revolution ihre Privilegien genommen hat, unter kauflichen, betrogenen, eingeschüchterten und kriminellen Elementen.

In einer Reportage aus Angola meldete der Korrespondent der Zeitschrift „Africa“, daß die Bauern nach der Zerschlagung der UNITA-Banden durch Truppen der VR Angola im Jahre 1979, nachdem sie sich davon überzeugt hatten, daß sich die MPLA nicht an ihnen rächen will, „begannen, aus der UNITA zu desertieren, in ihre Dörfer zurückzukehren und sogar in die Regionen zu ziehen, die zuverlässig von der angolanischen Armee geschützt werden“. So stellen die Banden eine Gefahr nur in dem Maße dar, indem sie von der rassistischen RSA und dem Westen, vor allem den USA, unterstützt werden.

Der „Daily Telegraph“ verschwieg die Rolle, die bei der Verschwörung gegen Angola den RSA-Rassisten zugeschrieben ist. Und gerade sie sind die Hauptstoßkraft des Imperialismus für die Destabilisierung der politischen Lage im Land. Gerade mit der Invasion der RSA-Truppen in Angola begann man am 7. Juni mit der Verwirklichung des vom Westen ausgearbeiteten Plans für eine „Offensi-

ve auf das marxistische MPLA-Regime“. An dieser Aggression waren auch die USA und andere imperialistische Länder beteiligt, die bei der Debatte über diesen Aggressionsakt im UNO-Sicherheitsrat die südafrikanischen Schützlinge unter ihre Fittiche nahmen, indem sie sich bei der Abstimmung über eine Resolution, die die RSA-Intervention verurteilte, der Stimme enthielten.

Die Streitkräfte der VR Angola brachten den Aggressoren auch diesmal eine Niederlage bei und verjagten sie.

Während die RSA-Truppen in den zeitweilig von ihnen besetzten Ortschaften Angolas wüteten, gingen UNITA-Banden im Rücken der angolanischen Armee ans „Werk“. Sie unternahmen Sprengstoffanschläge auf Märkte, Plätze und Autobusse. Die Staatssicherheitsorgane der VR Angola liquidierten sechs Diversantengruppen und verhafteten 124 Banditen. 50 von ihnen sind bereits von einem revolutionären Volkstribunal ihrer verdienten Strafe zugeführt worden.

Bei diesen Prozessen wurde die Zugehörigkeit der Angeklagten zur UNITA deutlich. Sie waren in der RSA ausgebildet und ausgerüstet und dann über Namibia nach Angola eingeschleust worden.

Während der Kämpfe zwischen der angolanischen Armee und den südafrikanischen Aggressoren tauchte Savimbi in London auf. Auf einer Pressekonferenz erklärte der UNITA-Führer, daß seine „Bewegung“ von China und einigen Staaten am Persischen Golf unterstützt wird. RSA, CIA, Rechtskräfte Westeuropas und reaktionäre Regimes in islamischen Ländern — so sieht der bunte Haufen der UNITA-Kumpane aus, die gegen das legitime Regime in Angola kämpfen.

Das heutige Regime in der VR Angola ist den Imperialisten und den Rassisten vor allem deshalb ein Dorn im Auge, weil unter ihm das Land zu einer Bastion des sozialen Fortschritts und der wahren Unabhängigkeit in Afrika wurde. Angola gibt anderen Völkern des Kontinents ein Beispiel. Das jetzige Regime der VR Angola geht dem Westen und der RSA auch deshalb gegen den Strich, weil es die Patrioten Namibias unterstützt, die um die nationale Befreiung kämpfen.

Die Völker Afrikas wollen die volle Befreiung des Kontinents von jeglicher „Präsenz“ der Imperialisten. Das Volk Angolas schreitet in der vordersten Reihe dieses Kampfes. Keine Komplotte, keine Intrigen der Feinde werden die angolanischen Patrioten vom richtigen Weg abbringen.



Der CIA-Agent John Stockwell unter FNLA-Banditen.
Foto: TASS

diese Chance? In der „Unterstützung des Westens für eine neue Offensive gegen das marxistische MPLA-Regime“. Mit welchem Ziel? Um „die MPLA dazu zu bringen, eine demokratische Regelung auszuhandeln“, und zwar mit der Pistole auf der Brust. Das Programm ist klar: durch eine bewaffnete Einmischung in die Angelegenheiten der VR Angola das dortige Regime zu verändern. Und wer soll nach Meinung des „Daily Telegraph“ diese „Offensive“ durchführen? Auch hier nimmt er kein Blatt vor den Mund. Die Offensive sollten „Partisanen“ der vom Westen unterstützten Organisationen FNLA und UNITA durchführen. Allerdings kommt der Autor bei einem Vergleich der Möglichkeiten dieser beiden konterrevolutionären Banden zu dem Schluß, daß die FNLA Schwierigkeiten bei der Einschleusung ihrer Truppen nach Angola von Zaire aus hat und ein anderer Stützpunkt für sie gefunden werden muß. Zudem ist Holden Roberto, jetzt 63, „nach den Kriterien Schwarzafrikas ein alter

KAMPUCHEA: NEUES LEBEN

Iwan STSCHEDROW

Unser Wagen verläßt das Straßen gewirr der zum Ersticken heißen Stadt und jagt über eine schnurgerade Straße, an gelbgrünen Rechtecken der Reisfelder vorbei. Schlanke Palmen, Bananen- und Bambushaine versperren nicht die Sicht. Wir überholen zweirädrige Büffelkarren, Bauern auf Rädern und zu Fuß. Von Zeit zu Zeit tauchen Lastautos, ganze Kolonnen, auf. Die vom Seehafen kommen, sind bis oben beladen, die ihm zustreben, leer.

Wir fahren über die „Straße des Lebens“ Phnom Penh—Kompong-Som, die im vorigen Herbst in Betrieb genommen wurde. Ab und zu passieren wir Märkte: Im Lande gibt es noch wenig Geschäfte. Das Verrechnungsprinzip ist allgemein bekannt: Hast du kein Geld, so bezahlst du eben mit Reisdosen, dieser Währung der letzten fünf Jahre.

Allmählich steigt die Straße an, vor uns liegen die Ausläufer der Kardamomberge. Als die Pol-Pot-Banditen zurückwichen, versuchten sie, hier eine „uneinnehmbare Verteidigungslinie“ zu schaffen. In der Provinz Kompong Speu sieht man bis heute noch von Explosionsverlogen Stahlbetonkonstruktionen und Trümmerbergen, wo einst Straßen waren. Das gleiche Bild präsentiert sich in Kompong Som. Dort zerstörten die Pol-Pot-Leute die Markthalle, Hotels, ein Kino, Wohnhäuser. Die Stadt wurde vom Hafen her mit chinesischen Geschützen beschossen. Aber die Banditen verließen ihre „unbezwingbaren“ Verteidigungsanlagen panikartig schon im Januar v. J., und auch aus einem „Hauptstützpunkt des bewaffneten Widerstands“ in den Kardamombergen wurde nichts. Dort wurden große Gruppen der konterrevolutionären Kräfte, darunter das Hauptquartier Pol Pots in Ta Sahn, liquidiert. Die Versuche Pekings und Washingtons, das dem Volk aufgezwungene Henkerregime wiederzubeleben, sind gescheitert.

Ins normale Gleis

Volkskampuchea besteht noch nicht einmal zwei Jahre. Anfang Januar v. J. wußten die Befreier in der Hauptstadt nur von einigen wenigen Menschen empfangen. Gegenwärtig zählt Phnom Penh über 200 000 Einwohner. Unter unglaublich schweren

Bedingungen wurden viele Industriewerke, der Fluss- und der Flughafen, Bahnhöfe, das Post- und Telegraphenamt u. a. wiederhergestellt.

In der bunten Menge auf den zu neuem Leben erwachten Straßen sieht man Militärangehörige in Khaki, buddhistische Mönche in ihrem orangefarbenen Gewand, Arbeiter in blauen Overalls und Schul Kinder mit roten Pioniertüchern. Von früh an fluten durch die hauptstädtischen Straßen Autos, Mopeds, Fahrräder. Das nationale Theater wurde eröffnet. Begeistert begrüßten die Zuschauer das wieder ins Leben gerufene Gesangs- und Tanzensemble. Mehrere Kinos sind in Betrieb. Im ehemaligen Königspalast ist jetzt ein Museum, und das Volk kann den Thronsaal, die „silberne Pagode“ und den zweigeschossigen Pavillon besuchen, in dem das berühmte nationale klassische Ballett geprobt hatte.

Feiern werden in Phnom Penh wieder veranstaltet, wenn auch weniger bunt und besucht als vor dem Krieg. Bei Hochzeiten und in der ersten Tanzdiele hört man die Musikanten zum Volkstanz Ramvong aufspielen. Neue Fabriken werden feierlich eingeweiht; der erste Zug, der nach Battambang fuhr, und die erste Abschlußfeier in der Krankenschwesternschule gestalteten sich zu Festen.

All das geschieht in einem Lande, in dem die Maoisten in weniger als vier Jahren fast drei Millionen Menschen vernichtet haben, einem Land, das ein einziges Konzentrationslager war.

Es kommt in Gang

Kampuchea hat auch heute noch große Schwierigkeiten, viele sind

unterernährt, es mangelt am Nötigsten. Doch steht fest: Die Republik hat das Schlimmste hinter sich und tritt in ein neues Entwicklungsstadium.

Im ersten Jahr ging es darum, die Nation von den Folgen des Büttelregimes zu retten sowie zu verhüten, daß Peking und der Westen die Überreste von Pol Pots zertrümmerter Kriegsmaschine zur Entfesselung eines „Bürgerkrieges“ benutzt. Jetzt beginnt eine andere Zeit. Von vordringlichen Maßnahmen geht die Republik zur Lösung langfristiger, lebenswichtiger Aufgaben über.

Ich konnte mehrmals mit Heng Samrin, dem Vorsitzenden des Revolutionären Volksrates und ZK-Vorsitzenden der Nationalen Einheitsfront Kampuchea für Nationale Rettung (FUNKSN) zusammentreffen. Bei einem unserer Gespräche ging er auf die heutigen Schwierigkeiten und Errungenschaften ein und betonte folgendes: Der Übergang zur neuen Etappe wäre unmöglich ohne die realen Errungenschaften der Republik bei der nationalen Wiedergeburt. Wie Heng Samrin sagte, erhält Kampuchea nach wie vor wirksame und rechtzeitige Hilfe von den sozialistischen Ländern. Allein die UdSSR hat Kampuchea weitaus mehr als sämtliche Wohltätigkeitsorganisationen des Westens geliefert.

Während der USA-Intervention wurden in Kampuchea über 80% aller Betriebe, aller Chausseen und Eisenbahnstrecken zerstört und zwei Drittel der Kautschukplantagen vernichtet. Vom Zugvieh blieb nur ein Drittel der Stückzahl übrig. Über 600 000 friedliche Einwohner waren durch USA-Bomben und -Raketen umgekommen. Millionen wurden Opfer des ungeheuerlichen Experiments der Maoisten, die im Lande den Kasernenhof-„Kommunismus“ — eine Exportvariante der chinesischen „Kulturrevolution“ — mit Gewalt einführten.

Das Lyzeum „Tuol Sleng“ in der Hauptstadt war unter Pol Pot ein Gefängnis. Heute ist hier ein Museum, das täglich von Hunderten Kampucheanern besucht wird.



Im Lichte dieser dramatischen Umstände machen die Erfolge des Volkes besonders starken Eindruck. Im vorigen Jahr wurde von fast einer Million Hektar die erste Ernte eingebracht. Die meisten Industriebetriebe sind wieder aufgebaut. Und hier die ersten Resultate: Im vorigen Jahr wurden 2,9 Mio kWh Strom, ca. 300 000 t Mehl und 12,5 t Seife erzeugt. Vorläufig sind die Kapazitäten noch nicht voll in Betrieb, auch die Entlohnung ist noch nivelliert. Es mangelt an Rohstoffen, an Fachkräften. Aber allmählich kommt alles in Gang. Die Volksmacht sorgt für bessere Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten.



In der Textilfabrik „8. März“, die ich besuchte, gibt es einen Kindergarten, eine Abendschule für den Nachwuchs, eine Hilfswirtschaft für die bessere Versorgung der Belegschaft mit Nahrungsmitteln. Die Wiederaufnahme des Verkehrs auf der Eisenbahnstrecke Phnom Penh-Battambang (Zentrum des wichtigsten Reisanbaugebiets des Landes) bedeutet praktisch den Abschluß des Wiederaufbaus der wichtigsten Transportwege Kampuchea's.

Die erfolgreichen Maßnahmen zur Festigung der Wirtschaft ermöglichen es, nach langer Unterbrechung in diesem Jahr den Geldumlauf wieder einzuführen. Die große wirtschaftliche und politische Bedeutung dieses Ereignisses ist offensichtlich. Heng Samrin erzählte über die umfangreiche und minutiöse Vorbereitungsarbeit. Es handelte sich ja nicht um eine Reform, sondern um die Wiederherstellung eines komplizierten Wirtschaftsmechanismus, den die maoistischen Machthaber brutal abgeschafft hatten. So mußten in beschleunigtem Tempo qualifizierte Buchhalter, Rechnungsführer und Kassierer geschult und ein gesamt nationales Bankennetz wieder aufgebaut werden. Mehr noch, erzählte Heng Samrin, um dieses System in Gang zu bringen, mußte der Staat auch über eine genügende Warenmenge verfügen. Bei der Lösung dieser komplizierten Aufgabe erwies die

UdSSR Kampuchea große Hilfe, betonte mein Gesprächspartner.

Wichtig ist, daß das Bankwesen als staatliche Einrichtung wiederhergestellt wird. Das trifft auch für den Wiederaufbau der Industrie und des öffentlichen Verkehrs zu. Schon heute verfügt die Republik über einen staatlichen Sektor in den Bank- und Finanzämtern, in Industrie, Außenhandel, Verkehr u.a. Wie bedeutsam das für ein Land ist, das den sozialistischen Entwicklungsweg beschreitet, dürfte klar sein.

Die kampucheanischen Führer haben hervor, daß die Einführung des Geldes zum Wachstum der Industrie-

Stoffe der Textilarbeiter von Phnom Penh sind im Lande sehr gefragt.

Noch vor kurzem konnte die Mutter dieses Kleinen nur von ihrem Amulett Heilung erhoffen. Heute ist in Kampuchea das Gesundheitswesen wiederhergestellt worden.



und Agrarproduktion beitragen und die Einführung der Planwirtschaft und des Prinzips der materiellen Stimulierung erleichtern wird.

Schon wurde bekanntgegeben, daß den Arbeitern und Angestellten Reis und Textilien zu festen, erschwinglichen Preisen verkauft und den Bauern Kredite für die Entwicklung der Produktion gewährt werden.

Hu Nim und andere

Als wichtiges Ereignis für das ganze Land bezeichnete Yos Por, Generalsekretär des ZK der FUNKSN, die bevorstehenden allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung und zu den örtlichen Machtorganen. Überall wird der im Juni veröffentlichte Entwurf der ersten Verfassung erörtert. Darin ist u. a. die planmäßige Führung der Wirtschaft vorgesehen,

die auf dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln beruhen soll.

Schon der II. Parteitag der FUNKSN im Herbst 1979 demonstrierte eine merkliche Erweiterung ihrer Massenbasis und die verstarkten Verbindungen der Macht zu allen Schichten der multinationalen Gesellschaft. Zu den leitenden FUNKSN-Organen wurden nicht nur aktive Teilnehmer der bewaffneten nationalen Befreiungsbewegung, Arbeiter und Bauern, sondern auch Vertreter anderer Bevölkerungsschichten gewählt.

Indessen fahren Peking und Washington fort, Volkskampuchea zu ignorieren. Sie lassen von ihren Versuchen nicht ab, über die Republik eine politische, diplomatische und wirtschaftliche Blockade zu verhängen, und steuern die konterrevolutionären Söldneroperationen vom Territorium des benachbarten Thailand. Die Räderführer des gestürzten Regimes, Khiem Samphan, Pol Pot und Ieng Sary, werden als die wahren Vertreter Kampuchea's hochgespielt und in China sowie einigen westlichen Ländern mit großem Pomp empfangen.

Eine Schändung des Andenkens der Millionen Gefallenen waren die Äußerungen Khiem Samphans, eines alten Handlängers Pol Pots und neugebackenen „Premiers“ des nicht-existenten „demokratischen Kampuchea's“, in Zeitungen der USA und Chinas. Dieser geflüchtete Verbrecher weist die Beschuldigungen, Genozid betrieben zu haben, frech von sich und erklärt, „das Regime Heng Samrins und die Vietnamesen“ hätten mindestens zwei Millionen Kampucheane vernichtet. Die schnöde Verleumdung wurde beiderseits des Pazifik aufgegriffen — als hätte es nicht das vorjährige Militärtribunal in Phnom Penh gegeben, dem Juristen aus vielen Ländern beiwohnten und auf dem die Anführer des odiosen Regimes wegen der Verbrechen am eigenen Volk und an der Menschheit in Abwesenheit zum Tode verurteilt wurden.

Dabei behaupteten die USA-Massenmedien erst vor zwei oder drei Jahren, daß das Pol-Pot-Regime in Kampuchea die Schrecken von Auschwitz in den Schatten gestellt hat. Heute enthält die USA-Presse kein Wort mehr über die Mittäterschaft Pekings beim Genozid in diesem Lande, in dem heute vier von je fünf Frauen Witwen und die meisten Kinder Waisen sind.

Das ehemalige hauptstädtische Lyzeum „Tuol Sleng“, das die Pol-Pot-Leute zu einer einzigen Folterkammer gemacht hatten, erschüttert je-

den Besucher. Mittelalterliche Folterinstrumente in den einstigen Klassenräumen, Ziegelwände der Zellen in den Hörsälen. Und Stapel von Kleidungsstücken der Hingerichteten.

An der Wand einer Todeszelle lese ich den Namen Hu Nim. Ich war diesem illegal wirkenden Revolutionär, der seinerzeit von Norodom Sihanouk zum Tode verurteilt worden war, begegnet. Nach dem Zusammenbruch des proamerikanischen Regimes im April 1975 wurde er Informationsminister. Hu Nim verurteilte scharf die feudalen und bürgerlichen Kreise, auch Sihanouk, weil sie einen „königlichen Sozialismus“ vorschützend, im Lande ein Regime der Despotie und Ausbeutung errichtet hatten. Hu Nim gehörte zu den ersten, die den Verrat der Clique Pol Pot/Ieng Sary und die Verderblichkeit des von ihr auf Weisung Pekings betriebenen maoistischen Experiments — des Kasernenhof-„Kommunismus“ — erkannt hatten und sich schon 1976 einen Aufstand gegen die neue Tyrannie erhoben. Dieser wurde im Blut erstickt, Hu Nim aber teilte das Los der mehr als 15 000 Häftlinge des Konzentrationslagers „Tuol Sleng“.

Mit dem Gedanken an die Zukunft

Der Kinderarzt Nut Saveon gerät schön bei der bloßen Erwähnung des Namens Pol Pot außer sich. Das ist zu verstehen. Von 643 Kollegen des angesessenen kampuchäischen Kinderarztes sind nach den maoistischen Experimenten nur 69 am Leben geblieben. Neun von je 10 Sanitätern sind umgekommen. Er selbst hat durch ein Wunder überlebt.

Ich lernte Nut Saveon schon vor fast 20 Jahren hier, in der Hauptstadt, kennen. Das College „Chamroen Vuchea“, in dem er tätig war, leitete Direktor Saloth Sar, der Mann, der 1976 unter dem Namen Pol Pot auftauchte und Ministerpräsident des „demokratischen Kampuchea“ wurde. Dieser Halbgemildete, der keine Hochschulbildung besaß, unterrichtete im College Erdkunde, Geschichte und — Moral. Im Jahre 1965 besuchte er heimlich Peking, wo er nach einer Abmachung mit den Geheimdiensten vom „großen Steuermann“ höchstpersönlich empfangen wurde.

Zehn Jahre später mußte einer der bedeutendsten Kinderärzte des Landes und Direktor des hauptstädtischen pädiatrischen Zentrums „Kanthabophna“ sein Leben vor den Bänden seines ehemaligen Kollegen, des „Moralisten“ Pol Pot, retten. Nut Sa-



Kampuchea's Jugend

Fotos: SPK und J. Tawrowski

veon wechselte seinen Namen und gab sich für einen einfachen Arbeiter aus. Mit den anderen aus der Stadt Gejagten geriet er in seine Heimatprovinz Kompong Cham. Der Professor mußte als Lastenträger und Erdarbeiter schuften. Seine schwangere Frau und seine Tochter wurden zu einer „Stoßbrigade“ 20 km vom Dorf entfernt geschickt. Sie lebten in einer Bambushütte, schliefen auf Stroh, arbeiteten 12—14 Stunden am Tag und hatten kaum zu essen. Noch schlimmer wurde es, als die zweite Tochter zur Welt kam. Es ist ein Wunder, daß sie überleben konnte.

Im Januar v. J. kam die langersehnte Befreiung. Dr. Nut Saveon erzählte den Vertretern der neuen Macht, wer er war, und zog mit der Familie nach Phnom Penh. Dort trug man ihm sofort an, das erste Krankenhaus, das zu Ehren des Siegestages nach dem 7. Januar benannt wurde, zu leiten. Eigentlich mußte das Krankenhaus erst geschaffen werden. Mit Müh und Not konnten 48 Personen, darunter Sanitärer und Pflegerinnen, zusammengebracht werden. Zuerst gab es nur drei Ordinationen und einige wenige Krankenzimmer. Heute ist dies das landesgrößte Krankenhaus mit 500 Betten. Aber auch jetzt noch müssen die Patienten zum Teil auf Bastmatten direkt auf dem Fußboden untergebracht werden.

„Wir leiden bis heute akuten Mangel an Ausrüstungen und Medikamenten“, erzählt der Direktor des Krankenhauses. „Nicht alle können gerettet werden. Das sind die furchtbaren Folgen der Pol-Pot-Herrschaft.“

Dank der selbstlosen Einsatzbereitschaft des am Leben gebliebenen medizinischen Personals konnten in kurzer Zeit Krankenhäuser in allen

Provinzzentren sowie über 100 medizinische Stellen in Kreisen und Dörfern organisiert werden. Im vorigen Herbst öffnete die Medizinische Fakultät der Universität Phnom Penh wieder ihre Pforten.

Die neu eröffneten allgemeinbildenden Schulen konnten über 800 000 Kinder aufnehmen. Wie schwierig das war, erfuhr ich vom Volksbildungsmünister Chan Ven. Ein Bauernsohn, der die Physikalische Fakultät der Universität Phnom Penh absolviert hatte, war er kurz vor den dramatischen Ereignissen des Jahres 1975

Volksbildungsinspектор

in seiner Heimatprovinz Svay Rieng. Ebenso wie viele andere geriet er in ein Konzentrationslager der Pol-Pot-Henker. Im August 1978 flüchteten er und seine Frau vor der Erschießung über Minenfelder zu Partisanen. Die sieben Kinder konnten bei Bauern untergebracht werden, und zwei Monate später kämpfte Chan Ven schon im antimaoistischen Widerstand. Im Dezember 1978 nahm er am Gründungskongress der FUNKSN teil und wurde in ihr Zentralkomitee gewählt. Nach dem Sieg wurde er Mitglied des Revolutionären Volksrats, wo ihm der Bereich Volksbildung übertragen wurde.

„Als man mich zum Minister ernannte“, sagte Chan Ven, „war mein ganzer Stab ich selbst. Bald aber waren wir schon 25.“

Es gab kein Lehrmaterial, keine Bücher, keine Räume, denn die Pol-Pot-Leute hatten viele Schulen zerstört und Bibliotheken verbrannt. Und natürlich fehlte es akut an Lehrern, da sie unter dem maoistischen Regime zu „liquidieren“ waren.

„Die Lehrer und andere gebildete Menschen, die wir in die Wiederherstellung des Schulwesens einbeziehen könnten, sind in der Regel in einer schweren materiellen Lage“, erzählte der Minister. Keine Schuhe, die Kleidung arg strapaziert.“ Übrigens hat der Minister selbst einen einzigen Anzug.

Es gelang Chan Ven, seine Kinder zu finden. Ein Sohn war inzwischen gestorben. Heute gehen seine Kinder wie Tausende anderer kampuchäischer Kinder zur Schule.

Die junge Republik läßt der jungen Generation, der Zukunft Kampuchea's, die größte Fürsorge angedeihen.

Phnom Penh—Moskau

„NEUE ZEIT“

38-80

Ronald Reagans großes Spiel

Von unserem ständigen Berichterstatter Juri GUDKOW

Der Wahlkampf der Hauptkandidaten für das Amt des USA-Präsidenten steht vor dem Abschluß. Den Endspur machen nach einem aufreibenden Marathonlauf drei Anwärter: der derzeitige Präsident James Carter, Demokrat; der Exgouverneur von Kalifornien Ronald Reagan, Republikaner, und Mitglied des Repräsentantenhauses John Anderson, unabhängig. Ab diesem Heft wird die „Neue Zeit“ über die Anschauungen und Plattformen der Anwärter und über die hinter Ihnen stehenden Kräfte berichten.

Traditionsgemäß begann die Schlußetappe des Rennens um die Präsidentschaft offiziell am ersten Septembermontag. Die Teilnehmer sind endgültig bestimmt, aber die Anschauungen der Hauptanwärter sind acht Monate nach Beginn des Wahlkampfes für viele Wähler noch immer ein Rätsel, obwohl Carter seit mehr als drei Jahren im Weißen Haus ist, Reagan zum drittenmal um den Präsidentenposten wirbt und Anderson 20 Jahre im Kongreß sitzt.

Es gibt nicht wenig Gründe dafür: die Ähnlichkeit der Einstellung aller drei Männer zu einigen Schlüsselfragen, die Sensationsjagd der Presse, der keine Zeit für eine gründliche Analyse der Plattformen der Kandidaten bleibt, und die erstaunliche Kunst der Kandidaten selbst, allen konkreten Erklärungen und Verpflichtungen auszuweichen. Die Journalistin Elizabeth Drew z. B. bemerkte: „Mit Reagan zu sprechen ist, als wollte man ein naßtes Stück Seife fassen.“

Keine Frage mehr

In Kalifornien besteht eine Gruppe von Geschäftsleuten, die nicht nur durch das Busineß, sondern auch durch politische Ambitionen verbunden sind. Zu ihnen gehören der Geschäftsmann und Multimillionär Holmes Tuttle (Kfz-Verkauf); Henry Salvatori, Erdölindustrieller aus Los Angeles; Justin Dart, der Chef der Dart Industries, und William Wilson (Bauland-Operationen).

„Man pflegt uns einen Haufen vom rechten Flügel“ zu nennen“, klagte sich Mr. Tuttle einmal. „Ich hasse dieses Wort. Wir gehören keineswegs zu den Rechten.“

Zur Bekräftigung fügte er hinzu, weder er noch seine Freunde teilten die „extremistischen Ansichten“ der Mitglieder der John-Birch-Gesellschaft.

Um noch einmal Mr. Tuttle zu zitieren, vereint die Gruppe der Milliarden, politisch gesehen, „die Unruhe darüber, daß unser Land dem Sozialismus entgegengeht“. Diese

Unruhe ließ den „rechten Flügel“ 1964 um Senator Barry Goldwater (Arizona) zusammenrücken; bis heute ist er der Führer der „Falken“ vom rechten Flügel der Republikaner.

Obwohl hochbetagt und krank, sprach er auf dem Konvent der Republikaner (Detroit, Juli d. J.). Er rief nicht nur die Zähligkeit der Rechtskräfte, sondern auch ihren größten Erfolg ins Gedächtnis: die Nominierung Goldwaters zum Präsidentschaftskandidaten 1964. Seine vernichtende Niederlage bewirkte eine tiefe Spaltung in der Partei und zeigte, wie man meinen sollte, die Einstellung der Wähler zu ihm und seinen Anhängern eindeutig genug. In diesem Licht ist es klar, warum Tuttle sich nicht mit dem Etikett eines Rechten versehen lassen will. Dabei hat sich der „rechte Flügel“ kaum verändert.

Es ergab sich, daß Salvatori und Tuttle Ronald Reagan, damals einen ausrangierten Filmschauspieler, aufforderten, bei einem Essen zwecks Sammlung von Spenden für Goldwaters Wahlkampagne zu sprechen. Reagan hielt eine flammende Rede und erfüllte somit seinen Auftrag

Nachdem die Republikaner Reagan nominiert hatten, brachte die „Newsweek“ (USA) einen großen, mit zahlreichen Fotos versehenen Artikel über den Präsidentenkandidaten.

Sportkommentator



bestens. Dann sprach er auf dem republikanischen Konvent und fand bei den Goldwater-Leuten begeisterte Aufnahme. Später unternahm Reagan eine Reise quer durchs Land, auf der er für den republikanischen Kandidaten warb. Als Tuttle ein Jahr nach Goldwaters Niederlage und kurz vor der Wahl des Gouverneurs von Kalifornien einmal seinen Freund Salvatori und C. Rubel, den damaligen Präsidenten der Union Oil, besuchte, schlug er deshalb vor:

„Gentlemen, ich nehme an, daß wir einen Kandidaten“ (für den Gouverneurposten) „schon haben. Wie wäre es mit Ron?“

Die Beratung war kurz, und Tuttle begab sich auf Reagans Gut: „Ich sagte, falls er kandidiert, sorgen wir für das Geld.“

Anfänglich befand sich Reagans Wahlstab im Haus der Union Oil im Geschäftsviertel von Los Angeles. Je mehr Geld dem Stab zufloß, desto größere Ausmaße nahm das Ganze an. Die millionenschweren Freunde zweifelten nicht am Erfolg.

Und doch zweifelten viele an „Rons“ Chancen. Ein Schauspieler von gestern als Gouverneur des dichtestbevölkerten und industriell höchsten entwickelten Bundesstaates? Und was sind seine Anhänger, was ist seine politische Basis, woher nimmt er Erfahrungen im Verwalten, wenn man fragen darf? Die Rivalen der Republikaner mußten die Unterschätzung Reagans teuer bezahlen. Der verstorbene Drew Pearson veröffentlichte mitten in der Wahlkampagne eine Artikelfolge über eine Affäre mit Molkereipreisen, in die der Oberbürgermeister von San Francisco verwickelt war. Er war Reagans Rivale bei den Republikanern, und die Enthüllungen trugen zu seiner Niederlage bei. Darauf hatte es Pearson abgesehen. Er meinte, die Nominierung des ehemaligen Schauspielers garantiere dem Demokraten Pat Brown den Sieg. Aber Reagan

Filmschauspieler



siegte mit erdrückender Stimmenmehrheit. Bei einem Dinner zu Ehren des neuen Gouverneurs trank Salvatori auf „den künftigen Präsidenten der Vereinigten Staaten“. Heute steht Reagan diesem Ziel näher als je zuvor.

An „Philosophie“ soll es nicht mangeln

Er nennt sich gern einen „Republikaner von der Main Street“. Für den Amerikaner bedeutet das eine ganze Lebensweise. Eine Main Street (Hauptstraße) gibt es in jeder Kleinstadt der USA. Auf der Main Street befinden sich die Munizipaleinrichtungen, die Kirche, die Geschäfte und Hotels. Alle Herzen der Einwohner schlagen der Main Street zu. In seinem gleichnamigen satirischen Roman nannte Sinclair Lewis die Main Street den Gipfel der Zivilisation für das Amerika hinter dem Mond. Dort werden Vorurteile zur Tradition erhoben. Dort geben „Patrioten“ den Ton an, die gern den Union Jack schwenken, aber dieser Patriotismus hat meist das Ziel, die gemütliche kleine Welt zu konservieren. Dort steht man neuen Personen und neuen Meinungen gleich argwöhnisch gegenüber.

Reagan wurde in diese Welt hineingeboren und wuchs in kleinen Städten des Middle West auf. Für einen der ersten Biographen steht der Einfluß dieses Milieus auf Reagans Weltanschauung außer jedem Zweifel: „Während Lewis die Zustände im Mittleren Westen verhöhnt, glorifizierte Reagan sie. Begeistert akzeptiert er die Werte, an denen Lewis Kritik übt. Er empfindet tiefen Respekt vor dem Busines. Er ist entschieden konservativ, mißtrauisch gegen Veränderungen, alles andere denn intellektuell und leicht argwöhnisch gegen Hochschulbildung.“

In Schule und College half Ron sein gutes Gedächtnis. So konnte er der Wissenschaft wenig, dem Lieb-

lingspiel Fußball dagegen um so mehr Zeit widmen. Der Professor für Wirtschaftskunde im College sagte: „Ich weiß, Ronald macht nie ein Buch auf, aber er schreibt gute Prüfungsarbeiten.“ Man muß sagen, daß die Reporter die „Frage der Bücher“ weidlich ausnutzten.

„Ich lese nicht mehr, was ich mag“, gibt Reagan zu. „Nancy“ (seine Frau) „liest die Bücher jetzt und erzählt mir den Inhalt.“

Wie Reporter festgestellt haben, beschränkt sich Reagan auf „Reader's Digest“ und die Zeitschrift „Human Events“, die als das Handbuch der rechten Republikaner gilt. Die restliche Zeit wird von Zeitungsausschnitten, die ihm seine Mitarbeiter liefern, in Anspruch genommen.

Einer dieser Mitarbeiter sagte: „In Reagans Hausbibliothek wurden die Bücher von einem Innenraumgestalter aufgestellt und sind mit einer dicken Staubschicht bedeckt.“

Wie dem auch sei, wurde Reagan, der das College als Wirtschaftsfachmann absolvierte, Fußballkommentator beim Rundfunk — und war gut damit gefahren. Ein paar Jahre später war er schon eine Berühmtheit in seinem Illinois. Im Jahre 1937 vermittelte ihm ein Bekannter eine Probeaufnahme bei „Warner Bros.“, und zu seiner unbeschreiblichen Freude wurde er eingestellt. Wenn die Main Street den Gipfel der amerikanischen Zivilisation bildete, so war Hollywood die unbestreitbare Metropole der USA-Massenkultur.

Ronald Reagan drehte in mehr als 50 Filmen. Der Ruhm blieb jedoch aus. Nach Ansicht von Rezensenten war er ein „kompetenter Professioneller von beschränktem Können“. Deshalb ist er in Hollywood eher als Präsident der Schauspielergilde bekannt; auf diesen Posten wurde er sechsmal gewählt. Seine tätigste Zeit beim Film fiel in die Jahre des McCarthyismus. Auf seinem Verwaltungsposten scheute Ronald Reagan keine Mühe bei der

Bekämpfung der „geheimen Pläne der Kommunisten“, Hollywood an sich zu reißen und die vielen Millionen seiner Zuschauer sich unterzuordnen. Eine Zeitlang trug er sogar einen Revolver bei sich. Er trat in der Kommission für unamerikanische Tätigkeit als Zeuge auf und beteiligte sich an der Aufstellung Schwarzer Listen. Allerdings teilte er die Ängste der Kommission nicht in allem und nicht immer.

Mittlerweile kam seine Laufbahn als Schauspieler zu ihrem logischen Ende. Für ihn gab es keine Rollen mehr, Reagan verließ Hollywood und drehte ab und zu, mal beim Film, mal beim Fernsehen. Die Rettung kam unerwartet: Die mächtige General Electric bot ihm an, bei der populären halbstündigen Sendung „General Theatre“ den Moderator zu machen. Das war die große Werbeserie des Konzerns. Mit Rücksicht auf die große Anzahl von Fernsehteilnehmern gab der Konzernpräsident ihm den Rat: „Sie sollten sich vielleicht eine Philosophie zulegen. Etwas von der Sorte, was Sie vertreten und was Ihrer Meinung nach auch das Land vertreten sollte.“ Reagan gab seinen Hollywood-Storys einen politischen Anstrich und baute sich mit der Zeit ein ganzes System von Anschauungen auf.

Acht Jahre später hatte sich die Sendung erschöpft, der Kontakt wurde gekündigt. Aber Reagan hatte eine gewisse Popularität erlangt und stellte sie mitsamt seiner Philosophie der Republikanischen Partei zur Verfügung. In seinen Äußerungen wurde die „kommunistische Bedrohung“ zu einem Leitmotiv. Er unterstützte einen Führer der John-Birth-Gesellschaft bei den Wahlen zum Kongreß, nannte das Arbeitslosengeld einen „bezahlten Urlaub für Nichtstuer“ und verurteilte scharf die progressive Einkommensteuer als Produkt der Philosophie von Karl Marx (zu dieser Zeit betrug sein eigenes Einkommen über

Zeuge in der Kommission für unamerikanische Tätigkeit



100 000 Dollar im Jahr). Diese Standpunkte und die Fähigkeit, sie einem jeden Auditorium nahezubringen, machten die kalifornischen Millionäre auf ihn aufmerksam.

Einfach, aber nicht leicht!

Reagan gilt als ein Mann „einfacher Lösungen“. Den Grund dazu liefern seine eigenen Äußerungen. Bei den Wahlen in Kalifornien erklärte er: „Seit Jahren hat man Sie und mich wie Kinder geschurigelt und versichert, einfache Antworten gäbe es nicht... Nun, die Wahrheit ist, daß es solche Antworten gibt. Nur daß sie nicht leicht sind.“

Das wiederholt Reagan auch heute fast in jeder Rede. Er verspricht, eine Sofortlösung für die Amerika quälenden Probleme zu finden, und erklärt stolz, in seiner doppelten Amtszeit als Gouverneur hätten die Steuerzahler 5,7 Md. Dollar zurückbekommen. Allerdings ohne zu erwähnen, daß sich die Steuern in derselben Zeit mehr als verdoppelt haben. Er verurteilt die Einmischung der Regierung, hat aber dazu beigetragen, daß das landesstrenge Gesetz über den Umweltschutz erlassen wurde. Er drohte, den Hochschulen die Regierungssubventionen zu entziehen, fand jedoch einen Anlaß, um sie zu erhöhen. Albert Hunt von der „Wall Street Journal“ schreibt: „Anhand seiner zweimaligen Gouverneurschaft besteht die weitverbreitete Meinung, daß Ronald Reagans Wahlkampagnen viel konservativer als seine Verwaltungsart sind. Niemand wird gerade behaupten, er sei ein Studierstudenliberaler oder auch nur ein Gemäßigter, aber viele aus seiner Umgebung sagen, daß er nicht den harten Kurs vertreten und nicht unbedingt zum rechten Flügel gehört.“

Die Bundesstaatsregierung, die er bildete, galt im allgemeinen als kompetent und pragmatisch, während Reagan selbst den Einzelheiten der Verwaltung aus dem Wege ging und seine Befugnisse gern Ämtern

und Experten übertrug. Wenn man in der Regierung sei, meint er, könne man nicht nach seinem Gutdünken, ungeachtet der Umstände und Möglichkeiten handeln. Der Demokrat Jesse Unruh, ehemals Speaker im Repräsentantenhaus des Bundesstaatskongresses, vertritt die Auffassung, als Gouverneur sei Reagan „nicht so gut gewesen, wie seine Anhänger hofften, aber viel besser, als seine Kritiker befürchteten“. Pat Brown, ein demokratischer Exgouverneur, sagte: „Er hat nichts aufgebaut.“ Reagans Anhänger entgegnen, er habe aber auch nichts zerstört.

Reagans Neigung zu Verallgemeinerungen und einfachen Lösungen zeigt sich fast täglich. So sagt er, der Grund aller Unruhen in der Welt sei das Bestehen der UdSSR: „Wir wollen uns selber nicht betrügen: Hinter all den Wirren steht die UdSSR.“ Nicht mehr und nicht weniger. Solche Versimpelungen, die mit dem wahren Charakter der Probleme nichts gemein haben, erschrecken selbst USA-Beobachter: Falsche Meinungen könnten zu Handlungen mit katastrophalen Resultaten führen.

„Für die Republikanische Partei ist die Zeit gekommen, das eigene Land zu retten.“ Das Programm der „Rettung“ ist ebenfalls höchst einfach. Es ist die alte, man sollte meinen, längst veraltete Formel „Frieden durch Stärke“. Reagan sagt: „Ich finde, die Fortsetzung der Verhandlungen mit der UdSSR ist wesentlich. Doch müssen die Sowjets wissen: Wir sind dabei, unsere Sicherheitsmarge wiederherzustellen, solange das Abkommen über die Begrenzung der verschiedenen Waffen schwiebt.“ Anders gesagt: erst Aufrüstung, dann, in vager Zukunft, Verhandlungen. Das bedeutet Maßnahmen, die eine „militärische Überlegenheit“ herbeiführen sollen. Sie sehen den Verzicht auf

SALT II und eine neue, beispiellose Runde im Wettrüsten vor:

— beschleunigte Entwicklung interkontinentaler MX-Raketen und Produktion von Flügelraketen;

— Wiederaufnahme der Produktion von „Minuteman-3“-Raketen statt deren die MX stationiert werden sollten;

— Entwicklung antiballistischer Raketen und „erforderlichenfalls ihre Stationierung“;

— Wiederaufnahme des Programms des strategischen B-1-Bombers;

— Verstärkung des Luftabwehrsystems und der Zivilverteidigung.

Zugleich spricht Reagan von den Plänen, ein neues Militärbündnis — Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und die USA — zu schaffen (Eingangsquelle: Bagdadpakt). Er ist für militärische Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte, die ihre bewaffneten Aktivitäten gegen Afghanistan und Angola nicht einstellen. Kuba berge „die Gefahr einer Ausweitung des sowjetischen Einflusses im karibischen Becken“ in sich. Nikaragua sei eine „Pfote des russischen Bären“, die die USA-Interessen in Lateinamerika gefährde. Er verspricht, das Verbot der Waffenlieferungen an die RSA aufzuheben und dem Rassistenstaat bei der Stärkung seiner Streitkräfte zu helfen. All das wäre gleichbedeutend mit einer sprunghaften Erhöhung des Militärhaushalts: mindestens um 10% im Jahr gegenüber den heutigen 5%, meinen Reagans Berater.

Die zwei und das Busineß

Seit den Wahlen von 1960, als die Öffentlichkeit fälschlich (wie Präsident Kennedy später selbst zugab) alarmiert wurde, die USA seien im Raketenbereich im Hintertreffen,

standen Probleme der Militärpolitik noch nie im Mittelpunkt des Wahlkampfes. In der gegenwärtigen Kampagne drücken die Republikaner wieder auf diese Taste, um die Schwächen der Demokratieregierung vor Augen zu führen. Aber die Demokraten spielen da gern mit. Es lassen sich dabei so schön die Erweiterung der eigenen Militärprogramme rechtfertigen und zugleich die Wähler einschüchtern, die Republikaner seien zu militärischen Abenteuern bereit. Auf jeden Fall gibt das Thema „militärische Bedrohung“ ihnen allen die Möglichkeit, einer Diskus-

Vor dem Weißen Haus



sion über die inneren Probleme auszuweichen, die bereits eine massierte Unzufriedenheit ausgelöst haben. Deshalb herrscht im Lande die Kriegshysterie, die nur Waffenlieferanten Vorteil bringt und die Aussichten auf eine wirkliche Regelung der Weltfragen verringert. Journalisten fragten Reagan, ob er das Land vielleicht in die Kalte-Krieg-Zeit zurückversetzen wolle. Darauf Reagan: „War der kalte Krieg denn je beendet?“

Die General Electric und die kalifornischen Millionäre halfen Reagan als Politiker in den Sattel. Jetzt hat er das Big Business hinter sich. Von 50 Leitern der Konzerne, die von der „Wall Street Journal“ befragt wurden, sprachen sich nur 7 für Carter aus. Nicht, daß die Geschäftsleute vom Dilemma der USA-Wähler keine Ahnung hätten. „Menschen, die für Reagan sind, ärgern sich über Carters mangelhafte Resultate, und Menschen, die für Carter sind, haben Angst vor Reagan.“ (Richard Cole, Präsident der Helics Technology Corp.) Aber die Wahl, zu der das Business neigt, ist von genauen Berechnungen diktiert. Das Wirtschaftsprogramm der Republikaner paßt der Geschäftswelt, da trifft Reagan ins Schwarze.

Auch auf diesem Gebiet sind seine Lösungen überaus einfach. Inflation: „Die Regierung bewirkte die Inflation, und die Regierung kann sie aus der Welt schaffen.“ Auf welche Weise? Durch Kürzung der Steuern um 30% im Laufe der nächsten drei Jahre. Energieverknappung: „Die Energiewirtschaft ist heute praktisch verstaatlicht.“ Das stimmt nicht, und die jüngsten Schritte Carters verfolgten das Ziel, die staatliche Kontrolle weiter zu lockern. Aber ins Gewicht fällt, daß Reagan sich gegen jede Einmischung der Regierung ins Geschäftsleben wendet. Er ist gegen die Kredit- und Preiskontrolle, die Mindestlöhne, die von den Bundesbehörden erhobene Immobilien- und die Erbschaftssteuer und überhaupt für die volle Handlungsfreiheit des „freien Unternehmertums“.

Es wurde errechnet, daß allein Reagans Besteuerungsvorschläge das Schatzamt 200 Md. Dollar kosten würden. Dieser Betrag wird folglich (abzüglich einiger alles in allem geringer Summen für Privatpersonen) in die Tresore der Monopole wandern. Wie will er da ein ausgewogenes Budget gewährleisten? Reagan behauptet, die Steuersenkung werde der stagnierenden Wirtschaft Auftrieb geben und die verkürzten Haushalteinnahmen wettmachen. Genaueres erfährt man von ihm nicht. Aber sein wirklicher Plan für die „Rettung der Wirt-

schaft“ besteht, nach allem zu urteilen, in der Wirtschaftsmilitarisierung durch beträchtliche Vergrößerung der Rüstungsaufträge. Die Theorie „Frieden durch Stärke“ bedeutet in der Praxis eine Erhöhung der Militärkredite auf 200 Md. und noch mehr. Reagans Programm verspricht also dem Big Business 200 Md. Dollar jährlich. In der Militarisierung sieht Reagan das Allheilmittel für die USA.

„Er ist sehr gut...

Außerordentlich gut“

Gelegentlich verrät Reagan: „Barry“ (Goldwater) „versuchte, uns einige Dinge zu sagen, aber vor einigen Jahren waren wir noch nicht bereit, sie zu hören. Er war wohl seiner Zeit etwas voraus.“ Das ist nicht nur das Nachtrauern einer Zeit, als die USA ihre Politik auf der Überzeugung gründeten, ihre atomare Überlegenheit und wirtschaftliche Macht würden ewig dauern. Daraus spricht auch eine Hoffnung auf die Rückkehr zu solchen Zeiten. In der wechselvollen Welt will man den USA einen stabilen Platz sichern. In den amerikanischen Wahlkampagnen bekommt jeder Kandidat seine Farbe. John Kennedy hatte z. B. Blau, Carter hat Grün, Reagans Plakate aber weisen Rot, Weiß und Blau — die Fahnenfarben der USA — auf. Seine Wahlparole — „Laßt uns Amerika wieder groß machen“ — verrät eine Berechnung. In schwierigen Zeiten, da Regierung und Land immer wieder ihre Ohnmacht den heutigen Problemen gegenüber offenbaren, kann eine patriotisch gefärbte Parole durchaus Anklang finden.

Übrigens spielte die Nostalgie gleich am Anfang der Wahlkampagne dem Anwärter übel mit. Auf eigene Faust und zum Entsetzen seiner Berater nannte er die USA-Aggression in Vietnam eine „edle Sache“, versprach die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taiwan trotz dem bestehenden Abkommen mit China und zweifelte in aller Öffentlichkeit an der Darwinschen Theorie. All das absolvierte Reagan in einer einzigen Woche, und das war etwas zu viel. Als Ergebnis war sein Vorsprung gegenüber Carter, von dem öffentlichen Umfragen zeugten, im Nu verschwunden. Die Republikaner waren alarmiert. Aber niemand bieelt sich, Reagan abzuschreiben, und dafür gibt es Gründe.

Zweimal — 1968 und 1976 — versuchte Reagan zu erreichen, daß ihn die Republikaner zum Präsidentschaftskandidaten nominieren. Das erste Mal verlor er gegen Nixon, als man die Niederlage Goldwaters noch frisch in Erinnerung hatte, das zweite Mal gegen Ford, der sich

schon im Weißen Hause befand, was immerhin gewisse Vorteile hat. Seine früheren Kampagnen begannen zu spät und waren schlecht vorbereitet.

Diesmal begann Reagan seine Wahlkampagne vor fünf Jahren, gleich nach seiner Rückkehr vom Republikanerkonvent in Kansas City. Im Grunde bildete er seine eigene Organisation innerhalb der Republikanischen Partei. Außerhalb des Parteapparats stützt er sich auf die konservativen Kräfte („neue Rechte“), die über gewaltige Finanz- und Propagandamöglichkeiten verfügen.

Außerdem meinen die Republikaner, dieses Wahljahr sei für sie außerordentlich günstig, vielleicht das günstigste seit Jahrzehnten. Die Hauptursache ist die schwere und immer schwerere Wirtschaftslage und die zerrüttete Außenpolitik. Nach öffentlichen Umfragen zu urteilen, hat Reagan im Süden und im Mittleren Westen schon feste Positionen. Gegenwärtig arbeitet er daran, die industriellen Bundesstaaten des Nordostens für sich zu gewinnen.

Es ist schon richtig, was man von ihm sagt: „Man kann durch die tiefsten Gedanken Ronald Reagans hindurchgehen, ohne feuchte Knöchel zu bekommen.“ (Peter Behr, ehemaliger Senator des Staates). Aber sein ausgezeichnetes Gedächtnis bewahrt zahlreiche Fakten, mit denen er geschickt operiert. Reagan ist ein gewiefter und gefürchteter Polemiker. Angesichts der bevorstehenden Debatten mit Carter erinnerte man sich an die Debatten mit Robert Kennedy an der Universität Oxford. Kennedys Anhänger freuten sich schon auf einen leichten Sieg über den „Neandertaler“, wurden aber geschlagen. Reagan weiß, wie man ein Auditorium gewinnt, und ist ein guter Redner. Schließlich hat er den größeren Teil seines Lebens mit der Meisterung der Kunst verbracht, fremde Gefühle zu manipulieren. Ein kalifornischer Demokrat empfiehlt, das nicht zu vergessen: „Er ist sehr gut, wenn er mit Menschen zusammenkommt. Er ist außerordentlich gut, wenn er ein politisches Problem für die Öffentlichkeit formuliert, um sie auf seine Seite zu bringen.“

Der Einwand liegt nahe, all das seien oberflächliche, konjunkturbedingte Berechnungen, die mit den wirklichen Sorgen der Amerikaner kaum etwas gemein haben. Das stimmt. Aber die konjunkturbedingten Berechnungen bestimmen nicht nur die heutige Wahlkampagne. Nicht selten geben sie auch im politischen Leben Washingtons den Ausschlag.

New York, im September

„NEUE ZEIT“

38-80

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die Sowjetunion legt besonderen Wert auf die Entspannung auf dem europäischen Kontinent, hält es aber für möglich, in Asien, Afrika und Lateinamerika Konfliktsituationen beizubehalten. Ich finde, das ist keine gerechte Haltung.

Jean PÉRI
Marseille, Frankreich



Es diskutiert
Mitglied des
NZ-Redaktions-
kollegiums
Dmitri WOLSKI

Das wäre, Herr Péri, gewiß nicht gerecht, aber eine derartige Haltung ist gerade für die sowjetische Außenpolitik wesensfremd.

Die UdSSR legt wirklich besonderen Wert auf die Entspannung in Europa, und Sie wissen warum, da auch Ihr Land von zwei Weltkriegen schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. Eine bessere Lage in Europa ergibt auch bessere Möglichkeiten zur Milderung der Spannungen in anderen Weltregionen.

Damit ist nicht gemeint, daß Moskau erwartete, die friedlichen Strömungen würden von Europa von selbst via Mittelmeer auf den Nahen Osten übergreifen. Für die Beilegung des Nahostkonfliktes bedarf es zielgerichteter, energetischer Handlungen. Die Tatsache, daß der von den USA inspirierte Camp-David-Prozeß festgefahren ist, zeigt deutlich: Eine wirkliche Regelung kann nur eine allgemeine gerechte Regelung sein. Und trifft die Sowjetunion übrigens nicht viele Jahre lang konsequent und beharrlich für so eine Nahostregelung ein? Die Entwicklung beweist, daß sie recht behält, weshalb ihr viele Staaten in ihren Einstellungen immer näher kommen.

So wird heute bereits deutlich, wie die positiven Wandlungen der letzten Jahre in Europa die Situation im Nahen Osten beeinflussen. Wenn die dortigen Zustände aus Verschulden der israelischen Expansionisten auch explosionsgeladen bleiben, so geraten diese in eine immer größere Isolation in der Welt. Es geht dabei nicht nur um arabisches Erdöl, obwohl die westeuropä-

ischen Politiker die Einstellung der Ölieferrungen gewiß befürchten. Nicht weniger fällt jedoch ins Gewicht, daß eine Zuspitzung der Spannungen im Nahen Osten die Ergebnisse der europäischen Détente und sogar den Frieden gefährden können.

Die diesbezügliche Haltung der EG-Länder ist natürlich bei weitem nicht konsequent, was durch die Gewohnheit und den Druck aus Washington bedingt ist. Sollte die Entspannung jedoch ihre Haltung positiv verändern, so wäre es dem Frieden im Nahen Osten förderlich.

Moskau läßt sich bei der Beilegung von beliebigen Konflikten von Gerechtigkeit und Realitätssinn leiten, sei es in Asien, Afrika oder woanders. Es strebt nach einer politischen Regelung der Situation um Afghanistan, mögen manche westliche Politikaster und Kommentatoren auch das Gegenteil behaupten. Die Hauptsache ist, daß die Einfälle besoldeter konterrevolutionärer Banden in Afghanistan aufhören, dann könnte die Sowjetunion ihre Truppen aus diesem Land zurückziehen. Kabul hatte schon im Mai ein detailliertes Programm für eine solche Regelung aufgestellt und Pakistan wie Iran aufgefordert, gutnachbarliche Abkommen mit ihm zu schließen, die in der Folge durch Moskau und Washington garantiert werden sollten. Die Sowjetunion unterstützte die konstruktive Initiative, und nicht ihre Schuld ist es, daß sich

Pakistan, dem Willen Washingtons und Chinas hörig, ablehnend verhielt.

So lehnte auch Thailand unter dem Einfluß derselben Staaten die von der Sowjetunion unterstützten friedlichen Vorschläge von Vietnam, Laos und Kampuchea ab. Dabei hätten doch diese an Thailand und die anderen ASEAN-Länder gerichteten Initiativen den Weg zu einer friedlichen Existenz und für alle vorteilhaften Zusammenarbeit in Südostasien freigelegt.

Schließlich unterstützt die Sowjetunion die Idee der Umwandlung des Indik in eine Friedenszone, während die USA diese Idee offen boykottieren und dort Stützpunkte anlegen. Wer ist da für die Spannungen in diesem großen Raum verantwortlich?

Tatsachen bleiben Tatsachen, wenn sie gewisse Leute auch totschweigen wollen. Sie zeugen bereit davon, daß die Sowjetunion, die der Entspannung in Europa erstrangige Bedeutung beimißt, zugleich fest entschlossen ist, in anderen Weltgegenden auch für die Entspannung zu kämpfen: Dort, wo Imperialisten und Hegemonisten besonders rücksichtslos vorgehen, um die Länder und Völker kleinzukriegen, ist es besonders schwer, auf einen festen Frieden hin zu steuern. Schwer, aber überaus notwendig, weil der Frieden unteilbar ist. Die UdSSR hält sich in ihrer Außenpolitik konsequent an das Prinzip der Unteilbarkeit des Friedens.

Was bedeutet der Begriff „grüne Revolution“?

I. JEFANOW
Jelez, Gebiet Lipezk, RSFSR

Als „grüne Revolution“ bezeichnet man die Tätigkeit der Staaten und Völker, die dem Hunger durch Vergrößerung der Nahrungsmittelproduktion ein Ende bereiten soll. Das ist eine akute und sehr schwierige Aufgabe. Nach Angaben des UNO-Welternährungsrats (WFC) leiden in der Welt insgesamt 500 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung. In den unterentwickelten Ländern wird das Problem durch die „demographische Explosion“ noch akuter.

Die westlichen Wirtschaftsexperten und Demographen sowie die bourgeoisie Presse sehen die

Bedeutung der grünen Revolution ein und konzentrieren ihre Anstrengungen auf die Selektion hochsteriger Getreidesorten (vor allem Weizen und Reis), die Vergrößerung der Düngerproduktion und der bewässerten Flächen. Über den sozialen und wirtschaftlichen Aspekt des Problems schweigen sie sich aus. Dabei tut aber eine grundlegende Umgestaltung des Systems des Privatbesitzes am Grund und Boden in der kapitalistischen Welt und die Durchsetzung gerechter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern dringend not.

PS

Eine Hand...



Zum größten Reißer in den USA könnte jetzt der Film „Operation Abscam“ werden. Doch dieser Streifen läuft in keinem Kino — von ihm existiert überhaupt nur ein Exemplar. Und dieses wurde für „geheim“ erklärt und ist jetzt „Corpus delicti“ Nr. 1 der Anklage in einem Prozeß vor dem Bezirksgericht New York. FBI-Agenten hatten gefilmt, wie Michael Myers, Abgeordneter des Repräsentantenhauses, 50 000 Dollar Schmiergeld einsteckte. Diesen Betrag erhielt er von einem FBI-Agenten in der Rolle eines arabischen Scheichs, der angeblich ein für ihn vorteilhaftes Gesetz im Kongreß durchboxen wollte. Es ist interessant, wie sich Myers zu recht fertigen suchte: „In Washington erlebt man unzählige solche Machenschaften: eine Hand wäscht die andere.“

Gottgefälliges Treiben

Einige Monate schon werden verbrecherische finanzielle Machinationen im israelischen Ministerium für Religionsangelegenheiten untersucht. Der Korruption und der Unterschlagung großer staatlicher Gelder werden der Minister Abu-Hatzeira sowie einige andere Führer seiner Nationalreligiösen Partei bezichtigt. (Übrigens hat Begin selbst Abu-Hatzeira zum Minister ernannt). Man gab bekannt, daß der stellvertretende Bürgermeister von Bnei Brak (bei Tel Aviv)

Hauptzeuge der Anklage beim Prozeß gegen die Betrüger sein wird. Er war selbst in Geldaffären verwickelt, doch hat man ihm als „freiwilligem Kronzeugen“ Straffreiheit zugesichert.

Überzeugende Charakteristik

Strauß wäre nie bei einem Examen wegen mangelnder Fähigkeiten oder Intelligenz durchgefallen. Seine Mängel liegen auf anderem Gebiet. Er ist ein gerissener Patron. 1962 belog er das Parlament und mußte seinen Kabinettsposten aufgeben... In seiner Leidenschaft für Rhetorik verstieg er sich zu Verleumdungen, zu groben Äußerungen und düsteren Prognosen oder aber zu sinnlosen Übertreibungen. Vor allem aber mangelt es ihm an Selbstbeherrschung.“ Eine solche Charakteristik erhielt der Kanzlerkandidat vom Herausgeber der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, Theo Sommer, in einem Beitrag für die „New York Times“.

Kleiner Irrtum



In Heft 35 meldeten wir, daß bei den republikanischen Primaries im US-Staat Michigan Alfred L. Patterson, der bei der Abstimmung selbst in einer Klapsmühle war, gesiegt hatte. Jetzt wurden interessante Einzelheiten bekannt. Erstens wurde Patterson selbst zur Abstimmung nicht aus dem Krankenhaus gelassen, da seine Sinne so stark ver-

wirrt waren. Und zweitens hatten viele, die Patterson ihre Stimmen gaben, diesen für den bekannten Staatsanwalt L. Brooks Patterson gehalten. Doch jener dachte gar nicht an eine Nominierung. Jetzt aber ist es wohl zu spät: A. L. Patterson hat „gesiegt“.

Besser per Taube



Die Leser einer in Kopenhagen erscheinenden illustrierten Zeitung beschweren sich über mangelnde Aktualität ihres Blattes. Die Post sollte der Schuldige sein. So waren Päckchen mit Fotos aus Frederiks-havn nach Kopenhagen mehr als eine Woche unterwegs. Da entschloß sich die Redaktion zum Einsatz von Brieftauben. Die auswärtigen Mitarbeiter nehmen jetzt die Fotos auf Mikrofilm bis zu 30 g auf und befestigen diesen am Fuß der Taube, die die Sendung in höchstens 3 Stunden nach Kopenhagen schafft. Die „Neue Zürcher Zeitung“ erinnerte daran, daß Brieftaubenpost bereits aus dem 6. Jh. v.u.Z. überliefert ist.

Was hätte Cervantes gesagt?

Spanien ist ein Land großer literarischer Traditionen, die Heimat von Cervantes, Lope de Vega und Lorca. Kürzlich beschwerte sich der Präsident des Buchhändlerverbandes, J. M. Buaxero: Fast die Hälfte der spanischen Familien hat kein einziges Buch. Wie die Madrider Zeitung „Ya“ schrieb, sind 98 Prozent der Spanier nie in einer Bibliothek gewesen. Es gibt nur sehr wenige öffentliche Büchereihallen, und für die Einrichtung neuer Bibliotheken ist angeblich kein Geld da. Und

woher sollte man auch qualifiziertes Personal nehmen? Ganz Spanien hat nur 181 Berufsbibliothekare.

Besonders kurzes Gedächtnis

Sadat verkündete am 3. September vor Universitätsvertretern in Alexandria: „Ich habe für niemanden Privilegien.“ Wenige Minuten später aber schien er das Gesagte vergessen zu haben. Er suchte seinen Beschuß zu „recht fertigen“, den USA ... militärische Privilegien einzuräumen. Nicht alle Zuhörer konnten sich dabei ein Lächeln verkniefen.

Der „arme Jüngling“

Das Weiße Haus entließ dem Nachrichtenmagazin „Newsweek“ zufolge Jeffrey Zorn, Militärberater des US-Präsidenten. Das Finanzamt ermittelte, daß Mr. Zorn seit 1976 keine Steuern mehr gezahlt hat. Er zahlte diese nicht, weil er sich dazu nicht imstande sehe, suchte sich Zorn zu recht fertigen. Sein ganzes Geld habe er einer „Freikirche“ überlassen, deren Mitglieder ... ein Armseliges abgelegt haben.

Gleichberechtigung



Viele Jahre schon hatten die Arbeiterinnen eines Honigverpackungswerkes in Bargteheide (BRD) verlangt, die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern auszugleichen — doch vergeblich. Da wandten sich die empörten Frauen an ein Gericht. Ohne das Urteil abzuwarten, taten die Bosse das Ihre. Sie langten den männlichen „Arbeitnehmern“ ganz einfach in die Lohntüte.

Zeichnungen: V. Rosanzew

DIE SCHWARZMEERREEDEREI
OFFERIERT FOLGENDEN CONTAINERSERVICE

ODESSA OCEAN LINE

AUS HÄFEN DES MITTELMEERRAUMS
IN HÄFEN SÜDOSTASIENS
(UND ZURÜCK)

ZWEIMAL MONATLICH LAUFEN UNSERE SCHIFFE AUS DIESEN HÄFEN AUS:

Iljitschowsk	Djidda
Ravenna	Singapur
Genua	Penang Klang
Livorno	Bangkok
Marseille	Haiphong

Die Linie wird von Schiffen der Typen
„Nikolai Shukow“ und „Geroi Panfilowzy“
bedient.

Alle Auskünfte bei der



SCHWARZMEERREEDEREI

Adresse: UdSSR, 270026 Odessa, ul. Lastotschkina 1
Telegrammanskript: Morlot Odessa
Telex: 232711, 323712, 323813, 232814, 232815.

Die Hauptstadt
Mexico City ist das
Industrie- und
Kulturzentrum des
Landes und eine
der größten
Städte der Welt
[13 Millionen
Einwohner]

Fotos:
'F. Sinjko
und TASS

Im Nationalen
Anthropologischen
Museum

Im Objektiv: MEXIKO

Die Vereinigten Staaten von Mexiko sind der drittgrößte und nördlichste Staat Lateinamerikas. Vor kurzem beging Mexiko die 170. Wie derkehr des Beginns des Unabhängigkeitskampfes. Das Land der uralten indianischen Kultur beeindruckt durch seine riesigen, rätselvollen Pyramiden, die reichen nationalen Traditionen und das eigenständige Schaffen des begabten Volkes, das der Welt so große Maler wie Siqueiros, Rivera und Orozco beschert hat.

Die Mexikaner (ca. 70 Millionen) sind ein fleißiges Volk, vielleicht etwas weniger impulsiv als seine südlicheren lateinamerikanischen Nachbarn. Sehr anziehend ist das Gefühl der Würde, das Feingefühl, die Treue in der Freundschaft. Von diesen Zügen der Mexikaner ist die Geschichte, Entwicklung und Politik des Landes geprägt.

Mexiko setzt sich für Frieden und Entspannung, eine umfangreichere Zusammenarbeit zwischen den Völkern und eine neue, auf Gerechtigkeit und Gleichheit beruhende Wirtschaftsordnung ein.

Heute gehört Mexiko zu den wirtschaftlich am höchsten entwickelten lateinamerikanischen Staaten. Die für den Kapitalismus typischen sozialen Kontraste aber bleiben. Die Regierung trifft Maßnahmen, um das Befähigungsfeld des ausländischen, vor

allem des nordamerikanischen Kapitals einzuzengen. Mexiko befindet sich in einem wichtigen Stadium seiner Geschichte: Es festigt die Grundlagen seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit.

Die Yucatan-Indianer
weben
die besten Ponchos



Im Automontagewerk
der Stadt Puebla

Der Basí der
Henequen-Kakteen
dient für die Herstellung
von Säcken, Matten
und Seilen